

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



Weitsicht gefragt ab Seite 8

Interview:
Unbekannte Größen

Julia Bock-Schappelwein über Facetten der Integration und warum diese Zeit braucht. **8**

Schwerpunkt:
Viele Gründe für die Flucht

In vielen Ländern erschweren Verfolgung und enorme Arbeitslosigkeit den Alltag. **18**

Schwerpunkt:
Eine Chance bekommen

In Wien können Asylsuchende für die Gemeinde arbeiten. Eine Reportage. **32**



8



18



20



26

Schwerpunkt:

Zeit für mehr Sachlichkeit

12

An Bildern und Zahlen mangelt es nicht. Aber Vorsicht ist geboten, denn sie erwecken allzu oft einen falschen Eindruck.

Von Antrag bis Zulassung

14

Das Asylrecht in Österreich ist sehr komplex. Eine Einführung und Einordnung.

It's the Economy

16

Der Ausschluss von Flüchtlingen vom Arbeitsmarkt ist kein Erfolgsrezept gegen Arbeitslosigkeit. Ein Kurswechsel ist notwendig.

„Es gibt viele Gründe für die Flucht“

18

In Algerien, Marokko, aber auch Ägypten erschweren Repression, politische Verfolgung und enorme Arbeitslosigkeit den Alltag.

Fortgesetzte Abhängigkeit

20

Frauen auf der Flucht: Worin besteht ihre besondere Verletzlichkeit? Wie gestalten sie aktiv ihren Weg und was brauchen sie?

Zwischen Hetze und „Lügenpresse“

22

Falschmeldungen sind eine seit Jahrhunderten gut einstudierte Propagandastrategie der Rechtsextremen.

Willkommens- oder Abwehrkultur?

26

Zehntausende Menschen haben Flüchtenden geholfen. Die „Integrationspolitik“ folgt demgegenüber alten Mustern.

Als die BosnierInnen kamen

28

Es kann auch ohne Grenzzäune und Obergrenzen funktionieren. Eine ehemalige Flüchtende blickt zurück.

Hürdenlauf zum Arbeitsmarkt

30

Kompetenzchecks, mehr Deutschkurse und raschere Anerkennungsverfahren sollen Flüchtlingen den Jobeinstieg erleichtern.

Andere langweilen sich zu Tode

32

Der 20-jährige Afghane Atae arbeitet wie viele andere Flüchtlinge für ein Taschengeld für die Gemeinde. Eine Reportage.

„In einer solchen Situation nimmst du jeden Job“

34

Wie die Beschränkungen für Asylwerbende von Arbeitgebern ausgenutzt werden.

Integration macht Schule 36
Wenn Integration gelingen soll, müssen in der Schulpolitik alle ihre Hausaufgaben machen. Nicht nur Flüchtlinge.

Informieren und helfen 38
Als 2015 Tausende Flüchtlinge nach Österreich kamen, zeigten der ÖGB und die Gewerkschaften Solidarität.

Privates Anpacken sucht öffentliche Hand 40
Tausende Freiwillige sind nach wie vor für Flüchtlinge im Einsatz. Vom Staat fühlen sie sich meist im Stich gelassen.

Interview:

Viele unbekannte Größen 8
Es gibt nicht nur die eine erfolgreiche Maßnahme für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, sagt Julia Bock-Schappelwein.

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internetfähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

Standards:

Standpunkt: Empathie im Sinne der Integration	4
Veranstaltung: Keine Sonderrechte für Konzerne	5
Aus AK und Gewerkschaften	6/7
Historie: Fluchterfahrung	11
Zahlen, Daten, Fakten	24
Neues aus der SOZAK: Gekommen, um zu bleiben	42
Frisch gebloggt	44
Nicht zuletzt – von Andreas Gjecaj	45
Man kann nicht alles wissen	46
Erklärungen aller grün markierten Worte.	

blog.arbeit-wirtschaft.at

twitter.com/AundW

www.facebook.com/arbeit.wirtschaft

www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk

Beitrag zur Versachlichung


Redaktion intern

Viele Faktoren spielen eine Rolle, weshalb es auch eine Vielzahl an Maßnahmen braucht. Und vor allem: Es dauert. Mit diesen Worten macht Julia Bock-Schappelwein darauf aufmerksam, wie vielschichtig Integration ist. Mit unserem Heft möchten wir einen Beitrag zur Versachlichung der inzwischen sehr emotional geführten Flucht-Diskussion leisten. Wir nehmen die Bild- und Zahlenspiele rund um die Flucht auseinander (S. 12), erläutern und hinterfragen die rechtliche (S. 14) wie wirtschaftspolitische Lage (S. 16), beschäftigen uns mit den komplexen Themen „Frauen auf der Flucht“ (S. 20) und „Wirtschaftsflucht“ (S. 18) und

entlarven die rechte Hetze im Netz (S. 22). Wir fragen, was Integration eigentlich bedeutet (S. 26) und welche Schwierigkeiten Flüchtende auf dem Weg in den Arbeitsmarkt haben (S. 30). Eine Kollegin blickt auf ihre eigene Flucht aus Bosnien zurück (S. 28), wir haben einen Flüchtling bei seinen Tätigkeiten für die Gemeinde Wien begleitet (S. 32), widmen uns dem Missbrauch des restriktiven Arbeitsmarktzugangs für Asylsuchende (S. 34), werfen einen Blick in die Schulen (S. 36) und würdigen das Engagement von GewerkschafterInnen (S. 38) und der Zivilgesellschaft (S. 40).

Unsere Kolumne „Nicht zuletzt“ kommt dieses Mal aus der Feder von Andreas Gjecaj. In „Neues aus der SOZAK“ lassen wir die früheren „Gastarbeiter“ zu Wort kommen. Unter „Frisch gebloggt“ lesen Sie Interessantes aus unserem ExpertInnenblog blog.arbeit-wirtschaft.at. Online finden Sie uns wie gewohnt unter www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft und twitter.com/AundW. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen (aw@oegb.at) und wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Für das Redaktionskomitee
Sonja Fercher



Sonja Fercher
Chefin vom Dienst

© ÖCB-Verlag/Paul Sturm

Standpunkt

Empathie im Sinne der Integration

Es ist noch gar nicht so lange her. Noch nicht einmal 50 Jahre sind vergangen, seitdem meine Eltern Österreich verlassen haben und nach Deutschland gezogen sind, weshalb ich dort geboren wurde. Als Kind war es für mich völlig normal, dass der Alltag in Deutschland stattfand und der Urlaub in Kärnten. Und doch war es ein einschneidendes Erlebnis für mich, als wir nach Wien umzogen. Ich war damals zehn Jahre alt. Warum erzähle ich das? Weil mir in letzter Zeit eines fast schon schmerzlich fehlt: Einfühlungsvermögen. Genau daran möchte ich nun appellieren. Ich habe selbst erlebt, was es bedeutet, die wohlvertraute Umgebung zu verlassen. Ich habe selbst erlebt, wie sehr das einen Menschen aus der Bahn werfen kann. Wie schwer es fallen kann, in einer neuen „Heimat“ Fuß zu fassen. Bis mir dies gelungen ist, hat es eine ganze Weile gedauert – dabei musste ich fast keine sprachlichen Hürden überwinden, wenn auch einige kulturelle.

Erinnerungen

Nun würde ich nie behaupten, dass ich wüsste, was die Flüchtenden mitgemacht haben, die es in den vergangenen Monaten nach Österreich geschafft haben. Aber ich kann mich ein bisschen in ihre Situation hineinversetzen. Bis heute erinnere ich mich an den Moment, als ich zum

letzten Mal mit meinen SchulfreundInnen die Stiege vor der Volksschule hinunterging – wissend, dass ich nun in eine fremde Stadt gehen würde (damals habe ich „Treppe“ vor der „Grundschule“ gesagt, die ich „runtergegangen bin“). Worum ich mich auch noch sehr deutlich erinnere, ist der Schmerz, den ich in meinem neuen Zuhause fühlte. Wie sehr mir meine FreundInnen fehlten, wie sehr mir der Spielplatz fehlte, wie sehr die Natur, in der ich als Kind so viel Glück empfunden habe, wie sehr mir so manches Essen und auch so manche Gerüche fehlten. Ich erinnere mich wieder an den Schmerz, den ich empfand, weil ich auf einmal anders sprechen musste, anders schreiben, weil ich auf einmal anders war. Dieser Schmerz steigerte sich geradezu ins Un-erträgliche, wenn mir wieder einmal gesagt wurde, dass ich doch bitte zurückgehen solle, wenn es mir hier nicht passt. „Wenn ich nur könnte!“, schrie ich innerlich lautstark.

An all das muss ich heute zurückdenken. Zugleich weiß ich, dass all das nicht mit den Erlebnissen der heutigen Flüchtenden vergleichbar ist. Menschen, die vor fallenden Bomben fliehen mussten. Die vielleicht gerade noch ein bisschen Hab und Gut zusammenkratzen konnten. Die es rechtzeitig geschafft haben, sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Die sich danach erst recht wieder in Lebensgefahr begeben

mussten, um übers Meer in Richtung sicheres Europa zu kommen. Die auch ihre Kinder diesem Risiko aussetzen mussten. Und die nun vor verschlossenen Grenzen stehen und in Elendslagern leben müssen.

Dialog in Ruhe

Zu viel Tränendrüse? Möglich, dabei ist die Stimmung eh schon so aufgeheizt. Genau deshalb aber halte ich es für hilfreich, wieder einmal einen Schritt zurückzugehen und sich in die Lage dieser Menschen hineinzuversetzen. Dazu muss man nicht Ähnliches erlebt haben und schon gar nicht muss man deshalb am Ende eine andere Position vertreten. Nur weil man sich in die Situation von Flüchtenden hineinversetzt, heißt das nämlich noch lange nicht, dass man deren Wahrheit als einzige Wahrheit ansieht. Es bedeutet aber, dass man auch die eigene Wahrheit nicht als einzige Wahrheit ansieht. Es bedeutet, offen auf Menschen zuzugehen und mit ihnen einen Dialog zu führen – mit dem bei diesem Thema nötigen Respekt. Dieser gebietet überdies, dass man dieses Thema in all seinen Facetten und in Ruhe diskutiert. Dazu gehört mehr Nachdenklichkeit statt markiger Sprüche. Letztlich ist ein solcher Dialog auch die Voraussetzung dafür, dass Integration überhaupt erst beginnen und hoffentlich auch gelingen kann.

Keine Sonderrechte für Konzerne

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström setzte sich in der AK Wien mit den KritikerInnen der derzeit verhandelten Freihandelsabkommen CETA und TTIP auseinander.

Noch heuer soll das Handels- und Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) beschlossen werden, jenes mit den USA (TTIP) soll fertig verhandelt werden.

Beide Abkommen stoßen nicht nur bei AK und Gewerkschaften auf Gegenwehr. Im April setzte sich EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström in den Räumen der Arbeiterkammer mit den KritikerInnen ihrer Handelspolitik auseinander.

AK-Präsident Rudi Kaske würdigte, dass sich die Handelskommissarin ei-

nem „ausgesprochen kritischen Publikum“ stellte, nämlich Renate Anderl vom ÖGB, Leonore Gewessler von Global 2000, Alexandra Strickner von Attac und Valentin Wedl von der AK Wien.

Multinationale Konzerne sollen etwa Staaten auf Schadenersatz klagen können, wenn diese Gesetze erlassen, die ihre Gewinnerwartungen schmälern. „Ich sage daher ganz entschieden: Nein zu Sonderklagsrechten für Konzerne, egal, wie sie heißen“, hielt AK-Präsident Kaske fest. „Öffentliche Gelder können

sinnvoller eingesetzt werden als zur Abwehr von Klagen.“

„Es steht zu befürchten, dass mit diversen Abkommen sowohl unsere hohen öffentlichen Standards als auch die demokratiepolitischen Entscheidungsprozesse aufs Spiel gesetzt werden“, lautet eine weitere Kritik des AK-Präsidenten. Bei den derzeitigen Vorschlägen sei dies aber weiterhin Fall. Nicht zuletzt müsse die Daseinsvorsorge völlig von solchen Abkommen ausgeklammert sein.

Video zur Veranstaltung:
tinyurl.com/jjortqd



AK-Präsident Rudi Kaske bezweifelt die positiven Erwartungen der BefürworterInnen der Handelsabkommen: Das „Nachfrage- und Investitionsproblem“ der EU wird „nicht einmal ansatzweise gelöst“.



In Österreich wuchs der Widerstand gegen TTIP und die Kritik an diesem Abkommen. Nach aktuellen Eurobarometer-Umfragen sind über 70 Prozent der Befragten dagegen.



EU-Kommissarin Malmström versuchte die Kritik zu entkräften, dass US-Konzerne die Regeln missbrauchen könnten, um Sozial- und Umweltstandards zu senken oder gar auszuheben.



ÖGB-Frauvorsitzende Renate Anderl (links): Wasser, Gesundheit, Bildung und soziale Dienstleistungen „haben in einem Freihandels- und Investitionsabkommen nichts zu suchen“.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Thomas Angerer, Lucia Bauer, Gerhard
Bröthaler, Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas
Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Angelika Gruber, Richard Halwax,
Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer,
Sylvia Kuba, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Markus Marterbauer,
Martin Müller, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Martin
Panholzer, Brigitte Pellar, Charlotte Reiff, Philipp Schnell,
Georg Sever, Josef Thoman, Erik Türk, Christina Wieser,
Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreutzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Beatrix Beneder, Christian
Bunke, John Evers, Astrid Fadler, Sophia Fielhauer-Resei,
Markus Koza, Sylvia Kuba, Irene Mayer-Kilani, Michael Mazohl,
Amela Muratovic, Maja Nizamov, Brigitte Pellar, Johannes
Peyrl, Christian Resei, Alexandra Rotter, Irene Steindl,
Sandra Stern

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB:

Das letzte Netz muss halten

ÖGB-Bundesvorstand gegen Kürzungen der Mindestsicherung.

„Die aktuelle Flüchtlingssituation darf nicht zum Vorwand für schleichenden Sozialabbau genommen werden, der zuerst die Asylberechtigten trafe – und als nächsten Schritt dann womöglich auch alle anderen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind“, hält ÖGB-Präsident Erich Foglar fest. Um Armut in Österreich auch in Zukunft zu bekämpfen, muss die Bedarfsorientierte Mindestsicherung vielmehr weiterentwickelt werden. Der ÖGB-Bundesvorstand spricht sich daher in einer Resolution klar gegen Kürzungen oder Deckelungen im Bereich der Mindestsicherung aus. Die Resolution wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Die direkte Koppelung der Mindestsicherung an das AMS hat dazu geführt, dass viele BezieherInnen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Manche Menschen schaffen diesen

Weg zurück aber nicht, sei es aus persönlichen Gründen wie Krankheit, sei es aus gesellschaftlichen Gründen wie der herrschenden Rekordarbeitslosigkeit. Foglar: „Für sie muss die Mindestsicherung als letztes soziales Netz auch ein dicht geknüpftes Netz sein, das hält.“

Auch ÖsterreicherInnen verstehen die Mindestsicherung als Mittel zur Arbeitsbekämpfung: Mehr als 70 Prozent sind laut einer Befragung der Volkshilfe dieser Meinung und sehen sie nicht als „soziale Hängematte“. Eine Kürzung der Mindestsicherung wäre auch aus volkswirtschaftlicher Sicht kontraproduktiv. Denn sie sichert den Ärmsten einen Rest an Kaufkraft und kurbelt somit die Wirtschaft an und schafft Arbeitsplätze.

Die ÖGB-Resolution:

tinyurl.com/h6gptez

vida:

Klare Worte im Henry-Konflikt

Lohn- und Sozialdumping ist kein Geschäftsmodell.

„Nicht der Herr Dogudan ist das Opfer und die Gewerkschaft der Täter, wie er das jetzt gerne hindrehen möchte.“ Mit diesen klaren Worten begegnet ÖBB-Betriebsrat Roman Hebenstreit den absurden Vorwürfen des Unternehmers Attila Dogudan im Konflikt um den Caterer Henry am Zug. „Es hat im Lauf der vergangenen Jahre mehrere Gespräche mit Herrn Dogudan gegeben, wo er mehrmals darauf hingewiesen wurde, dass er in Sachen Arbeitszeit und Entsenderichtlinie nicht gesetzeskonform unterwegs ist!“

Dogudan sei sehr wohl bewusst gewesen, dass die Vorwürfe der Arbeitszeitverstöße berechtigt seien, sagt Hebenstreit, der auch stellvertretender Vorsitzender der vida ist: „Ich habe vor drei Wochen, als die Verstöße und die drohenden Verwaltungsstrafen öffentlich wurden, mit ihm telefoniert. Da hat Do-

gudan gesagt, er sei sich seiner Fehler in dieser Beziehung bewusst. Da gebe es überhaupt nichts zu entschuldigen, da habe er die alleinige Verantwortung. Uns jetzt vorzuwerfen, dass wir Arbeitsplätze vernichten, ist eine Farce. Zuerst werden die MitarbeiterInnen um die Arbeitszeit geprellt und dann wird ihnen auch noch Angst um ihre Arbeitsplätze gemacht. Es gibt einen Vertrag mit den ÖBB und den muss Henry am Zug einhalten!“

Auch Berend Tusch, Vorsitzender des vida-Fachbereichs Tourismus, weist Dogudans Vorwürfe klar zurück: „Wir vernichten nicht Arbeitsplätze sondern gehen davon aus, dass mehr Arbeitsplätze entstehen würden, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen eingehalten würden – denn dann bräuchte man mehr Personal.“

Infos unter:

tinyurl.com/jtobyho

EGB:

Panama Papers: Steuerhinterziehung stoppen!

EU-Länder verlieren jährlich 70 Milliarden Euro an Steuereinnahmen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB/ETUC) ist empört über das Ausmaß an Steuervermeidung, das durch die sogenannten Panama Papers ans Tageslicht kommt. „Es ist eine Schande, dass diese Fälle von Journalistinnen und Journalisten aufgedeckt werden mussten, während die EU und die nationalen Regierungen unfähig waren, diese Betrüger zu stoppen“, sagt die stellvertretende EGB-Generalsekretärin Veronica Nilsson. „Während die Reichen und Mächtigen das System austricksen, müssen die einfachen Menschen den Preis bezahlen: Austeritätspolitik, steigende Kosten und stagnierende Einkommen. Der EGB fordert Steuergerechtigkeit und wirksame Reformen, um Steuerhinterziehung zu verhindern.“

Der EGB fordert deshalb eine EU-weite Steuerbehörde, EuroTax, um in Fällen von Steuerhinterziehung und -vermeidung gegen Reiche, Unterneh-

men und Kriminelle zu ermitteln. Um effektiv gegen Steuerbetrug vorgehen zu können, muss dringend in die nationalen Steuerbehörden investiert werden.

Auch die Finanztransaktionssteuer muss endlich in allen EU-Ländern eingeführt werden. Und es braucht eine Verpflichtung für multinationale Konzerne, ihre Steuerkonten offenzulegen – in jedem Land, in dem sie tätig sind.

Mehr als elf Millionen nun bekannt gewordene Dokumente der Kanzlei Mossack Fonseca zeigen, dass einige der reichsten und mächtigsten Menschen der Welt Steuern vermieden und ihr Geld in zwielichtigen Briefkastenfirmen versteckt haben – in Firmen, die auch in Geldwäsche sowie Waffen- und Drogen-geschäfte verwickelt sind.

Das ist nicht neu. Trusts oder Briefkastenfirmen: All das macht eine Zuordnung der Steuerpflicht schwierig bis un-

möglich. Vermögende Privatpersonen und multinationale Konzerne haben selbst innerhalb des gesetzlichen Rahmens in den Ländern, in denen sie tätig sind, die Möglichkeit, ihre Steuerplanung zu gestalten.

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments schätzt, dass die EU-Länder wegen Steuervermeidungspraktiken jährlich 70 Milliarden Euro an Steuereinkommen verlieren. Das entspricht mehr als 16 Prozent der öffentlichen Investitionen. Der französische Ökonom Gabriel Zucman, das Tax Justice Network oder die EU-Kommission schätzen den Schaden durch Steuerausfall weltweit sogar auf eine Billion Euro jährlich. Das Schweigen wurde nun gebrochen, dank der Arbeit von JournalistInnen aus mehr als 80 Ländern.

Infos unter:
www.etuc.org

Resonanz: Lösung für das Problem Beschleunigung?

Wiener Stadtgespräch mit dem Soziologen Hartmut Rosa am 24. Mai 2016.

Wenn Beschleunigung das Problem ist, dann ist Resonanz vielleicht die Lösung. Dies ist, auf die kürzestmögliche Formel gebracht, die Kernthese des neuen Buchs von Hartmut Rosa, das als Gründungsdokument einer Soziologie des guten Lebens gelesen werden kann.

An den Anfang seiner Überlegungen stellt Rosa die Behauptung, dass sich die Qualität eines menschlichen Lebens nicht in der Währung von Ressourcen, Optionen und Glücksmomenten angeben lässt. Stattdessen müssen wir unseren Blick auf die Beziehung zur Welt richten, die dieses Leben prägt und die dann, wenn sie intakt ist, Ausdruck stabiler Resonanzverhältnisse ist. In seinem neuen Buch „Resonanz – Eine Soziologie der Weltbeziehung“ legt er seine Thesen dar. Davor hat Rosa vor allem zum Thema Beschleunigung und Zeitsoziologie gearbeitet.

Moderation: Peter Huemer

Dienstag, 24. Mai 2016, 19 Uhr, AK Wien, Bildungszentrum – Großer Saal, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Das Wiener Stadtgespräch ist eine Veranstaltungsreihe der Arbeiterkammer Wien in Kooperation mit der Stadtzeitung „Falter“.

Eintritt frei

Um Anmeldung wird gebeten: stadtgesprach@akwien.at

www.wienerstadtgesprach.at/aktuell

Buchbestellung: www.besserewelt.at/rosa-hartmut-resonanz

**w i e n e r -
s t a
d
t g e s p r ä
c h**

Viele unbekannte Größen

Es gibt nicht nur die eine Maßnahme, die zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen führt, so WIFO-Expertin Julia Bock-Schappelwein.

ZUR PERSON

Julia Bock-Schappelwein



ist Arbeitsmarktexpertin am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Die Volkswirtin begann im Jahr 2000 als Projektmitarbeiterin im WIFO, wo sie für die Themen Arbeitsmarkt, Bildung und Migration zuständig war. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin war sie an zahlreichen Studien zum österreichischen Arbeitsmarkt, zum Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden sowie zur Gleichstellung der Geschlechter beteiligt. Aktuell beschäftigt sie sich mit dem technologischen Wandel und dessen Auswirkungen auf das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt sowie die Arbeitsbedingungen.

Arbeit&Wirtschaft: Laut der letzten Arbeitsmarktdaten steigt die Arbeitslosigkeit vor allem bei den Flüchtlingen. Woher kommt das?

Julia Bock-Schappelwein: Wenn Sie anerkannter Flüchtling sind bzw. subsidiär schutzberechtigt, arbeitsfähig und Mindestsicherung beantragen, dann müssen Sie sich beim AMS als arbeitslos melden. Im Jahresdurchschnitt 2015 waren rund 17.000 anerkannte Flüchtlinge bzw. subsidiär schutzberechtigte Personen als „arbeitslos“ oder „in Schulung“ registriert. Jetzt sind es ungefähr 22.700. Im Vergleich zum März des Vorjahres haben wir einen Anstieg um 7.600. Man findet also zunehmend die anerkannten Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigten in der Statistik. Das AMS nimmt an, dass diese Zahl heuer noch ungefähr um 30.000 ansteigen wird. Dafür ist die Verfahrensdau-

er zentral. Im Moment sagt man, dass diese ungefähr sechs bis neun Monate dauert – und es gibt einen Rückstau von 60.000 Anträgen noch aus dem Jahr 2015.

Wenn man sich anschaut, wann diese starke Zuwanderungswelle gekommen ist: Zwar sind voriges Jahr von Anfang an viele Flüchtlinge gekommen, aber im September und Oktober hat sich das noch einmal dynamisiert. Wenn Sie jetzt also die sechs Monate dazurechnen, braucht es noch eine Zeit, bis sich auch das in der Statistik niederschlägt. Es ist damit zu rechnen, dass dieser Anstieg in der zweiten Jahreshälfte noch zunehmen wird.

In den Jahren vor 2014 sind rund 10.000 Flüchtlinge nach Österreich gekommen. Das war eine vergleichsweise geringe Zahl. Zwar hat es schon in der Vergangenheit immer wieder Peaks gegeben, aber nicht in der Größenordnung. Der letzte Peak war in den Jahren 2001 und 2002 bei der Afghanistan-Krise, damals haben wir knapp 40.000 Anträge gehabt. Das ist also nicht vergleichbar mit der gegenwärtigen Situation.

Es wird argumentiert, das große Problem sei, dass der Arbeitsmarkt ohnehin angespannt ist. Gab es Versäumnisse?

Man muss einmal ganz klar sagen, dass Flüchtlingsmigration eine ganz spezifische Art von einer Wanderungsbewegung ist. Das passiert sehr schnell und ist von der geopolitischen Situation abhängig. Wenn wir voriges Jahr zur gleichen Zeit hier gesessen wären, hätten wir sicher über ein anderes Thema gesprochen. Dazu kommt, dass sich auch die Zusammensetzung zu-

nehmend verändert hat. Die nächste Herausforderung besteht darin, dass wir die Zielgruppe von möglichen Maßnahmen nicht wirklich kennen, vor allem die SyrerInnen. Noch dazu haben diese keine Netzwerke in Österreich – und das ist das Essenzielle für die Arbeitsmarktintegration. Wir dürfen auch nicht den Fehler machen, die jetzige Situation mit der Migrationswelle während des Jugoslawien-Krieges zu vergleichen: Die hatten existierende Netzwerke, und das ist der springende Punkt.

Dazu kommt die regionale Komponente. Man weiß, dass Männer und Frauen in unterschiedlichen Bereichen ihre Einstiegsbranchen haben. Wenn nun in Wien sehr viele auf einen Job warten und es einen hohen Anteil an Dienstleistungen gibt und nur einen kleinen Produktionsbereich, ist davon auszugehen, dass es für Männer besonders schwierig sein wird, Fuß zu fassen.

Apropos: Wie sieht denn eigentlich die Qualifizierungsstruktur der Flüchtlinge aus?

Es kommt drauf an: Die Ergebnisse des Kompetenzchecks für Wien zeigen, auch wenn sie nicht repräsentativ sind, eine große Differenzierung zwischen den Gruppen auf. Man muss sich etwa dessen bewusst sein, dass die Altersstruktur ein wesentliches Kriterium ist, wie Menschen am Arbeitsmarkt Fuß fassen. Der Großteil der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge im Alter zwischen 14 und 18 Jahren kommt aus Afghanistan. Nun wissen wir aus der Vergangenheit, dass diejenigen, die im Alter zwischen 15 und 19 nach Ös-



Neben Sprachkenntnissen sind Netzwerke essenziell für die Arbeitsmarktintegration von Menschen, und zwar egal welcher Herkunft, hält Julia Bock-Schappelwein fest. Eben diese Netzwerke fehlen vielen der nun neu ankommenden Flüchtlinge.

terreich gekommen sind, diejenigen sind, die die größten Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben. Warum? Die können de facto nicht mehr haben als einen Pflichtschulabschluss, weil sich das ja von der Schulkarriere gar nicht ausgeht. Sie sind also an der Schnittstelle von der Pflichtschulausbildung. Gleichzeitig haben sie noch nicht die Möglichkeit, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Ein weiteres Kriterium ist die Zusammensetzung nach Geschlecht: Man hat gesehen, dass in zunehmendem Maße Familien gekommen sind, vor allem bei den SyrerInnen. Deren Qualifikationsstruktur wiederum ist eher bipolar: Auf der einen Seite gibt es vergleichsweise viele, die höchstens einen Pflichtschulabschluss haben, aber auf der anderen Seite viele mit einer akademischen Ausbildung – viele haben wahrscheinlich die akademische Ausbildung im Herkunftsland begonnen und mussten dann flüchten.

Das Nächste, was man ansprechen muss: Wir wissen durch Studien etwas über die letzten zehn Jahre, aber können immer noch nichts über die letzte Gruppe an Flüchtlingen sagen. Deswegen halte ich die Kompetenzchecks für einen wichtigen Schritt, um zu Informationen darüber zu kommen, wer die Personen sind und wie sie sich zusammensetzen.

Eine Kritik der AK lautet, dass während jener Zeit, in der die Menschen auf den Asylbescheid warten, beispielsweise keine Deutschkurse vorgesehen sind. Wie sehen Sie das?

Es ist wichtig, dass sie ehest baldig mit Sprachkursen beginnen. Bei der Arbeits-

marktintegration ist die Möglichkeit der sprachlichen Qualifikation zentral und für diese spezifische Gruppe sogar relevanter als beispielsweise für ArbeitsmigrantInnen.

Wenn ich mir die aktuellen Arbeitsmarktdaten ansehe: Wir haben wieder einen deutlichen Beschäftigungszuwachs, vor allem im Dienstleistungssektor. Dort ist die Sprache ein zentrales Element auch für Geringqualifizierte, und zwar egal in welchem Bereich, auch in der Reinigung oder gerade dort. Wenn Sie in einer Reinigungsfirma arbeiten: Sie müssen mit den Leuten in den Unternehmen kommunizieren können, Sie müssen lesen können, wofür die verschiedenen Mittel verwendet werden. Im Produktionssektor ist das anders.

Zudem müsste man den Druck aus dem gering qualifizierten Arbeitsmarkt herausnehmen. Es gibt zwar eine bestimmte Zahl an gering qualifizierten Tätigkeiten, aber diese werden zunehmend durch andere Qualifikationen ersetzt. Es wäre also wichtig zu schauen, welche Qualifikationen Flüchtlinge in Österreich haben. Wenn man ausbildungsadäquater beschäftigt, würde ich meinen, dass man den Druck ein bisschen herausnehmen kann.

Für Asylwerbende ist der Zugang zum Arbeitsmarkt eingeschränkt. Was halten Sie davon?

Jetzt ist die rechtliche Regelung so, dass es drei Monate ab Zulassung zum Asylverfahren eine Arbeitsmarktprüfung gibt und sie gegenwärtig in den Saisonbranchen arbeiten dürfen. Ich glaube schon, dass es wichtig ist, eine Phase zu haben

zwischen Zulassung und Möglichkeit des Zugangs. Unsere Position ist außerdem, dass es wichtig ist, die Arbeitsmarktprüfung beizubehalten, also dass Sie ein Regulativ haben. Aber uns wäre wichtig, dass die Beschränkung auf die Saisonbranchen und die Saisonbeschäftigung fällt und dass man die Beschäftigung für alle Branchen öffnet.

In unserer Studie sagen wir auch: Es ist von der regionalen Verteilung abhängig. Denn die Kontingentbewilligung bekommt man ja nur in der Land- und Forstwirtschaft und im Tourismus. Wenn Sie jetzt aber in einer bestimmten Region sind und dort braucht nun ein Handwerksbetrieb jemanden, hat der keine Chance, einen Flüchtling aufzunehmen.

Und es könnte auch für die regionale Wirtschaft von Vorteil sein.

Das schon, wobei man schon die individuelle Familienkonstruktion berücksichtigen muss. Wenn ich alleinstehend bin, ist das wahrscheinlich leichter zu organisieren, als wenn ich zum Beispiel schon Familie habe und mein Kind in einer Schule integriert ist – da würde ich meinen, dass es einen anderen Weg braucht. Aber für Alleinstehende würde ich meinen, dass das schon vorstellbar wäre.

Was sagen Sie zu dem Argument, der österreichische Arbeitsmarkt sei durch Migration sowie GrenzgängerInnen obnehin schon angespannt, weshalb ein uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge schwierig sei. Wie sehen Sie das?

In der Ostregion arbeiten natürlich PendlerInnen aus den osteuropäischen Staaten. Aber da ist natürlich die Frage: In welchen Bereichen würden anerkannte Flüchtlinge Beschäftigungsmöglichkeiten finden, sind das ähnliche Bereiche oder andere? Ich weiß nicht, ob sie vergleichbar sind mit anderen Gruppen von MigrantInnen.

Gerade mit der letzten Gruppe, die nach Österreich angekommen ist, wissen wir einfach nicht, wie die Arbeitsmarktintegration funktionieren wird.

Was halten Sie von der Rechnung: eingeschränkter Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen heißt weniger Arbeitslosigkeit von ÖsterreicherInnen?

Nein, denn es gibt ja eh die Arbeitsmarktprüfung als Regulativ.

Auch könnte man fragen, wie sinnvoll es ist, auf die Erfahrungen und Qualifikationen von Asylwerbenden so gar keine Rücksicht zu nehmen und sie nur in den angesprochenen zwei Branchen zu beschäftigen.

Deswegen: aktiv nutzen und vor allem auch ehstmöglich ansetzen. Bei den Jugendlichen sollte man schauen, dass sie eine über die Pflichtschule hinausgehende Erstausbildung bekommen. Natürlich sollte man die Kinder nicht vergessen: dass sie im Bildungssystem adäquat Fuß fassen können, vor allem die schulpflichtigen Kinder.

Im Moment scheint man beim Thema Integration fast ein bisschen übereifrig zu sein, um nur ja nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Erwartet man sich zu viel?

Integration dauert: Sie müssen die Sprache erlernen, sie müssen Fuß fassen am Arbeitsmarkt. Und man sieht es von den Erfahrungen aus anderen Ländern: Das dauert!

Noch einmal zum Thema Netzwerke: Wurde deren Bedeutung beim Thema Integration bisher zu wenig berücksichtigt?

Das konnte man in der Vergangenheit auch zwischen der ersten und zweiten Ge-

neration MigrantInnen sehen. Die erste Generation hat in den stagnierenden Branchen Beschäftigung gefunden, und da sind auf einmal die Arbeitsplätze weggebrochen. Und die Kinder? Früher war es ja so, dass in der Umgebung gefragt wurde: „Du, ich habe ein Kind, das hat die Ausbildung gerade abgeschlossen. Wie schaut's aus, kann das im Unternehmen anfangen?“ Das war der erste Schritt. Wenn das aber fehlt, dann ist es enorm schwierig, sich neu zu orientieren. Weil wenn sie auch Konzentrationen in bestimmten Branchen haben, wenn ich also das Umfeld nicht habe und somit auch nicht die Möglichkeit habe, jemanden übers Umfeld zu fragen: Kennst du jemanden? Dann wird es um das deutlich schwieriger.

Ist der österreichische Arbeitsmarkt vielleicht doch noch zu traditionell geprägt und zu wenig offen?

Nein, nein! Wir sind eine offene Volkswirtschaft! Schauen Sie sich an, wie viele Menschen nach Österreich einpendeln.

Wir sind zunehmend ein Land, das eine sehr heterogene Zusammensetzung hat. Schauen Sie sich an, wie viele Zuzüge wir pro Jahr haben, wie viele Wegzüge. Es gibt nicht mehr die stabilen Größen. Oder Sie haben die PendlerInnen, Sie haben eine zunehmend andere Zusammensetzung der Arbeitskräfte, eine größere Heterogenität.

Früher hat man immer gesagt, dass der österreichische Arbeitsmarkt bipolar ist. Zum Beispiel galt: Die EU-15-Arbeitskräfte sind stärker im hoch qualifizierten Bereich und die Arbeitskräfte aus den ehemaligen Gastarbeiterregionen Türkei, Jugoslawien im unteren Qualifikationsbereich. Auch das wird zunehmend differenzierter, denn jetzt kommt in der Mitte sehr viel hinzu. Es gibt eben nicht mehr dieses klare Bild, ganz im Gegenteil! Die österreichische Bevölkerung, die österreichischen Arbeitskräfte sind in der Zusammensetzung zunehmend diversifizierter.

Das macht es natürlich unübersichtlicher.

Es ist unübersichtlich, aber das ist so. Das ist die Gegenwart. Es gibt nicht mehr das

klare Bild. Und es ist nicht mehr schwarz-weiß, sondern es gibt sehr viele Grauschattierungen dazwischen. Und natürlich macht das auch alles rundherum vergleichsweise schwieriger.

Wenn Sie sich beispielsweise anschauen, welche unterschiedlichen Gruppen von MigrantInnen es gibt: ArbeitsmigrantInnen, PendlerInnen, BildungsmigrantInnen, also die aus Bildungszwecken nach Österreich kommen, Personen, die aus familiären Gründen nach Österreich gekommen sind – Familienzusammenführung, -nachzug oder Menschen, die als Kind nach Österreich gekommen sind –, und Asylummigration.

Wenn man sich diese fünf Gründe anschaut, dann haben die Menschen unterschiedliche Bedürfnisse. Was ist bei den ArbeitsmigrantInnen und vor allem bei PendlerInnen relevant? Das große Thema des ÖGB: Lohn- und Sozialdumping, sprich dass die KV's eingehalten werden. Anders ist es für jene, die hier niedergelassen sind, denn für sie ist wahrscheinlich die Anerkennung der formalen Qualifikation ein großes Thema. Das Bildungssystem ist das Thema der zweiten Generation und der Integration der Flüchtlinge.

Und dann Soziales: Darüber haben wir überhaupt noch nicht gesprochen. Wie schaut's aus mit Altern in der Fremde? Im Pflegebereich sprechen wir immer nur über die Pflegekräfte. Aber wir haben die erste Gastarbeitergeneration Ende der 1960er, Anfang der 1970er-Jahre gehabt, also man wird erstmals alt in der Fremde. Was heißt das für die Krankenversorgung, gerade in Wien? Was heißt das für die Infrastruktur? Wie gehe ich mit einer diverser werdenden Bevölkerung um? Das sind sehr viele Dinge, die zunehmend eine Herausforderung darstellen werden.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Sonja Fercher für Arbeit&Wirtschaft.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Fluchterfahrung

In den 1930er-Jahren mussten GewerkschafterInnen vor dem Faschismus aus Österreich fliehen, um ihre Freiheit und ihr Leben zu retten.

Austrofaschismus und Nationalsozialismus sahen in unabhängigen, nur den Interessen der ArbeitnehmerInnen verpflichteten Gewerkschaften eine besondere Gefahr. Deshalb wurden viele engagierte GewerkschafterInnen zu Flüchtlingen. Unter ihnen waren „prominente“ wie der letzte gewählte AK-Präsident Karl Weigl, der aus dem Bereich der heutigen ÖGB-Gewerkschaft vida kam. Oder der Metalller Johann Schorsch, Erster Sekretär des Bundes der Freien Gewerkschaften. Aber auch unzählige andere. Nach dem Verbot der Freien Gewerkschaften im Jahr 1934 war die noch demokratische Tschechoslowakei das erste Fluchtland, mit Beginn des nationalsozialistischen Terrors 1938 suchten die Gefährdeten und Verfolgten Schutz rund um den Globus.

Für die Jugendorganisation der kaufmännischen Angestellten, der größten Vorläufergewerkschaft der GPA-djp, ist eine Liste der Exilländer erhalten geblieben, in denen ihre KollegInnen Aufnahme fanden: Argentinien, Brasilien, England, Mexiko, Israel, Schweden, USA.

Es war alles andere als einfach, ein Aufnahmeland zu finden und dort Fuß zu fassen. In England fürchtete man besonders, dass mit den Flüchtlingen verkappte Nazis eingeschleust würden, sie galten bis zum Gegenbeweis als „feindliche Ausländer“. Sie mussten individuell ihre Verlässlichkeit als Antinazi vor Tribunalen beweisen, vor denen jeder Flüchtling zu erscheinen hatte.

Die FunktionärInnen und Mitglieder, die während der austrofaschistischen Diktatur in den

Untergrundgewerkschaften aktiv waren, riskierten Schauprozesse und Haft. Mit Beginn der NS-Herrschaft befanden sie sich in Lebensgefahr, Jüdinnen und Juden zusätzlich als rassistisch Verfolgte.

Für jene, die entkommen konnten und auf dem europäischen Kontinent blieben, begann die Flucht mit dem Vorrücken der Deutschen Wehrmacht immer wieder aufs Neue. So erging es auch Manfred Ackermann, dem ehemaligen Vorsitzenden der Angestelltenjugend. Über Italien, die Schweiz, Frankreich, Spanien und Portugal kam er schließlich mit seiner Familie in die USA, aber erst nach einer Intervention der US-Gewerkschaften und des jüdischen Arbeiterkomitees bei Präsident **Franklin D. Roosevelt**. Auch bei der Überfahrt war die Angst noch ständige Begleiterin, erzählte Ackermann später:

Einmal sind wir aufgewacht, weil die Maschinen plötzlich still waren. ... Wir waren stundenlang in Angst, dass wir von den Deutschen angehalten worden sind – das wäre das Ende gewesen.

Die Gewerkschafterin und Bankbeamtin Mela Ernst-Grünberg musste Österreich schon 1937 verlassen. Sie half bei der Verteidigung der spanischen Republik und musste nach dem Sieg des **Franco-Faschismus** neuerlich fliehen. In Frankreich fiel sie dann doch 1941 dem NS-Regime in die Hände und wurde in das Frauen-KZ Ravensbrück deportiert. Da sie keine Jüdin war, gelang es ihr im Gegensatz zu ihrer Leidensgenossin **Käthe Leichter**,



© Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands

Die Lagergemeinschaft Ravensbrück der KZ-Überlebenden widmete Mela Ernst-Grünberg 1950 dieses Grabdenkmal. Die von ihr mitbegründete Widerstandsorganisation versuchte vor allem die Kinder im Lager zu schützen und besonders gefährdete Häftlinge zu retten.

der ersten Frauenreferentin der AK, zu überleben. Sie spielte beim Aufbau der internationalen Widerstandsorganisation von Ravensbrück eine führende Rolle, starb aber wenige Jahre nach der Befreiung an den Folgen der KZ-Haft.

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Zeit für mehr Sachlichkeit

An Bildern und Zahlen mangelt es nicht. Aber Vorsicht ist geboten, denn sie erwecken allzu oft einen falschen Eindruck.

Sonja Fercher

Chefin vom Dienst der Arbeit&Wirtschaft

Es ist ein heißer Tag Mitte August und im Park wuselt es nur so. In einem Eck spielt eine Gruppe Frisbee, in einem anderen Eck spielt eine andere Gruppe Völkerball – Männer, Frauen mit und ohne Kopftuch und Kinder bunt durchgemischt. Wieder in einem anderen Eck vergnügen sich Kinder damit, einen Kleiderständer auf Rollen durch die Gegend zu schubsen. Zwischen diesen Inseln sitzen Menschen in Grüppchen herum und plaudern oder picknicken. Nur ein Geruch ist auf einer Seite des Parks nicht zu überriechnen: Urin. Das und die vielen Sachspenden, die überall herumkugeln – sie lassen erkennen, dass sich hier keine durchschnittliche Sonntagsgesellschaft aufhält.

Es ist noch nicht einmal ein Jahr her, als Traiskirchen weit über die Gemeinde- und Landesgrenzen hinweg traurige Bekanntheit erlangte. „Schrecklich, wie es hier aussieht“, beschwert sich ein älterer Traiskirchner. Wirft man einen genaueren Blick auf die Spenden, möchte man dem am liebsten entgegenhalten: Schrecklich, was manche Leute aus den Tiefen ihres Kellers geholt haben und hier wie Sperrmüll abgeladen haben.

Chaotisch ...

Und doch ist gut gemeint in diesem Fall nicht das Gegenteil von gut gemacht, denn neben so manchem Krepel findet man jede Menge nützliche Dinge. Recht hat aber auch er: Es herrscht schon ein ordentliches Chaos. Wie so oft beim The-

ma Migration reicht ein kurzer Blick nicht. Vielmehr muss man wirklich genauer und vor allem öfter hinsehen, um sich ein Bild von der Situation machen zu können.

Der Bilder gibt es in der Flüchtlingskrise viele und es ist Vorsicht geboten. Immerhin können sie immer nur Ausschnitte einer ausgesprochen komplexen Realität zeigen – und erwecken oft genug einen falschen Eindruck. Die vielen Menschen, die an den österreichischen Bahnhöfen und an der Grenze ankamen und dazu gezwungen waren, im Freien zu übernachten, die vielen Zelte: Diese Bilder etwa nährten den Eindruck, dass es „einfach zu viele“ Flüchtende sind, dass Österreich diesem „Ansturm“ nicht gewachsen sei.

Bilder- und Zahlenspiele

In der Tat sind im vergangenen Jahr deutlich mehr Flüchtlinge nach Österreich gekommen: Fast 90.000 Menschen haben einen Antrag auf Asyl gestellt – ein Anstieg um 212 Prozent (siehe „Die Flucht in Zahlen“, S. 24–25). Doch auch mit den Zahlen ist das so eine Sache. So könnte man dem entgegenhalten, dass Österreich auch zu den reichsten Ländern der Erde gehört und dem Land von daher auch zugemutet werden kann, einen größeren Teil der Last zu tragen. Auch kann man die Zahl ins Verhältnis mit der EinwohnerInnenzahl setzen: Bei 8,5 Millionen EinwohnerInnen machen die Flüchtlinge nur etwas mehr als ein Prozent der Bevölkerung aus. Im Libanon kommen fast 30-mal so viele Flüchtlinge auf eine/n EinwohnerIn als in Österreich.

BUCHTIPP

Livia Klingl:

Wir können doch nicht alle nehmen!

Verlag Kremayr & Scheriau,
176 Seiten, 2015, € 22,-
ISBN: 978-3-218-00968-3



Bestellung:

www.arbeit-recht-soziales.at

Um ein anderes europäisches Beispiel zu nennen: Serbien hat rund eine Million weniger EinwohnerInnen als Österreich und verzeichnete im vergangenen Jahr mehr als eine halbe Million Anträge. Doch es wäre unfair, so zu tun, als würde sich Österreich aus der Verantwortung stehlen. Es zählt zu jenen europäischen Ländern, die sehr viele Flüchtende aufgenommen haben, besonders wenn man es im Verhältnis zur EinwohnerInnenzahl betrachtet.

Der Blick auf die Situation weltweit lässt die Sache noch einmal komplizierter werden. Das UNHCR geht davon aus, dass inzwischen über 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind. Das ist mehr, als Italien EinwohnerInnen hat. Allerdings kommt nur ein kleiner Teil davon nach Europa. Die Mehrheit verlässt ihr Land überhaupt nicht, es sind die sogenannten Binnenflüchtlinge. Jene, die ihr Land verlassen, bleiben in der Region: Ganze 86 Prozent der Flüchtenden finden in sogenannten Entwicklungsländern Zuflucht, 25 Prozent sogar in am wenigsten entwickelten Ländern. Nur 14 Prozent flüchten also in die sogenannten Industrieländer.

Wie so oft reicht ein kurzer Blick nicht. Vielmehr muss man schon genauer und auch öfter hinsehen, um sich ein Bild machen zu können. Hier zu sehen: Die neue Pariser Philharmonie.



Von jenen Flüchtenden, die nach Europa kommen, kommt wiederum nur ein Teil nach Österreich, auch wenn dieser im Verhältnis nicht so gering ist. Aber auch hier müssen mehrere Aspekte bedacht werden. Dass die Flüchtenden in Österreich im vergangenen Sommer nicht angemessen untergebracht werden konnten, ist nämlich zum Teil hausgemacht. Inzwischen ist man sich darin einig, dass die Kürzung der Nahrungsmittelhilfe für die Flüchtlinge eine der wesentlichen Ursachen dafür war, dass sich so viele auf den gefährlichen Weg in Richtung Europa gemacht haben.

Auch Österreich war bei den Zahlungen säumig. Dazu kommt eine innenpolitische Dimension: Im Juni 2015 hatten noch zwei Drittel der Gemeinden keine Flüchtenden untergebracht – im September sollte das viel zitierte Durchgriffsrecht beschlossen werden. Auch muss fairerweise daran erinnert werden, dass ein Großteil der Flüchtlinge im Sommer in Richtung Deutschland durchgewinkt wurden.

Veränderung zum etwas Besseren

Seither hat sich einiges verändert. Im Innenministerium selbst kann man erstaunlicherweise nicht mit Zahlen dienen. Nur auf Ebene der Bundesländer liegen diese vor, ORF-Journalist Jakob Weichenberger trägt diese kontinuierlich zusammen. Allein seit September ist die Zahl der Unterkünfte um 60 Prozent gestiegen. Inzwischen bringt nur noch ein Drittel der Gemeinden keine Flüchtenden unter. Aber auch dieses Argument lässt sich natürlich umdrehen: Immer noch ein Drit-

tel der Gemeinden kommt ihrer Verpflichtung nicht nach. Aber weil auch das noch viel zu einfach wäre: Im Gemeindebund verweist man darauf, dass viele Gemeinden bereits Unterkünfte angeboten hätten, die Bürokratie aber verhindere, dass dort Flüchtende auch tatsächlich untergebracht werden. Auch Privatpersonen beschwerten sich in den vergangenen Monaten immer wieder über bürokratische Hürden.

In der aktuellen politischen Debatte ist das Thema Unterbringung an den Rand gedrängt worden, wie so viele andere Aspekte der Flucht. Zumindest vonseiten der Regierung scheint alles einem Ziel untergeordnet: möglichst zu verhindern, dass „zu viele“ Flüchtende nach Österreich kommen – wie viel dieses „zu viel“ auch immer sein mag. Natürlich ist das Argument nachvollziehbar, man wolle eine Überforderung vermeiden. Genauso ist wenig dagegen einzuwenden, dass man nur so viele Menschen aufnehmen möchte, wie man an Kapazitäten zur Verfügung habe, gerade bei der angespannten Lage am Arbeitsmarkt.

Ebenso ist die Forderung nachvollziehbar, dass es eine gerechtere Verteilung auf europäischer Ebene brauche. Eine sachliche Diskussion über all diese Aspekte findet allerdings leider kaum noch statt. Vielmehr scheinen sich die Fronten immer weiter zu verhärten. Das wiederum ist der Integration der neu Angekommenen keinesfalls dienlich.

Schon bei der Erstversorgung der Flüchtenden ist die Zivilgesellschaft eingesprungen. Auch zur lautstark geforderten Integration tragen viele Menschen in Österreich bei: Es werden Pa-

tenschaften mit Flüchtenden abgeschlossen, Deutschkurse aus dem Boden gestampft, Ausflüge organisiert und vieles mehr. Auch wenn derzeit die negativen Berichte in den Medien zu dominieren scheinen: Die Zivilgesellschaft engagiert sich weiterhin tatkräftig.

... oder ordentlich?

Rückblende in den August 2015: Auch im Park in Traiskirchen machen SpenderInnen weitaus mehr, als „nur“ Sachen abzuladen. Die einen spielen einfach mit, andere picknicken gemeinsam mit den Flüchtlingen oder reden mit ihnen. Auf der anderen Straßenseite hängt ein Gartenschlauch über einen Zaun, daneben ist eine Abbildung angebracht, versehen mit dem Text in mehreren Sprachen, dass dies Trinkwasser ist.

Vom Völkerballspiel erhitzt, löscht ein kleines Grüppchen junger Frauen und Männer nicht nur den Durst, sondern findet auch eine willkommene Abkühlung. Lachend spritzen sie sich gegenseitig an. Indessen verteilt eine Helferin Müllsäcke und ruft die Anwesenden dazu auf, beim Aufräumen mitzuhelfen. Nur wenig später ist der ganze Park aufgeräumt. „Wie ordentlich die doch sind“, könnte denken, wer nun am Park vorbeispaziert.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Von Antrag bis Zulassung

Das Asylrecht in Österreich ist sehr komplex und es geistern viele Begriffe durch Medien und Politik. Eine Einführung und Einordnung.

Johannes Peyrl

Abteilung Arbeitsmarkt und Integration
der AK Wien

Asylantrag: Kommen Asylsuchende nach Österreich, reicht es zunächst, dass sie zu einem Polizisten oder einer Polizistin das Wort „Asyl“ oder „Schutz“ sagen. Das ist niederschwellig, aber notwendig, weil von den Menschen nicht erwartet werden kann, komplizierte Formalismen einzuhalten. Das Verfahren wird ohnehin schnell komplex. Nach einer ersten Befragung kommt es zum „Zulassungsverfahren“. Darin wird zunächst überprüft, ob Österreich überhaupt zuständig ist, das Asylverfahren zu führen (siehe „Dublin-Regelung“). So lange bleiben die Betroffenen AsylwerberInnen und haben entsprechend eingeschränkte Rechte. Kann das Asylverfahren nicht schnell auf diese Art beendet werden, sieht die Theorie vor, dass das Verfahren „zugelassen“ wird und die Personen in ein bestimmtes Bundesland gebracht werden. Es ist offensichtlich, dass dies derzeit gar nicht funktioniert.

Ist Österreich zuständig, wird überprüft, ob einer der Fluchtgründe laut Genfer Flüchtlingskonvention zutrifft (Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität, bestimmter sozialer Gruppe oder wegen politischer Gesinnung). Wenn dem nicht so ist, kann der sogenannte subsidiäre Schutz gewährt werden: Diesen erhalten Flüchtlinge, wenn sie nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können, weil ihnen dort Folter oder unmenschliche Behandlung droht oder sie als Zivilperson eine ernst-

hafte Bedrohung ihres Lebens oder ihrer Unversehrtheit infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines Konflikts fürchten müssen.

Trifft kein Fluchtgrund zu und kann auch kein subsidiärer Schutz gewährt werden, müssen Flüchtlinge grundsätzlich das Land wieder verlassen. Davor muss jedoch geprüft werden, ob eine „Rückkehrentscheidung“ zulässig ist: Durch jahrelange Verfahren haben diese Menschen oft FreundInnen, soziale Beziehungen, EhegattInnen, eingetragene PartnerInnen oder auch Kinder in Österreich. Wiegt ihr Interesse, aus diesen Gründen in Österreich zu bleiben, schwerer als das Interesse des Staates, dass sie zurückkehren, können sie in Österreich bleiben. Ist das nicht der Fall, können sie entweder im Rahmen eines Rückkehr-Programms in ihr Heimatland zurückkehren, oder ihnen droht die Abschiebung. Im Jahr 2015 wurden 7.447 Personen abgeschoben. Viele Menschen können aber nicht zurückkehren, weil ihr Herkunftsstaat keine Dokumente ausstellt und sie schlicht nicht wieder einreisen lässt. In diesem Fall bleiben sie – faktisch rechtlos – in Österreich.

Asyl auf Zeit: Es liegt ein Gesetzesentwurf im Parlament, nach dem Asyl zunächst nur befristet für drei Jahre erteilt werden soll. Wenn nach dieser Zeit keine Aberkennung des Asylstatus möglich ist, soll dieser Status automatisch in ein unbefristetes Aufenthaltsrecht übergehen. Diese Regelung ist noch nicht beschlossen. Es ist zu befürchten, dass zwar Menschen verunsichert werden, aber diese Regelung keine greifbaren Auswir-

kungen haben wird: In den meisten Fällen ist eine Rückkehr nach drei Jahren kaum denkbar. Zudem ist bereits jetzt (!) geltendes Recht, dass Asyl zwingend abzuerkennen ist, wenn die Voraussetzungen für die Asylgewährung weggefallen sind.

Arbeiten: AsylwerberInnen ist die Ausübung einer unselbstständigen Tätigkeit nicht grundsätzlich verboten. Drei Monate nach Zulassung zum Verfahren darf ihnen nämlich eine Beschäftigungsbewilligung erteilt werden. Bis zu dieser Zulassung kann im Übrigen deutlich mehr als ein Jahr vergehen, in dieser Zeit sind sie zum Nichtstun gezwungen.

Aufgrund eines Erlasses des Sozialministeriums aus dem Jahr 2004 (oft auch „Bartenstein-Erlass“ genannt) dürfen Beschäftigungsbewilligungen an AsylwerberInnen noch dazu nur in der Saisonarbeit ausgestellt werden. Nur im Rahmen dieser Kontingente dürfen AsylwerberInnen eine Bewilligung bekommen. Diese Regelung ist sozialpolitisch unbefriedigend, besonders weil sie auch AsylwerberInnen, die bereits lange Zeit in Österreich leben, vom Arbeitsmarkt ausschließt. Die AK fordert daher, dass AsylwerberInnen nach sechs Monaten ab Antragstellung eine Beschäftigungsbewilligung auch in anderen Berufen bzw. Branchen erhalten können.

Selbstständige Arbeit ist grundsätzlich möglich. Oft sind diese Personen daher als Scheinselbstständige tätig, die noch leichter ausgebeutet werden können. Übrigens: Die oft erzählte Geschichte, dass AsylwerberInnen nur als SexarbeiterInnen arbeiten dürfen, ist zumindest überholt: Früher durften Asyl-



werberInnen auch keinen Gewerbeschein bekommen – und da eben faktisch auch kaum eine unselbstständige Arbeit möglich war (und ist), blieben vielfach neue selbstständige Berufe, für die keine Gewerbeberechtigung nötig war: eben unter anderem Sexarbeit.

Dublin-Regelung: Nach der Dublin-III-Verordnung der EU ist theoretisch jener EU-Mitgliedstaat zuständig, ein Asylverfahren zu führen, in dem der/die AsylwerberIn zuerst in die EU eingereist ist. Abgesehen davon, dass das System nicht mehr funktioniert, ist offensichtlich, dass es de facto zu existieren aufgehört hat. Umso dringender wär es, sinnvolle Alternativen zu suchen.

EU-Quote: Schon länger wird in der EU über eine Quote innerhalb der EU zur Aufteilung der Flüchtlinge diskutiert. Dabei wäre eine größere Beachtung der (allfälligen) Wünsche der AsylwerberInnen sinnvoll, zumindest wenn sie (erweiterte) Familie in einem anderen Mitgliedstaat haben oder andere berücksichtigungswerte Gründe vorliegen. Wesentlich ist aber, dass eine Betreuung der AsylwerberInnen in allen Mitgliedstaaten funktionieren muss. Vergangenes Jahr wurde die Verteilung von insgesamt 160.000 Personen von Italien und Griechenland auf andere Mitgliedstaaten beschlossen. Bislang haben von dieser Regelung aber weniger als 1.000 Personen tatsächlich profitiert.

EU-Türkei-Deal: Eine „Vereinbarung“ der EU mit der Türkei besagt, dass neu in Griechenland ankommende Flüchtlinge wieder in die Türkei zurückgeführt werden. Sollten diese Personen in Griechenland einen Asylantrag stellen, soll

dieser binnen weniger Tage entschieden werden, wobei im Wesentlichen die Türkei als sicherer Drittstaat gelten soll. Für jede zurückgeführte Person soll ein Flüchtling von der EU aufgenommen werden. Die Absurdität liegt auf der Hand: Würden keine Personen mehr versuchen, unrechtmäßig von der Türkei nach Griechenland zu gelangen, müsste die EU auch keine Flüchtlinge übernehmen.

Familiennachzug: Flüchtlinge (eingeschränkt subsidiär Schutzberechtigte) dürfen nach Anerkennung ihre EhegattInnen (nur wenn die Ehe im Herkunftsland bestanden hat) und ihre minderjährigen Kinder nachholen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auch ihre Eltern. Diese Rechte sollen nun massiv beschnitten werden – durch Wartezeiten bzw. unrealistische Unterhaltsanforderungen.

Mindestsicherung: Asylberechtigte (Flüchtlinge) haben nach Europarecht und der Genfer Flüchtlingskonvention Anspruch auf Mindestsicherung wie ÖsterreicherInnen. Pläne in einzelnen Bundesländern, in den ersten Jahren weniger Mindestsicherung zu zahlen, sind daher rechtswidrig. Es könnte allerdings einige Zeit dauern, bis diese Einschränkungen von einem Gericht – spätestens vom EuGH – aufgehoben werden. Es ist rechtlich umstritten, ob subsidiär Schutzberechtigte ebenfalls einen Mindestsicherungsanspruch haben oder ob die Grundversorgung (siehe „Die Flucht in Zahlen“, S. 24–25) ausreichend ist. Einige Bundesländer gewähren dieser Gruppe bereits nur diese Grundversorgung.

Obergrenze: Die österreichische Regierung hat beschlossen, dass maximal 37.500 Flüchtlinge im Jahr 2016 in Österreich einen Asylantrag stellen dürfen. Dabei bewegt sich Österreich auf sehr dünnem rechtlichem Eis. Zuletzt brachte die Regierung eine Notfallsklausel (Artikel 72) aus dem EU-Vertrag ins Spiel, der es Österreich ermöglichen würde, den Zustrom zu begrenzen, wenn die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ bzw. der „Schutz der inneren Sicherheit“ gefährdet sei. In dem von der Regierung in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten halten die beiden Juristen allerdings fest, dass damit „nur der Zusammenbruch des Asylsystems oder ähnliche gravierende Umstände gemeint sein“ könnten. Unklar ist außerdem, ob Österreich einen Asylantrag nicht doch behandeln müsste, wenn etwa eine Person diesen an der italienischen oder slowenischen Grenze gestellt hat. Wie schon erwähnt, reicht dafür, einem Beamten oder einer Beamtin das Wort „Asyl“ zu sagen. Schon gar nicht ist nachvollziehbar, warum die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Österreich objektiv gefährdet sein sollte.

Internet:

AK Stadt „Flucht nach Wien“:
tinyurl.com/j358z9v

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an den Autor
johannes.peyrl@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

It's the Economy

Der Ausschluss von Flüchtlingen vom Arbeitsmarkt ist kein Erfolgsrezept gegen Arbeitslosigkeit. Es braucht einen grundlegenden politischen Kurswechsel.

Markus Koza

Ökonom, Vorsitzender der Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG) im ÖGB und Mitglied des ÖGB-Vorstandes

Keine Frage, die Arbeitsmarktsituation in Österreich ist angespannt: höchste Arbeitslosigkeit seit den 1950er-Jahren, Zunahme atypischer, oft prekärer Beschäftigungsverhältnisse, steigende Arbeitsmigration aus dem EU-Ausland und daraus resultierende Verdrängungseffekte. Neu hinzu kamen 2015 Zehntausende Flüchtlinge. Allein in Österreich haben 2015 fast 90.000 Menschen Asyl beantragt. Im Dezember 2015 waren 21.154 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte beim AMS gemeldet, für 2016 rechnen AMS und Sozialministerium mit weiteren 30.000 Flüchtlingen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Die Integration Zehntausender Arbeitssuchender in den Arbeitsmarkt ist eine enorme Herausforderung, ohne Zweifel. Allerdings verleitet sie nur allzu schnell zu populistischen Schnellschüssen. Da wurde das Aussetzen der **Persone**nfreizügigkeit in der EU als Lösung für die Arbeitsmarktprobleme gefordert. Oder man meint, den Arbeitsmarkt vor neuen Arbeitskräften „schützen“ zu können, indem man auf alten Zugangsbarrieren beharrt oder neue aufzieht.

Folge der Austeritätspolitik

Alle diese Maßnahmen sind hinsichtlich Rechtmäßigkeit, Durchführbarkeit, aber auch tatsächlicher Wirkung hoch umstritten. Insbesondere setzen sie nicht an den

Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit an. Arbeitsmarktprobleme entstehen nämlich nur bedingt am Arbeitsmarkt selbst, sondern haben tiefer liegende Gründe: Sie sind Folge einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Im Falle Europas und Österreichs ist es eine Politik, die auf rigoroses Sparen setzt. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 waren in Österreich 212.000 Menschen arbeitslos gemeldet. In den ersten Krisenjahren wurde noch gegengesteuert – mit Kurzarbeit, Konjunkturpaketen, der Steuerreform I. Die kräftige Lohnerhöhung im Zuge der Kollektivvertragsverhandlungen 2008 stabilisierte die gesamtgesellschaftliche Nachfrage. Die automatischen Stabilisatoren – insbesondere das Arbeitslosengeld, aber auch die in der Krise eingeführte Mindestsicherung – trugen zusätzlich dazu bei.

In den ersten Jahren der Krise gelang es so, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten – dank einer entsprechenden Wirtschaftspolitik. Von 2008 bis 2012 stiegen die Arbeitslosenzahlen auf 260.600 Personen, ein Plus von knapp 49.000 innerhalb von vier Jahren. Danach sollte sich die Entwicklung beschleunigen: In den folgenden zwei Jahren stieg sie um 60.000 Personen. Zuletzt erreichte sie im März 2016 einen Wert von 368.000 Arbeitslosen.

Die Gründe für diesen massiven Anstieg sind in den restriktiven Budgetvorgaben auf europäischer Ebene zu suchen. Milliarden schwere Bankenrettungspakete sowie steigende Sozialausgaben bei rückläufigen Steuereinnahmen als Folge der Krise ließen Budgetdefizite wie auch öffentliche Schuldenstände ansteigen. 2009 brach die „Eurozonen-Krise“ aus,

Griechenland war zahlungsunfähig geworden und ein erstes „Rettungspaket“ – tatsächlich ein brutales Sanierungspaket, das massive Einschnitte in soziale Sicherungssysteme, Löhne, öffentliche Ausgaben brachte – wurde geschnürt.

Immerwährende Austerität?

Spätestens dann fand eine Umdeutung der Krise statt: Statt von einer Finanzkrise war nun zunehmend von einer Staatsschuldenkrise die Rede. Primäres Ziel europäischer Wirtschaftspolitik wurde nun der Rückbau der Budgetdefizite und der öffentlichen Schuldenstände – und das ausgerechnet mitten in der Krise! Insbesondere Deutschland erhöhte den Druck auf die Sanierung der öffentlichen Haushalte. Auf europäischer Ebene wurden entsprechend strenge Budgetregeln verabschiedet und ein strikter Konsolidierungskurs vorgegeben. Mit dem 2012 beschlossenen „Fiskalpakt“ wurde das Sparkorsett schließlich endgültig zugezogen und „austerity forever“, immerwährende **Austerität**, auch in der österreichischen Gesetzgebung festgeschrieben.

Die Folgen waren europaweit fatal: Die öffentliche Investitionstätigkeit ging zurück, infolge von Sparmaßnahmen und Ausgabenkürzungen stiegen die Arbeitslosenzahlen an und liegen nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau. Zusätzlich wurde das ohnehin nur zaghafte Wachstum abgewürgt. Damit biss sich die Katze in den Schwanz: Weil das Wachstum einbrach, kam es tatsächlich zu einem Anstieg der Staatsschuldenquoten. Die wirtschafts- und sozialpolitisch desaströsen Ergebnisse der Aus-



Allzu schnell müssen Flüchtlinge als Sündenböcke für die hohe Arbeitslosigkeit herhalten. Das Problem ist aber die Sparpolitik.

teritätspolitik ließen selbst den Internationalen Währungsfonds (IWF) Ende 2014 Abstand von der Sparpolitik nehmen. Den EU-Staaten empfahl er, die öffentliche Investitionstätigkeit wieder aufzunehmen.

Für eine Wende am Arbeitsmarkt – weg von steigenden Arbeitslosenzahlen hin zu mehr Beschäftigung – braucht es also einen grundlegenden Kurswechsel: eine Abkehr von der Spar- hin zu einer **expansiven Fiskalpolitik** (ohne die übrigens auch die derzeit von der EZB betriebene Null-Zins-Geldpolitik nicht greift) mit einer deutlichen Ausweitung öffentlicher Investitionstätigkeit. Arbeitsmarktpolitik – von Qualifizierung und Weiterbildung bis hin zu Integrationsmaßnahmen und insbesondere Arbeitszeitverkürzung – kann dabei unterstützen. Auch kann sie die Chancen von „Risikogruppen“ wie SchulabbrecherInnen oder Niedrigqualifizierten erhöhen, einen stabilen, qualitativ hochwertigen und entsprechend bezahlten Arbeitsplatz zu finden. Ansonsten drohen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen allerdings zu verpuffen.

Investitionen nötig

Zurück zu den Flüchtlingen: Die Integration Zehntausender Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt ist nicht leicht, aber bewältigbar. Dazu braucht es arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Arbeitszeitverkürzung. Vor allem aber ist eine verstärkte öffentliche Investitionstätigkeit auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene nötig: Investitionen in öffentliche Infrastruktur, in Bildung, in soziale Dienste, in

öffentliche Verkehrsmittel, in den Wohnbau, in Klimaschutzmaßnahmen und so weiter. Kurzum, es braucht Investitionen, die Beschäftigung und Wachstum schaffen. Ja, und Investitionen in Flüchtlinge selbst – in Integration, in ihre Ausbildung, aber auch in ihre soziale Absicherung und ihre Versorgung.

So eigenartig es klingen mag: Die Flüchtlingsbewegungen des letzten Jahres führen tatsächlich – gemessen an den Ausgaben – zu einem ganz ordentlichen Wachstumsschub. Nationalbank (OeNB), IHS und WIFO sehen in ihren Wachstumsprognosen für 2016 positive Effekte, die aus der „Flüchtlingskrise“ entstehen. Die Rechnung an sich ist einfach: Grundversorgung, Wohnungen, Lebensmittel, Deutschkurse, Mindestsicherung und Ähnliches kosten den Staat natürlich Geld. Sie bringen aber gleichzeitig Beschäftigung, weil eben Wohnraum geschaffen werden muss, Lebensmittel verkauft und DeutschlehrerInnen eingestellt werden und weil die ausbezahlte Mindestsicherung praktisch vollständig in den Konsum fließt und so die Nachfrage stabilisiert.

Die OeNB hat für das erste Halbjahr 2016 einen Wachstumseffekt von 0,2 Prozent des BIP errechnet, bei direkt veranschlagten Mehrausgaben des Bundes für Flüchtlinge sind dies rund 613 Millionen Euro. Zum Vergleich: Das entspricht jenem Wachstumsimpuls, den sich die OeNB von der Steuerreform erwartet, die sich 2016 mit einem Entlastungseffekt von 3,975 Milliarden Euro niederschlagen soll. Ähnlich sehen es IHS und WIFO: Die Ausgaben für Betreuung und Grundversorgung von

Flüchtlingen sowie für die Mindestsicherung würden eine Steigerung des privaten wie öffentlichen Konsums nach sich ziehen – mit dem entsprechend positiven Konjunkturimpuls. Ausgaben, die zwar über eine höhere Staatsverschuldung getätigt werden, aber zu mehr Wachstum führen. Vorsicht ist bei dieser Prognose jedoch geboten: Denn werden anderswo Ausgaben gekürzt, wäre der Wachstumseffekt ungleich geringer.

Widersinnig

Womit einmal mehr bestätigt wäre: So lange am Spar- und Kürzungskurs festgehalten wird, droht auch die Beschäftigungskrise zu bleiben. Nicht Flüchtlinge, nicht Migration sind für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich, sondern eine verfehlte Krisenpolitik in Europa, die auf Sparen statt Investitionen setzt – und das ausgerechnet zu einer Zeit, wo angesichts der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank Kredite so günstig zu haben wären wie noch nie ...

Internet:

OeNB-Konjunkturindikator Februar 2016:
oenb.at/Presse/20160219.html

WIFO-Konjunkturprognose März 2016:
tinyurl.com/hl9nx6h

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
markus.koza@ug-oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

„Es gibt viele Gründe für die Flucht“

In Algerien, Marokko, aber auch Ägypten erschweren Repression, politische Verfolgung und enorme Arbeitslosigkeit den Alltag.

Irene Mayer-Kilani

Freie Journalistin u. a. für die Tageszeitung
„Kurier“

Amara L. sitzt in einem Internet-Café und telefoniert mit seiner Familie in Algerien auf Skype. L. ist auf abenteuerlichen Wegen über Marokko per Schiff nach Frankreich und weiter mit Bus und Zug nach Deutschland und schließlich nach Österreich gekommen. Sein größter Wunsch ist, endlich eine Wohnung und Arbeit zu finden, um seine Familie nachholen zu können. Doch vor allem sein unsicherer Aufenthaltsstatus erschwert ihm die Integration. Seit Österreich dem deutschen Beispiel folgt und die Liste sicherer Herkunftsstaaten um nordafrikanische Länder wie Algerien und Marokko erweitert, macht sich Hoffnungslosigkeit breit. Menschenrechtsorganisationen kritisieren diese Maßnahmen scharf.

Misshandlungen und Folter

Wer von Europa nach Algerien oder Marokko abgeschoben wird, dem droht sofortige Haft. Noch am Flughafen werden die Personen abgeführt. Denn das illegale Auswandern steht unter Strafe. Dieses Gesetz wurde auf Druck der EU zur Bekämpfung der Migrationsströme verabschiedet. Amnesty International berichtet von schweren Misshandlungen und Folter in marokkanischen und algerischen Gefängnissen.

Die Online-Plattform der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW), die jährlich einen World Report zu den Menschenrechtsentwick-

lungen in über 90 Staaten herausgibt, listet detailliert alle Menschenrechtsverstöße auf.

„Aus Angst vor Terroranschlägen und dem massenhaften Zustrom von Flüchtlingen bewegen sich viele westliche Regierungen beim Schutz der Menschenrechte rückwärts“, kritisiert HRW-Direktor Kenneth Roth. „Diese Rückschritte bedrohen die Rechte aller Menschen, ohne dass sie nachweislich einen effektiven Schutz für die Bürger bewirken“, warnt er. Für die Flucht etwa aus nordafrikanischen Staaten gibt es zahlreiche Gründe, wirtschaftliche wie politische. „Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch, die Aussichten für junge Menschen sind schlecht. Menschenrechte werden massiv eingeschränkt. Die Presse ist nicht frei, Minderheiten werden verfolgt, es gibt willkürliche Inhaftierungen und Misshandlungen“, berichtet Pro-Asyl-Referent Karl Kopp.

Der algerische Journalist Hassan Bouras wurde wegen regierungskritischen Berichten mehrfach zu Haftstrafen verurteilt. Die beiden Blogger und Menschenrechtsaktivisten Adel Ayachi und Tijani Ben Derrah wurden im November 2015 von der Polizei festgenommen, nachdem sie an einer Demo für Pressefreiheit teilgenommen hatten.

In Algerien, Marokko, Ägypten und Libyen erschweren Repression, Korruption, Vetternwirtschaft, Willkür und gesellschaftliche Stagnation den Alltag. Politik und Wirtschaft sind in den Händen einer Elite, die den Kontakt zu den Menschen verloren hat und nur am eigenen Wohlergehen interessiert scheint. In Marokko etwa gewährte der Monarch

BUCHTIPP

Abbas Khider:

Ohrfeige

Hanser Verlag, 224 Seiten,

2016, € 20,50

ISBN: 978-3-4462-5054-3



Bestellung:

www.besserewelt.at

begrenzte Befugnisse an das Parlament, behielt aber die wichtigsten Machtinstrumente unter seiner Kontrolle.

Niedriger Ölpreis

Dass junge NordafrikanerInnen auf der Suche nach einer besseren Zukunft auf Europa setzen, ist für die **Maghreb**-Expertin bei Amnesty International, Sirine Rached, nur verständlich: „Die meisten Menschen verlassen diese Staaten, um der schlechten Wirtschaftslage zu entkommen. In Marokko sind Schätzungen zufolge bis zu 50 Prozent aller jungen Akademiker arbeits- und perspektivlos. Algerien leidet noch heute unter den Folgen des blutigen Bürgerkriegs in den 1990er-Jahren. Die Ökonomie des Landes hängt massiv vom Verkauf von Öl und Gas ab. Derzeit macht dem Land der niedrige Ölpreis zu schaffen. Gleichgeschlechtliche Handlungen sind in Marokko und Algerien strafbar.“

Die institutionelle Korruption sei in beiden Ländern extrem. In dem vom Wirtschaftsmagazin „The Economist“ berechneten Demokratieindex werden Algerien und Marokko als autoritäre Regime eingestuft. Bei der Anzahl der



In Algerien, Marokko, Ägypten oder Libyen erschweren Repression, Korruption, Willkür und Stagnation den Alltag. Und doch werden MigrantInnen aus diesen Ländern von manchen nicht als Flüchtlinge angesehen.

Asylanträge in Österreich liegen Marokko und Algerien nur im schwachen Mittelfeld. Mit rund 25.000 Asylanträgen im Jahr 2015 liegt Afghanistan an erster Stelle, gefolgt von Syrien mit rund 24.000 Anträgen. Lediglich 942 Asylanträge stammten aus Algerien und 730 aus Marokko.

In seinem neuen Buch „Ohrfeige“ stellt der irakische Schriftsteller **Abbas Khider** seinen Protagonisten Karim Mensy in den Mittelpunkt, dessen Asylgrund kein politischer ist. „Ich wollte die Erwartung der Leser nicht erfüllen. Wenn ich über das Thema Asyl schreibe, nimmt man an, dass es um Folter geht, weil man das durch meine Geschichte nachvollziehen kann. Mit dem Überraschungseffekt wollte ich gegen dieses Schubladendenken über politische Flüchtlinge versus Wirtschaftsflüchtlinge anschreiben. Es gibt viele Gründe, warum Menschen ihre Heimatländer verlassen“, sagt Khider.

Waffenlieferungen

Nicht nur politische Gründe und Krieg, sondern Hunger, Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven, Gewalt, Unterdrückung, fehlende Freiheiten, Verfolgung von Minderheiten zwingen Menschen zur Flucht. Der 43-jährige Autor ist selbst 1996 nach politischer Verfolgung aus Bagdad geflohen und lebte als „illegaler“ Flüchtling in verschiedenen Ländern. Die Hürden des europäischen Verwaltungssystems sind ihm nicht fremd. „Ich habe das alles mitgemacht, wie die Tausenden Menschen, die jetzt hier sind. Ich war in vielen Asylunterkünften, darunter auch in einem

Obdachlosenheim. Ich habe die Schikane durch die Behörden erlebt. Ich weiß, dass es sogar in der Demokratie diese Unmenschlichkeit gibt“, sagt Abbas Khider in einem Interview mit dem Standard. Wie viele AktivistInnen appelliert auch er dringend an alle westlichen Regierungen, sie sollten endlich aufhören, Waffen zu liefern. Dem Westen müsse klar sein, dass die Menschen vor diesen Waffen flüchten. „Man schickt Waffen in alle Welt. Warum hat der Westen ein Problem mit dem Iran und dem Jemen und liefert Waffen nach Saudi Arabien? Im Irak herrscht immer noch Chaos, auch in Libyen. Und falls in Syrien der IS verschwindet, wird es noch lange dauern, bis für die Menschen Ruhe einkehrt. Es gibt im Land so viele Gruppierungen, die alle bewaffnet wurden“, sorgt sich Khider. Er könne kaum glauben, dass wieder Zäune und Mauern errichtet werden, als gäbe es eine Welt erster und zweiter Klasse: „Damit machen wir uns vor der Geschichte lächerlich.“

Dass es auch anders geht, hat Italien zu Jahresbeginn mit der Errichtung eines humanitären Korridors bewiesen. Syrische Kriegsflüchtlinge werden direkt aus dem Libanon, Subsahara-Flüchtlinge aus Marokko und vor allem SomalierInnen, EritreerInnen und SudaneseInnen aus Äthiopien nach Rom geflogen. Insgesamt 1.000 Menschen wird durch eine sichere legale Einreise die lebensgefährliche Überfahrt über das Meer erspart bleiben. Der Korridor wurde in Zusammenarbeit zwischen kirchlichen Organisationen, die für Unterkunft und Verpflegung sorgen, und dem italienischen Außenministerium, das die Visa ausstellt, ins Leben gerufen. Die ankommenden Men-

schen – Kinder, Familien, darunter auch viele Kriegsverletzte – wurden auf dem römischen Flughafen Fiumicino von Außenminister Paolo Gentiloni persönlich begrüßt. „Humanitäre Korridore“ seien nicht die Lösung für die Flüchtlingskrise, aber sie seien „ein Teil der Antwort“, sagte der Minister und forderte: „Um diese Krise zu meistern, brauchen wir jetzt keine neuen Mauern und Zäune.“ Er erhofft sich von der humanitären Aktion eine „ansteckende Botschaft“, damit auch andere Länder Flüchtlinge direkt aufnehmen.

Taube Ohren

Das stößt in Österreich auf taube Ohren. Hier verfolgt die Regierung einen rigiden Kurs der Grenzschließung und führte von der EU scharf kritisierte Flüchtlingsobergrenzen ein. Der damit gezielt provozierte Dominoeffekt der Grenzschließungen entlang der Balkanroute hat katastrophale Folgen. Im griechischen Flüchtlingslager Idomeni mit Zehntausenden Menschen droht eine humanitäre Katastrophe.

Internet:

Demokratieindex 2015:
tinyurl.com/hx8erc7

Interview mit Abbas Khider:
tinyurl.com/zbz2n3z

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
irene_mayer@hotmail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Fortgesetzte Abhängigkeit

Frauen auf der Flucht: Worin besteht ihre besondere Verletzlichkeit? Wie gestalten sie aktiv ihren Weg und was brauchen sie für ein sicheres Ankommen?

Beatrix Beneder
Freie Journalistin

Soha nahm mit ihren vier Töchtern ein Boot in Richtung Europa. Bereits in Küstennähe begann das Schiff zu sinken, nur sie trug eine Rettungsweste, an der sich die Töchter festhielten. Sie war viel zu schwach, um allen Halt zu geben, und doch unfähig zu entscheiden, welche Tochter sie loslassen sollte, um den anderen das Überleben zu sichern. Die Zeit nahm ihr die Entscheidung ab: Nach zwei Stunden starb ihr jüngstes, dreijähriges Kind, einige Stunden später sanken die beiden älteren Geschwister ins Meer – und nach sechs Stunden rettete die Küstenwache Soha und ihre älteste Tochter. Sohas Geschichte wurde vom Journalisten Karim El-Gawhary aufgezeichnet. Das Besondere: In den meisten anderen Flüchtlingserzählungen sind die Protagonisten Männer.

Unterschiedliche Erfahrungen

Amscha wiederum steht für viele jesidische Frauen: Vor ihren Augen erschoss der IS ihren Bruder und ihren Vater, sie wurde verkauft und bis zu ihrer Flucht versklavt und missbraucht. Geflüchtete Frauen dienen als Referenzpunkt für hochemotionale Berichterstattung oder wenn es um sexuelle Gewalt geht. „Gewöhnliche“ Geschichten wie jene von Ruba Suleimane, die sich mit ihrer Tochter allein nach Europa durchgeschlagen hat, nachdem ihr Mann an der Grenze zurückgeschickt wurde, erfährt man kaum. Sie erzählte sie bei der Veranstaltung „Frauen auf der Flucht“ der Univer-

sität Hamburg. Kriegerische Konflikte betreffen Frauen mehrfach und intensiver. Zu allen Zeiten gehörten systematische Vergewaltigungen zum Repertoire der Kriegsführung. Dazu kommen: Genitalverstümmelung, sexualisierte Folter, Frauenmord, Zwangssterilisation, Zwangsverheiratung, Steinigung und Arbeits- und Bildungsverbot.

In vielen Ländern, aus denen Frauen derzeit fliehen, werden sie faktisch und/oder rechtlich diskriminiert. Irene Khan, Generaldirektorin der **International Development Law Organization**, sagte dazu am Barbara-Prammer-Symposium zu Jahresbeginn: „Frauen stehen vielfach unter männlicher Vormundschaft. In vielen Ländern mangelt es an Rechtsstaatlichkeit und rechtlicher Gleichstellung. Oft fehlt Frauen die Möglichkeit zur eigenständigen Gestaltung ihres Lebens, zu Bildung und Selbstbestimmung über Körper und Eigentum.“ Und wo es kaum Gleichheit und Unabhängigkeit gibt, steigt die Gewalt gegen Frauen. „Wer Flüchtlingsfrauen effektiv beschützen will, muss bereit sein, die rechtliche Diskriminierung von Frauen weltweit zu bekämpfen“, so Khan.

Im Übrigen kennt die Genfer Flüchtlingskonvention keine frauenspezifischen Fluchtgründe. In der Praxis fallen frauen- und geschlechtsspezifische Verfolgung (wozu auch Homosexualität gehört) unter Verfolgung als „soziale Gruppe“. So bleiben die tatsächlichen Gründe unsichtbar. Seit 2005 wird in Deutschland geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkannt, in Österreich nicht. In der Rechtspraxis soll es zwar berücksichtigt werden, un-

BUCHTIPP

Renate Sova, Ursula Sova,
Folger Duit (Hrsg.):
**Dorthin kann ich
nicht zurück**
Promedia Verlag,
208 Seiten, 2015, € 15,90
ISBN: 978-3-85371-339-6



Bestellung:
www.besserewelt.at

terliegt aber starken Schwankungen, wie NGOs kritisieren. Im Jahr 2013 definierte eine EU-Aufnahmerichtlinie Frauen mit Gewalterfahrungen als „schutzbedürftige Personen“ mit besonderem Anrecht auf medizinische und psychologische Betreuung. In Österreich wurde diese Richtlinie jedoch bisher nicht umgesetzt. Die Frauenorganisation **LEFÖ** forderte daher speziell geschultes und sensibilisiertes Personal im Asylverfahren. Derzeit kann nur das Geschlecht des/der Asyl-Interviewers/-Interviewerin gewählt werden.

Unterwegs in den sicheren Hafen?

„Restriktive Migrations- und Fluchtpolitik erhöhen die Möglichkeit von Ausbeutung, Gewalt, Druck, Erpressung von Frauen drastisch“, kritisiert Renate Blum von LEFÖ. Neben finanzieller Ausbeutung sind Frauen auf der Flucht sexueller Gewalt und Nötigung ausgesetzt. Die extremen Fluchtbedingungen wie kilometerlange Märsche durch die Wüste oder Gebirge setzen Frauen besonders zu. Oft verzichten sie nahezu völlig auf das



Frauen haben viele Gründe zu fliehen und doch gibt es in der Genfer Flüchtlingskonvention keine frauenspezifischen Fluchtgründe.

Trinken, um sich nicht in kompromittierende Situationen zu begeben. Das Netzwerk **Africa-Europe-Interact** organisierte in Rabat (Marokko) eine Rasthaus-Wohnung, um Frauen und ihren Kindern zumindest für einige Wochen Schutz auf ihrer Odyssee zu bieten.

Volle, unsichere Heime

Frauen haben oft Schwierigkeiten, Wasser, Lebensmittel oder Hilfsgüter für den alltäglichen Gebrauch zu erhalten, da sie sich als Familien ohne männliches Familienoberhaupt weniger durchsetzen können. Angekommen in Europa, sind die Massenquartiere der Lager oft kein sicherer Hafen. Sexuelle Belästigungen oder gar Übergriffe, nicht nur von Mitflüchtlingen, und viele Konflikte gehören zum Alltag. Die Organisation „Women in Exile“ etwa klagte die Übergriffe des Sicherheitspersonals in einem Flüchtlingslager in Köln an: „Wir sind alle täglich betroffen von sexueller Belästigung im Lager. Es gibt keine Frauen, die nicht eine Geschichte von aufdringlichen Blicken, widerlichen Kommentaren, unerwünschtem Anfassen oder gar versuchter oder tatsächlicher Vergewaltigung erzählen könnten.“ In Österreich gibt es ein Haus für allein reisende geflüchtete Frauen mit ihren Kindern, in Traiskirchen wird ein Trakt eigens bewacht, was als Anerkennung der problematischen Situation zu werten ist.

Mit der Anerkennung des Asylstatus beginnt der lange Prozess des Heimisch-Werdens. Für Frauen gibt es dabei mehrere Hürden, die meist damit beginnen, dass sie später Deutschkurse und arbeits-

marktpolitische Förderung erhalten als Männer. Frauen, die über die Familienzusammenführung nach Österreich kommen, erhalten meist einen Aufenthaltstitel, der über ihre Ehemänner definiert ist. Kommt es zur Scheidung, laufen die Frauen Gefahr, abgeschoben zu werden.

Frauen sind zudem oft von doppelter Diskriminierung betroffen, sexistischer wie rassistischer. Vermehrt berichten Frauen, die ein Kopftuch tragen, bespuckt, beschimpft, bedroht und belästigt zu werden. Die meisten Frauen möchten arbeiten, doch als (kulturübergreifend) Hauptverantwortliche der Familienarbeiten starten sie mit einer Doppelbelastung. Die ersten Schritte in den Arbeitsmarkt gehen oft in die Care-Ökonomie, oft sind sie mit einer Dequalifizierung verbunden – und sie sind meist prekär. Reinigungskräfte sind meist die Einzigen, bei denen es tragbar zu sein scheint, dass sie auch mit Kopftuch arbeiten.

Globale Ketten

Die Arbeitsteilung im Privathaushalt wiederum erinnert die Wissenschaftlerin Brigitte Young an das Verhältnis von Herrin und Magd: Frauen der Mehrheitsgesellschaft mit vergleichsweise stabilen, gut bezahlten Jobs beschäftigen Migrantinnen, abhängig und schlecht bezahlt. In der Soziologie spricht man von „globalen Betreuungsketten“. Zugespielt gesagt: Die Polin putzt und betreut in Österreich, währenddessen sorgt sich eine Weißrussin um ihre Kinder. „Migration ist die Antwort auf globale Ungleichheit“, bringt es Assimina Gouma auf den Punkt, Mitbegründerin der Kritischen Migrati-

onsforschung (KriMi). Und sie ist eine „soziale Bewegung“, die eine gesellschaftliche Veränderung erfordert. Wie dieser Wandel mitzugestalten ist, wäre eine Aufgabe der Politik. Diese suggeriert, dass es sich bei der „Flüchtlingskrise“ um ein zeitlich begrenztes Phänomen handelt, klammert sich an eine Unterscheidung zwischen politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen, als würden Begrifflichkeiten wie diese Migration stoppen.

Mehr Gleichheit und Autonomie

„Es braucht legale, sichere und geordnete Einreisemöglichkeiten für Menschen, die auf der Flucht sind“, fordert LEFÖ. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung, um das grausame Schlepperwesen und die Erpressbarkeit von Frauen tatsächlich zu bekämpfen. In Zeiten wie diesen traut sich kaum jemand, öffentlich globale Reisefreiheit zu fordern. Für die Freiheit globaler Finanzbewegungen hingegen gibt es namhafte BefürworterInnen. Solidarität brauchen nicht nur Frauen, die nach Europa geflüchtet sind, sondern auch solche, die in ihren Heimatregionen bleiben – Unterstützung für mehr Gleichstellung und Autonomie.

Internet:

Initiative für geflüchtete Frauen:
frauenaufderflucht.wordpress.com

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
beatrice@beneder.info
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zwischen Hetze und „Lügenpresse“

Das Internet als Propagandamittel der Rechten.

Christian Bunke
Freier Journalist

Sie gehören inzwischen zum Online-Alltag: Botschaften auf sozialen Medien, in denen über angebliche sexuelle Übergriffe durch Flüchtlinge auf Frauen geredet wird, von ihrem angeblichen Luxusleben – oder auch jene, in denen Flüchtlinge als Invasoren dargestellt werden. Dies geschieht oft auf sehr emotionale Weise, mit vielen Großbuchstaben und Rufzeichen versehen. Ein Beispiel, allerdings ohne Großschreibung:

„Meine Cousine erzählte mir heute, dass ihre Kollegin vorgestern aufgelöst auf die Arbeit kam. Der Grund: Ihre Freundin, die als Reinigungskraft in einem Flüchtlingsheim gearbeitet hatte, wurde vorgestern dort mehrfach vergewaltigt und getötet auf einem Klo gefunden!!!! Die Presse hat nicht mal einen Berichtigt darüber veröffentlicht, weil sie befürchtet, dass die Leute ausrassten werden!!! Diese arme unschuldige Frau!!!! Ist sie denn gar nichts wert gewesen, nur weil sie Deutsche war?!?!?!“

Bewusst gestreut

Dieser Facebook-Kommentar ist einer Handreichung der deutschen **Amadeu Antonio Stiftung** entnommen. In Kooperation mit der Initiative „Netz gegen Nazis“ hat sie sich mit solchen Postings auseinandergesetzt und diese analysiert. Dabei stellte sich heraus: Bei der überwiegenden Mehrheit der Postings über angebliche Vergewaltigungen, sexualisierte oder sonstige Straftaten durch Asylsuchende handelt es sich um Fälschungen. Sie werden

von rechtsextremen Organisationen bewusst gestreut. Immer mehr Menschen schenken diesen Nachrichten Glauben. Und das nicht erst seit den Ereignissen der Silvesternacht von Köln.

Selektive Wahrnehmung

Karl Öllinger von der österreichischen Initiative „Stoppt die Rechten“ sieht hier das Beispiel einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: „Auf rechten Blogs sind schon seit Jahren Massenvergewaltigungen durch Zuwanderer herbeigeschrieben worden. Köln hat diesen Kreisen die Bestätigung geliefert. Jetzt behaupten sie, dass ihnen damit der Beweis gelungen sei.“ Dabei wird durchaus selektiv vorgegangen. In der Handreichung der Amadeu Antonio Stiftung findet sich das Beispiel eines Dorfes, in dem Neonazis angebliche Vergewaltigungen durch Flüchtlinge anprangerten – Vergewaltigungen, die es nicht gegeben hat. Dennoch demonstrieren regelmäßig 100 Menschen gegen das örtliche Flüchtlingsheim. Das Pikante: Zur selben Zeit wurden reale Missbrauchsfälle unter der einheimischen Bevölkerung von den Menschen im Ort unter den Teppich gekehrt und verharmlost. Den „eigenen Leuten“ traute man „so etwas“ wohl nicht zu. Den Flüchtlingen aber scheinbar schon, und zwar pauschal allen.

Solche Falschmeldungen sind eine seit Jahrhunderten gut einstudierte Propagandastrategie der Rechtsextremen. Seit es Rassismus gibt, verbreiteten interessierte Kreise Falschmeldungen: seien es Gräueltgeschichten über angeblich durch Menschen jüdischen Glaubens vergiftete Brunnen oder das Klischee vom schwar-

BUCHTIPP

Nina Horaczek,
Sebastian Wiese:
Gegen Vorurteile
Czernin-Verlag,
176 Seiten, 2015, € 17,90
ISBN: 978-3-7076-0493-1



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

zen Mann, dem unterstellt wird, „unsere Frauen“ rauben zu wollen. Doch noch nie war die Verbreitung solcher Lügenpropaganda so einfach wie jetzt. Musste man früher mühsam Flugblätter drucken, reicht heute ein Internetposting. Mit oft großem Erfolg.

So erreichte das rechte Verschwörungstheorieorgan „Netzplanet“ im Juni 2015 Platz 14 der deutschsprachigen Social Media Charts. „Warum werden deutsche Obdachlose nicht in Luxus-Hotels untergebracht, aber Asylanten?“, war eine der damals von dieser Publikation verbreiteten Falschmeldungen.

Abkehr von konventionellen Medien

Im Februar 2016 war „Netzplanet“ nur noch auf Platz 76 der von der Webseite 1000flies.de veröffentlichten Charts. Dafür fanden sich unter den Top 100 zahlreiche rechtspopulistische bis rechtsradikale Publikationen, darunter auf Platz 26 die Zeitung „Junge Freiheit“, auf Platz 36 „Kopp Online“ und auf Platz 61 die österreichische Seite „Unzensuriert.at“, als deren Initiator der frühere FPÖ-Nationalratspräsident Martin Graf gilt. Es handelt



Noch nie war die Verbreitung von Lügenpropaganda so einfach wie jetzt. Musste man früher mühsam Flugblätter drucken, reicht heute ein Griff zum Handy und schnell geht die Lüge in die ganze Welt hinaus.

sich um Hunderttausende Menschen, die diese Geschichten lesen und weiterverbreiten.

„Das Problem ist, dass viele Menschen den Medien nicht mehr glauben“, analysiert Karl Öllinger. „Das Schlagwort von der Lügenpresse macht immer mehr die Runde. Das bedeutet eine Abkehr von normaler Information. Selbst Alltagsmeldungen wird nicht mehr geglaubt, etwa wenn es um Krieg, Hunger und Tod in Syrien geht. Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung hat sich da völlig ausgeklinkt. Diese Leute halten die syrischen Flüchtlinge für eine Invasionsarmee und die Kriege im Nahen Osten für eine Lüge.“

Ein Beispiel für dieses Misstrauen wurde am 17. März von der „Internationalen Koordinationsstelle zur Bekämpfung von Internetmissbrauch“ aufgezeigt. Ein Bild von Flüchtlingen, die einen Fluss in der Nähe von Mazedonien überqueren und dabei von HelferInnen unterstützt werden, erregte den Unmut von NutzerInnen in sozialen Medien. Weil die Flüchtlinge Gummistiefel tragen und von zahlreichen FotografInnen umgeben seien, könne es sich ja nur um Lügenpropaganda handeln, so eine Argumentation. Das Ereignis fand aber wirklich statt. Die Gummistiefel kamen von Hilfsorganisationen.

Falschmeldungen als Strategie

Um die Propaganda von rechts zu kontern, greifen manche zur Satire. „Als sich in Wien eine rechte Bürgerwehr gründen wollte, sprossen sofort diverse Satire-Accounts auf Facebook aus dem Boden“, er-

zählt Sebastian Kugler vom Wiener antifaschistischen Bündnis „Offensive gegen Rechts“. „Die echte Facebook-Seite der Bürgerwehr konnte von den Satireseiten nicht mehr unterschieden werden, die Bürgerwehr musste einpacken.“

Doch manche rechte Webseiten ficht Satire nicht an. So verlinkte „Netzplanet“ einen Satirebeitrag einer anderen Webseite über angeblich von der deutschen Bundesregierung, den USA und Freimaurern finanzierte Internettrolle, die rechte soziale Netzwerke unterwandern sollen. „Netzplanet“ verbreitete die Satire als Wirklichkeit und viele LeserInnen schenken dem Glauben.

Vertrauenskrise

Die FPÖ nutzt strategisch rassistische Ressentiments aus der österreichischen Medienlandschaft aus. Strache verlinkt gerne Nachrichten der „Krone“. So teilte er am 17. März den „Krone“-Aufmacher „Millionen in Schnellbote investiert: Albanien Mafia lotst die Flüchtlinge nun über Adria“. Dass der FP-Chef auch öfters Falschmeldungen verbreitet, schadet ihm nicht und ist Teil seiner Strategie.

Es gibt gute Gründe, warum die rechte Medienstrategie aufgeht, sagt Karl Öllinger: „In den letzten Jahren ist eine Vertrauenskrise in die politische Klasse entstanden. Ein wichtiges Beispiel ist die Finanzkrise und die daraus resultierenden Belastungen für die Gesellschaft. Das wird jetzt alles zu einem Gebräu gemischt.“ Hier könnten Gewerkschaften kontern, findet Sebastian Kugler. „In den vergangenen Monaten sind von AK und Gewerkschaften gute Beschlüsse gefasst

worden, die eine Aufklärungskampagne gegen die Rechten in den Betrieben vorsehen. Das muss man umsetzen.“ Auch Karl Öllinger sieht das so: „Die FPÖ konnte sich in den letzten Monaten als soziale Heimatpartei etablieren, dabei ist sie neoliberal. Die Betriebe sind gut geeignete Orte, um die Auseinandersetzung zu vertiefen, denn hier kommen KollegInnen unterschiedlicher Nationalitäten und Hautfarben zusammen.“

Allerdings müsse man hier eine geschickte Vorgangsweise finden, so Kugler: „Manchmal wird etwa ein Lehrling entlassen, weil er Hasspostings auf Facebook geteilt oder verbreitet hat. So manche AntifaschistInnen tapen dann in die Falle, wiederum auf sozialen Netzwerken Häme über den Lehrling auszukippen. Der aufklärerische Effekt davon ist jedoch gleich null. Man muss viel früher ansetzen.“

Internet:

Literatursammlung des ÖGB-Verlags zum Thema „Extreme Rechte“:
tinyurl.com/gldutjt

Das Bild des „übergreifigen Fremden“
Warum ist es ein Mythos? Wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird
(Amadeu Antonio Stiftung, Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur):
tinyurl.com/zfz3hrr

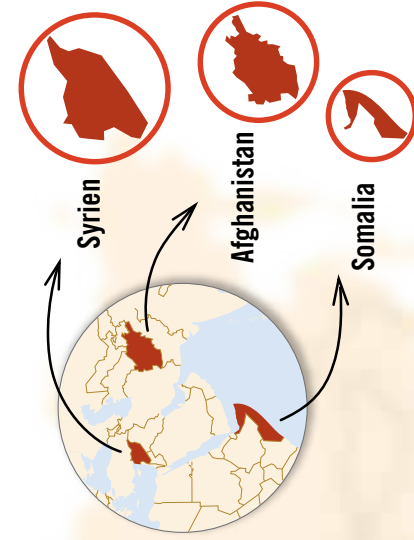
Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
christian@bunke.info
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Flucht in Zahlen

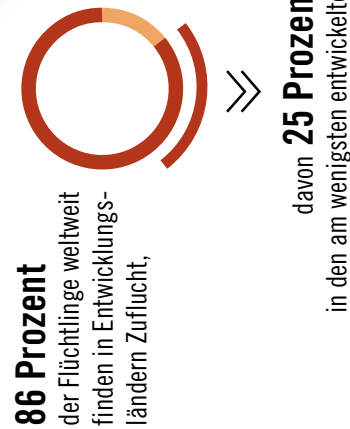
60.000.000 Menschen sind nach UNHCR-Schätzungen **weltweit** auf der Flucht.



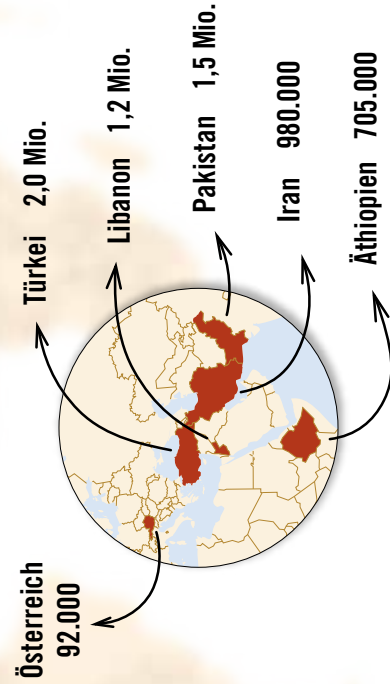
Von jenen, die über die Grenzen fliehen, kommt **fast die Hälfte aus drei Ländern.**



Betrachtet man die weltweiten Flüchtlingsströme, so kann von einer **Massenwanderung nach Europa keine Rede sein.**



2014 war die **Türkei** erstmals das **größte Aufnahmeland.**



Übers **Mittelmeer** sind 2015 mehr als **10-mal so viele** Menschen nach Europa gekommen wie 2011.

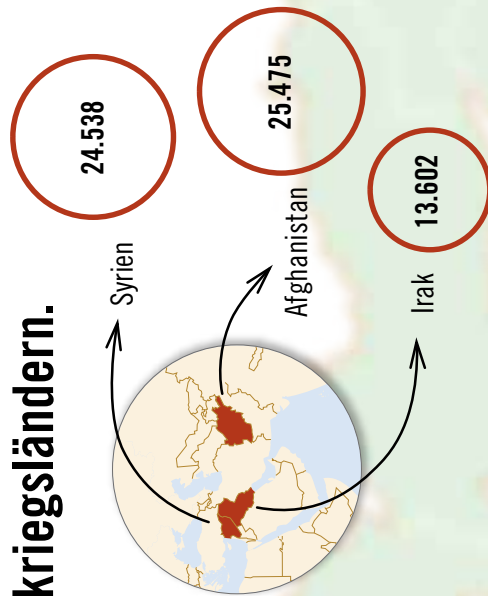


Quelle: UNHCR.

Fast 90.000 Menschen haben im Jahr 2015 in Österreich einen Asylantrag gestellt.

Das ist ein Anstieg um **212 Prozent**.

72 Prozent der AsylwerberInnen kamen aus Bürgerkriegsländern.



Bei der Unterbringung hat Österreich aufgehört, auch wenn es noch einiges zu tun gibt:

In 532 Gemeinden

wurden seit September 2015 neue Unterkünfte eröffnet.



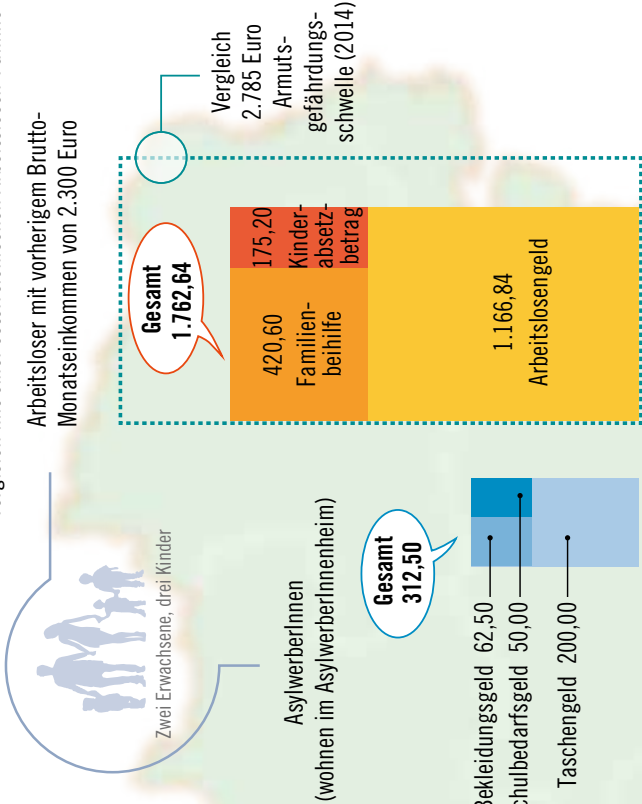
34 %

der 2.100 Gemeinden

nehmen keine Flüchtlinge auf.

AsylwerberInnen wird oft unterstellt, sie würden sehr viel Geld bekommen. Wir haben ihre Sozialleistungen mit jenen von Arbeitslosen verglichen.

Vergleich mit einer österreichischen Arbeitslosen-Familie



In 10 Fällen

nutzte der Bund sein Durchgriffsrecht, zwei Unterkünfte stehen noch leer.



Quelle: Asylstatistik BMI, Jakob Weichenberger/ORF, Arbeiterkammer, Statistik Austria.

Arbeit&Wirtschaft 3/2016

ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK

Willkommens- oder Abwehrkultur?

Zehntausende Menschen haben Flüchtenden geholfen, für sie gespendet und mit ihnen protestiert. Die „Integrationspolitik“ folgt demgegenüber alten Mustern.

John Evers

Erwachsenenbildner und Historiker

Der Umgang mit Flucht und Migration war bereits bei Gründung der Zweiten Republik ein Thema. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in Europa ca. 30 Millionen Displaced Persons (DPs; größtenteils ehemalige ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge) bzw. deutschsprachige Vertriebene aus Osteuropa.

Die österreichische Politik verhielt sich zunächst gegenüber beiden Gruppen abwehrend, in der Bevölkerung dominierten Vorurteile und Ablehnung. Im Gegensatz zu den DPs entwickelte man aber für die „Volksdeutschen“ ab dem Ende der 1940er-Jahre durchaus erfolgreiche Integrationsangebote. Ab 1954 konnten diese beispielsweise die österreichische Staatsbürgerschaft per Deklaration erwerben.

Ausnahmeerscheinung

Schon vorher war der Zugang zum Arbeitsmarkt und den Sozialsystemen für diese spezielle Gruppe geöffnet worden. Solche Integrationsmaßnahmen blieben jedoch eine Ausnahmeerscheinung. Als in den 1960ern der Bedarf nach Arbeitskräften aus dem Ausland stieg, wurden MigrantInnen zwar medienwirksam bei der Ankunft begrüßt. Gleichzeitig aber galt die Vermeidung jeder Aufenthaltsverfestigung lange als erklärtes Ziel der österreichischen Politik.

Bis in die jüngste Vergangenheit mussten daher zahlreiche Gleichstellungsmaßnahmen – wie das passive Be-

triebsratswahlrecht (2006) – über die Höchstgerichte eingeklagt werden.

Erst 1992 wurde mit dem „Wiener Integrationsfonds“ eine relevante Einrichtung gebildet, die sich positiv mit „Integrationsfragen“ auseinandersetzen sollte. Auf Bundesebene allerdings blieb langfristig vor allem der Geist der „Abwehrkultur“ bestehen: Seit der Regierungszeit von Schwarz-Blau zwingt eine „Integrationsvereinbarung“ zu Sprachkursen. Inzwischen gilt sogar das Prinzip „Deutschnachweis vor Zuwanderung“, während gleichzeitig der Familiennachzug sehr restriktiv gehandhabt wird. Ebenso wurde – im Gegensatz zu vielen EU-Staaten – die Möglichkeit der Einbürgerung erschwert.

Flucht und Migration werden zudem vorwiegend als sicherheitspolitisches Problem und Bedrohung „unserer Werte“ präsentiert. So lagen die Integrationsagen den lange Zeit in den Händen des oder der jeweiligen Innenministers/-ministerin. Eine entsprechende Haltung prägt auch den „Nationalen Integrationsplan“, den die damalige Innenministerin Maria Fekter im Jahr 2009 vorgelegt hat.

Auch der aktuelle „50-Punkte-Plan zur Integration von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten“ beginnt mit den Worten: „Die Integration von anerkannten Flüchtlingen stellt eine wachsende Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sicherung des sozialen Friedens in Österreich dar.“ Christian Schörkhuber, Geschäftsführer der Volkshilfe OÖ, meint dazu: „Schon alleine aus der Präambel wird ersichtlich, dass Flüchtlinge nicht als Chance, sondern als Bedrohung angesehen werden. Knapp 14.000 Anerkennungen gab es im Jahr

BUCHTIPP

Ilija Trojanow, Ranjit Hoskote:

Kampfabgabe

Karl Blessing Verlag,

240 Seiten, 2007, € 17,95

ISBN: 978-3-8966-7363-3



Bestellung:

www.arbeit-recht-soziales.at

2015 beim Bundesamt für Asyl und Fremdenwesen. Bei dieser Anzahl von der Gefährdung des sozialen Friedens zu reden entbehrt jeder Grundlage.“

Die Sache mit den Werten

Im Zentrum des neuen „Integrationsplans“ stehen verpflichtende Wertkurse. Cornelia Kogoj, Generalsekretärin der **Initiative Minderheiten**, kommentiert diese wie folgt: „Im Grunde geht es in der Debatte um Integration immer um eine ‚Bringschuld‘ der MigrantInnen. Es geht darum, was MigrantInnen erbringen müssen – und nicht die staatlichen Institutionen –, um gute StaatsbürgerInnen zu werden. Vermischt werden hier soziale Fragen mit jenen von Kultur und Sprache.“

Interessant findet sie auch, dass rechte PolitikerInnen, die sich bis jetzt weder für den Feminismus noch für Lesben- und Schwulenrechte starkgemacht haben, nun genau diese „Werte“ verteidigen. „Wenn es heißt: ‚Österreich hat einen fest etablierten Wertekanon, der nicht verhandelbar ist‘, dann frage ich mich, was dieser ‚fest etablierte Wertekanon‘ bedeutet? Diese Diskussion um die Wertevermittlung sagt übrigens



Integrare: Lateinisch für erneuern, auch geistig auffrischen. Tatsächlich wehte 2015 ein frischer Wind der Solidarität durch das Land. Inzwischen wurde von oben das Ende der Willkommenskultur beschlossen.

mehr über ‚uns‘ aus als über die ‚anderen‘, so Kogoj.

Vieles an dieser aktuellen „Werte-debatte“ erinnert an die alten Diskussionen, die der konservative US-Politologe **Samuel Huntington** Ende der 1990er-Jahre mit seinem „Kampf der Kulturen“ ausgelöst hat. Die Idee festgefügt, sich feindlich gegenüberstehender Kulturen als Begründung für militärische und gesellschaftliche Konflikte wurde seitdem allerdings auch vielfach zurückgewiesen. Nobelpreisträger Amartya Sen warnte beispielsweise bereits vor zehn Jahren vor einer „Identitätsfalle“: „Eine Person kann gänzlich widerspruchsfrei amerikanische Bürgerin, von karibischer Herkunft mit afrikanischen Vorfahren, Christin, Liberale, Frau, Vegetarierin, Langstreckenläuferin, Feministin, Heterosexuelle, Tennisfan etc. sein“, schreibt er. Der französisch-libanesischer Schriftsteller **Amin Maalouf** ergänzt, dass Menschen dazu neigen, sich in der am stärksten angegriffenen Identität wiederzuerkennen – ein Umstand, der beispielsweise seit einiger Zeit auf viele MuslimInnen zutreffen würde.

Zusammenfließende Kulturen

Ilija Trojanow und Ranjit Hoskote zeigen demgegenüber in ihrem Buch „Kampfabsage“ nicht nur, dass Kulturen in Wirklichkeit ständig zusammenfließen. Die Autoren weisen auch auf die zahlreichen historischen und politischen Zweideutigkeiten des „Westens“ im Umgang mit Werten wie „Freiheit“ hin. Mit Sebastian Kurz' Bildern von „unserer gemeinsamen Wertebasis“ – vorwiegend Berge, Kleinfamilien, Feuerwehr und Gugelhupf, wie

man sie etwa in der „RWR-Fibel“ finden kann – hätte wohl auch **Mark Terkessidis** ein grundlegendes Problem. Terkessidis beschreibt Migration als eine für alle beteiligten Seiten massiv verändernde Kraft. Von Integration – im Sinne der Aufnahme in ein fest bestehendes Ganzes – könne daher nicht die Rede sein. Er plädiert vielmehr für den systematischen Umbau von Institutionen (Schulen etc.) im Sinne einer neuen „Interkultur“.

Die große Schwäche von Terkessidis und einigen anderen AutorInnen besteht darin, dass sie die bestehende neoliberale Weltordnung zwar oft kritisch, aber letztlich als nicht veränderbar betrachten. In den (globalen) Machtverhältnissen und (sozialen) Interessengegensätzen liegen aber Ursachen und Wirkungen aktueller Formen von Flucht und Migration.

So müssen sich Gewerkschaften derzeit in verschiedenen europäischen Staaten mit „wohlmeinenden“ Vorschlägen auseinandersetzen, einen neuen Niedrigsektor aus dem Pool der Flüchtenden zu bilden. Zwischen solchen mehr oder weniger bewusst geschürten Spaltungslinien und einer ebenfalls entsolidarisierenden Abschottung gilt es für moderne Gewerkschaften seit jeher, eine eigenständige Linie zu finden. Bereits 1907 erklärte der Internationale Sozialistenkongress von Stuttgart im Übrigen seine Solidarität mit den „Wandernden“ und verband den Kampf um Freizügigkeit mit der gemeinsamen Verteidigung erreicher Standards.

Cornelia Kogoj regt eine Art neues Sozial-Bündnis an: „Es wäre wichtig, eine grundlegendere Diskussion über soziale

Gerechtigkeit zu führen. Denn die Frage ist ja, wie können die Leute, die jetzt kommen, so schnell wie möglich an der Gesellschaft teilhaben. Hier kommt den Bildungseinrichtungen eine Schlüsselposition zu. Ebenso wichtig ist die Schaffung von leistbarem Wohnraum. Und das würde letztendlich allen zugutekommen.“

Hand in Hand

In das gleiche Horn stößt Christian Schörkhuber: „Ratifizieren wir endlich die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller WanderarbeitnehmerInnen und ihrer Familienangehörigen.“ Dann würden WanderarbeitnehmerInnen und ihre Familienangehörigen in Bezug auf die soziale Sicherheit die gleiche Behandlung genießen wie die Staatsangehörigen dieses Staates. Sein Appell: „Beenden wir die hysterisch geführten ‚Das Boot ist voll‘-Debatten. Hier könnte die Gewerkschaftsbewegung Hand in Hand mit den Zehntausenden freiwilligen FlüchtlingshelferInnen marschieren, die sich in den letzten Monaten vorbildlich engagierten.“

Internet:

Aktuelle Materialien für Workshops und Unterricht zum Thema Flucht und Migration:

tinyurl.com/zd76hhf
[lernen-im-vorwertsgehen.com](https://www.lernen-im-vorwertsgehen.com)

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
john.evers@vhs.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Als die BosnierInnen kamen

Die Erfahrung aus den 1990er-Jahren zeigt: Es kann auch ohne Grenzzäune und Obergrenzen funktionieren. Eine ehemalige Flüchtende blickt zurück.

Amela Muratovic
ÖGB Kommunikation

Ich war acht Jahre alt, als der Krieg in Bosnien ausbrach, und ich bin einer dieser Flüchtlinge, die bis heute in Österreich leben. Wenn ich die aktuellen Bilder sehe, erwische ich mich immer wieder dabei, wie ich an meine eigene Flucht denke.

Obwohl viele Jahre vergangen sind, ist es unmöglich, Bilder und Erlebnisse vor, während und nach der Flucht aus dem Gedächtnis zu verdrängen. Es sind Bilder weinender Mütter, die keine Medikamente für kranke und kein Essen für hungrige Kinder haben, emotionale Worte wie „Geht, überall ist es sicherer als hier“. Es sind auch Bilder von hilfsbereiten Menschen, die mit Händen und Füßen versuchen, zu erklären, man brauche keine Angst mehr zu haben. Sie alle haben sich ins Gedächtnis eingebrannt.

Tausende Menschen fliehen vor Krieg, Zerstörung, Verfolgung und Gewalt nach Europa. Sie kommen aus Syrien, Afghanistan, Somalia oder dem Irak. Es sind junge Frauen und Männer, Kinder, ältere Personen und Verletzte, die sich mit dem nötigsten Hab und Gut auf den Weg nach Europa gemacht haben – in der Hoffnung auf ein sorgenfreies, vor allem aber gewaltfreies Leben.

Realität für wenige

Dass diese Hoffnung nur für wenige Realität wird, zeigen all jene Maßnahmen der Flüchtlingspolitik, die seit den letzten Wochen beschlossen und umgesetzt werden. Den Anfang machten in Österreich

Obergrenzen, gefolgt von verschärften Grenzkontrollen und Tageskontingen-ten. Mittlerweile sind die Grenzen dicht, und wegen dieser europäischen Abschottungspolitik riskieren viele Menschen ihr Leben.

Die dramatischen Bilder der Flüchtlinge an der griechisch-mazedonischen Grenze, die eiskalte Flüsse überqueren oder in provisorischen Zelten mitten im Winter auf die Weiterreise hoffen, wecken bei vielen Erinnerungen: Im Jahr 1992 flohen rund 90.000 Menschen vor dem Krieg in Bosnien und Herzegowina nach Österreich, mehr als 60.000 blieben hier und fanden ein neues Zuhause.

Unsere Flucht hat rund zwei Wochen gedauert, die Reise heutiger Flüchtlinge ist viel anstrengender und länger. Daher stellt sich für mich die Frage: Hatte ich einfach nur das Glück, auf dem „richtigen“ Kontinent auf die Welt gekommen zu sein, damit mir geholfen wird?

Erfolgsbeispiel

Der Tonfall gegenüber Flüchtlingen hat sich geändert. „Die Balkanroute bleibt geschlossen, und das dauerhaft.“ Mit diesem Satz bestätigt Innenministerin Johanna Mikl-Leitner die neue, raue Abschottungskultur. Zu glauben, dass Menschen in ein Kriegsgebiet zurückkehren werden, wo sie so viel Leid, Elend und Tod gesehen und am eigenen Leib erfahren haben, ist naiv und enorm gefühllos. Für viele ehemalige Flüchtlinge, aber auch für ÖsterreicherInnen ist die aktuelle Flüchtlingspolitik absolut unverständlich, zeigt doch die Erfahrung aus Zeiten des Bal-

kankriegs, dass auch menschenwürdige Lösungen zum Ziel führen.

Bosnische Flüchtlinge wurden großteils als „De-facto-Flüchtlinge“ betreut, sie galten nicht als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Ihnen wurde ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht gewährt, durch den „Bosnien-Erlass“ erhielten sie leichter Beschäftigungsbewilligungen.

Vorteile für beide Seiten

Die 60.000 BosnierInnen, die hier eine neue Heimat gefunden haben, sind ein Beispiel dafür, dass es für beide Seiten Vorteile hat, flüchtenden Menschen offener gegenüberzustehen. Im Vergleich zu anderen MigrantInnengruppen haben sie sich viel besser in den Arbeitsmarkt integriert. Das bestätigte eine Statistik-Austria-Studie über die Arbeitsmarktsituation von MigrantInnen. Demnach liegt die Arbeitslosigkeit unter BosnierInnen bei 6,7 Prozent, bei TürkInnen sind es mehr als 15 Prozent. Rund 65 Prozent der TürkInnen und 55 Prozent der SerbInnen im arbeitsfähigen Alter haben einen Job – bei BosnierInnen sind es über 70 Prozent.

Ein Grund für die gelungene Arbeitsmarktintegration liegt im positiven Umgang mit den Flüchtlingen, aber auch in der Arbeitsmarktöffnung, die relativ rasch beschlossen wurde. Damit wurde es Frauen und Männern aus Bosnien ermöglicht, ihr eigenes Geld zu verdienen und sich ein neues Leben aufzubauen. Besonders die jüngere Generation profitierte, denn die gute Ausbildung, die sie in Bosnien genossen hatte, half bei der

„Ich bin einer dieser Flüchtlinge, die bis heute in Österreich leben“, schreibt Amela Muratovic. Mit acht Jahren floh sie vor dem Krieg, heute arbeitet sie in der ÖGB Kommunikation und ist treue Autorin der Arbeit&Wirtschaft.



Jobsuche – auch wenn die meisten nach wie vor in Jobs arbeiten, die ihren Qualifikationen nicht entsprechen.

Flucht als letzter Ausweg

Vor dem Krieg hatte ich eine unbeschwerte Kindheit, meine Eltern eine solide Ausbildung und gute Jobs, die uns ein unbeschwertes Leben ermöglichten. Feiertage wurden gefeiert, Konzerte besucht und Urlaube am Meer gemacht. Das alles lässt man nicht freiwillig zurück.

Die endgültige Entscheidung, das Land zu verlassen und die Kinder in Sicherheit zu bringen, fiel nicht von heute auf morgen, sondern erst, als jede Hoffnung verloren war, die Lage vor Ort würde sich beruhigen. Fabriken und Schulen wurden geschlossen, auf die Straße traute sich kaum jemand, Keller wurden zu Schutzbunkern, Augenzeugen berichteten von Massenmorden, Vergewaltigungen und Verschleppungen.

Auf der Flucht zu sein ist mit Abstand eines der schrecklichsten Erlebnisse, die ein Mensch durchleben kann. Vor allem bei Erwachsenen – so auch bei meiner Mutter – verursacht es ein Ohnmachtsgefühl: Einerseits verlässt du dein Zuhause und deine Familie, ohne zu wissen, ob du sie jemals wiedersehen wirst. Auf der anderen Seite wissen die meisten nicht, ob die Flucht gelingen, das Geld ausreichen und wie das Leben – wo auch immer – aussehen wird, ohne Sprachkenntnisse, Job und finanzielle Mittel.

Obwohl sich die Situation der Bevölkerung in Syrien laut dem Bericht „Fueling the Fire“ im vergangenen Jahr dramatisch verschlechtert hat, die Kriegs-

parteien Nothilfe verhindert und ganze Städte von jeglicher Versorgung abgeschnitten haben, fürchtet sich Europa vor den Flüchtlingen, vor allem vor den muslimischen. Auch der Großteil der bosnischen Flüchtlinge waren MuslimInnen. Und auch sie mussten hasserfüllte Kommentare über sich ergehen lassen, jedoch nicht aufgrund ihrer Religion und schon gar nicht im heutigen Ausmaß – und das, obwohl es auch nicht möglich war, abzuschätzen, ob und wie viele von ihnen in Österreich bleiben werden. Im direkten Vergleich zu heute wurden keine Debatten um Obergrenzen und Grenzsicherungen geführt. Flüchtlingsunterkünfte wurden nicht geschlossen – schon gar nicht in Brand gesetzt, niemand musste im Freien am Boden schlafen.

Damals und heute

Da mein Bruder gleich bei der Ankunft in Österreich ins Krankenhaus eingeliefert wurde, entschied sich eine Familie aus Wien, uns bei sich aufzunehmen. Trotzdem war ich oft in Flüchtlingsunterkünften, um Familienangehörige zu besuchen. Ich kann mich erinnern, wie mein Opa erzählte, dass es nicht immer sehr einfach wäre, mit 500 anderen Menschen unter einem Dach zu leben. Jeder von ihnen hätte seine eigene Last zu tragen und Erinnerungen, mit denen er leben muss. Vor allem am Anfang war es nicht immer einfach, die Emotionen zu kontrollieren. Die Menschen hatten keine Arbeit, hatten alles verloren und mussten sich an das neue Leben gewöhnen.

Ein weiterer großer Unterschied zwischen der Flüchtlingskrise heute und der

aus dem Jahr 1992 ist die Medienberichterstattung. Über die Kriegsgebiete wurde 1992 berichtet, die österreichische Bevölkerung konnte sich ein Bild von den Schrecken des Krieges machen. Die Solidarität war groß. Viele Freiwillige brachten Essen, Kleidung und Schulutensilien, gaben Deutschkurse und halfen bei der Jobsuche. Auf diese Art wurden gleich zu Beginn Barrieren abgebaut, ÖsterreicherInnen und BosnierInnen lernten einander kennen. Auch heute ist die Zivilgesellschaft wieder aktiv.

Inzwischen finden die unzähligen Aktivitäten nicht mehr im Scheinwerflicht der Medien statt wie noch im Sommer des vergangenen Jahres. Doch weiterhin sind viele Menschen darum bemüht, auch den heutigen Flüchtlingen die Ankunft in Österreich zu erleichtern und sie in ihrer Mitte aufzunehmen.

Es scheint, als würde sich die Gesellschaft immer schneller radikalisieren und die Stimmen jener, die Hass, Feindbilder und Ängste schüren, immer mehr werden. Doch die ÖsterreicherInnen haben in den vergangenen Monaten bewiesen, dass sie Menschen in Not helfen und keine Abschreckungspolitik unterstützen – etwa am Westbahnhof, als Tausende Flüchtlinge aus Ungarn ankamen. Als ehemaliger Flüchtling sage ich DANKE!

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin amela.muratovic@oegb.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Hürdenlauf zum Arbeitsmarkt

Kompetenzchecks, mehr Deutschkurse und raschere Anerkennungsverfahren sollen Flüchtlingen den Zugang zur heimischen Berufswelt erleichtern.

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Selbst wer wild entschlossen ist, sich möglichst rasch in Österreich zu integrieren, also Deutsch zu lernen, Werte, Sitten und Gebräuche wie Händeschütteln oder Pünktlichkeit anzunehmen: Er oder sie wird am Integrationskriterium „Arbeitsplatz“ erst einmal scheitern. Denn nicht nur die Asylverfahren dauern zum Teil viele Monate, sondern meist auch die Berufsanerkennungen. Die Probleme sind allen Beteiligten bekannt: Bis heute vergeht zu viel Zeit, bis (anerkannte) Flüchtlinge Deutsch lernen können, bis man ihre Fähigkeiten und den Bildungsstatus kennt und bis sie in ihren Berufen arbeiten oder eine Ausbildung beginnen können.

Eingeschränkter Zugang

An sich sind AsylwerberInnen nicht gänzlich zur Untätigkeit verurteilt. Sie dürfen Arbeiten in Zusammenhang mit der Unterbringung sowie Hilfstätigkeiten für Bund, Land oder Gemeinde (jeweils gegen Anerkennungsbeiträge) durchführen. Ebenso möglich sind kurzfristige Beschäftigungsbewilligungen für Saison- oder Erntearbeiten. Drei Monate nach Zulassung zum Asylverfahren dürfen AsylwerberInnen in einem freien Beruf selbstständig tätig werden. Jugendliche unter 25 können in Bereichen mit Lehrlingsmangel mit Bewilligung des AMS eine Lehre beginnen.

Für das Gros der Flüchtlinge heißt es allerdings warten. Derzeit setzen die meisten Maßnahmen zur Integration

nämlich erst mit dem offiziellen Status als anerkannter Flüchtling ein. Deutschkurse für AsylwerberInnen gibt es zwar, doch zu wenige. Und tatsächlich kommt es nicht selten vor, dass auch Asylberechtigte lange Zeit auf Kurse warten müssen.

Fehlende Papiere

Prinzipiell gibt es für Angehörige von Nicht-EU-Ländern drei Möglichkeiten der Berufsankennung:

» Anerkennung von Lehrabschlüssen: In den meisten Ländern gibt es für HandwerkerInnen keine formalisierten Ausbildungen. Daher werden Kenntnisse und Fertigkeiten unter anderem durch Praxistests festgestellt. Diese Tests finden vorwiegend in Betrieben statt, seit Kurzem auch im Rahmen der Kompetenzchecks. Sebastian Paulick, Sprecher des AMS Wien: „Für Menschen mit Berufsausbildung bemühen wir uns sehr stark um einen österreichischen Bildungsabschluss, das wird wohl vor allem ein Lehrabschluss sein. Dafür müssen in der Regel noch Prüfungen abgelegt werden, das kann Monate bis wenige Jahre dauern. Aber die Jobchancen sind dann natürlich wesentlich größer als nur mit Pflichtschule.“

» Nostrifikation von Schul- und Reifezeugnissen: Falls einzelne Gegenstände oder Inhalte nicht ausreichend nachgewiesen werden können, sind entsprechende Zusatzprüfungen erforderlich.

» Nostrifizierung akademischer Abschlüsse: Für die Anerkennung eines ausländischen Studienabschlusses wird zuerst

geprüft, ob dieser der österreichischen Ausbildung gleichzusetzen ist. Das größte Problem ist, dass Flüchtlinge die erforderlichen Papiere nur selten mit sich führen. Es ist eher die Ausnahme, wenn Unterlagen in Folie geschweißt heil bis hierher gebracht werden. Wann immer möglich, werden Dokumente von FreundInnen und Verwandten aus der Heimat nachgeschickt. In jedem Fall wird dann gemeinsam mit der Universität und der Anerkennungsstelle (AST) geklärt, ob die Nostrifizierung sinnvoll und möglich ist oder ob die Ausbildung eher einem österreichischen Lehrabschluss etwa im technischen Bereich entspricht. Danach erfolgt die entsprechende Weichenstellung. Zu ergänzende Ausbildungsteile können Betroffene als außerordentliche StudentInnen nachholen. Während des Nostrifizierungsverfahrens dürfen beispielsweise MedizinerInnen ihren Beruf nicht ausüben. Dabei wären diese ÄrztInnen zur Unterstützung bei der Versorgung von Flüchtlingen optimal geeignet.

Zu wenig Brückenangebote

Es gibt auch zahlreiche nicht geregelte Berufe, für die keine bestimmte Ausbildung vorgeschrieben ist wie etwa Büroassistent, VerkäuferIn oder JournalistIn. Hier sind meist mangelnde Sprachkenntnisse das Problem. „Allgemein gibt es zu wenig Fach-Deutschkurse“, weiß Milica Tomic vom Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen. „Die meisten werden in Wien und hauptsächlich für den Pflege- und Medizinbereich angeboten.“

Auch „Brückenangebote“, also fachspezifische Weiterbildungen, die den

Bis heute vergeht zu viel Zeit, bis Flüchtlingen Deutschkurse angeboten werden, bis man ihre Fähigkeiten und den Bildungsstatus kennt und bis sie in ihren Berufen arbeiten oder eine Ausbildung beginnen können.



Anschluss an den hiesigen Arbeitsmarkt ermöglichen, fehlen weitgehend. Denn in sehr vielen Berufen muss man nicht nur die hierzulande üblichen Geräte, sondern auch Standards und (Sicherheits-)Vorschriften kennen, um tatsächlich arbeiten zu können.

Im Jahr 2015 waren rund 17.300 Asylberechtigte arbeitssuchend gemeldet (aktuell: 22.140), davon konnten 6.200 vermittelt werden. Um die beruflichen, aber auch die nicht formal erworbenen Fähigkeiten von Asylberechtigten ohne bzw. mit unklaren formalen Abschlüssen einschätzen zu können, führt das AMS seit Kurzem österreichweit Kompetenzchecks durch. Man rechnet mit rund 13.500 Checks bis Jahresende. Das Verfahren wurde in einem Pilotprojekt in Wien mit rund 900 Asylberechtigten getestet.

Betreuung weiter ausbauen

Dabei hat sich unter anderem herausgestellt, dass der Check für weibliche Flüchtlinge von fünf Wochen (à 10 Stunden) auf sieben verlängert werden muss. „Viele dieser Frauen hatten in ihrem Heimatland überhaupt nicht vor, einen Beruf zu ergreifen“, erklärt AMS-Sprecher Paulick. „Sie machen sich hier in Österreich erstmals darüber Gedanken, wo ihre Talente und Interessen liegen oder welche Ausbildung sie anstreben könnten.“

Bald soll in Wien eine neue Beratungs- und Betreuungseinrichtung die Menschen unterstützen, mit den Erkenntnissen aus dem Kompetenzcheck ihren Weg weiterzugehen. Die Einrichtung werde in allen Belangen des Arbeits-

markts oder der Ausbildung bis zur Kinderbetreuung helfen, aber auch als Anlaufstruktur für Freiwillige und MentorInnen dienen, kündigte Petra Draxl, Chefin des AMS Wien, im Jänner an.

Kompetenzchecks, 30.000 Deutschkursplätze im Jahr 2016, Förderungen für Ausbildungen, Weiterqualifizierungen sowie für Nostrifikationen und Nostrifizierungen, Eingliederungsbhilfen für Unternehmen usw. – das AMS bietet vieles an, doch die Ressourcen sind zu knapp. KritikerInnen wie Josef Wallner, Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration in der AK Wien, bemängeln grundsätzlich, dass Integrationsmaßnahmen zu spät ansetzen: „Schon für AsylwerberInnen sollte ein Integrationspfad definiert werden: Was ist zu tun, was fehlt noch, damit die betreffende Person arbeiten kann? Dementsprechend sind Sprachkurse auch schon im Asylstatus nötig. In Deutschland kommen Delegationen der Bundesagentur für Arbeit schon in die AsylwerberInnen-Unterkünfte, um mit der Integration möglichst früh zu beginnen. Dafür wurde das Personal um 3.600 Beschäftigte aufgestockt. In Österreich würde das AMS also rund 400 zusätzliche MitarbeiterInnen brauchen.“

Langwierige Verfahren

Anerkennungsverfahren in Österreich sind selbst mit ausreichenden Sprachkenntnissen kompliziert und zeitaufwendig. Je nach Ausbildungsart und -ort sind unterschiedliche Universitäten, Ministerien oder die Länder zuständig. Trotz der 2013 entstandenen interaktiven Platt-

form www.berufsanerkennung.at und speziellen Anlaufstellen für Personen mit im Ausland erworbenen Qualifikationen gibt es noch reichlich Verbesserungsbedarf.

Unübersichtlichkeit

Tatsächlich ist eine Novelle des 2012 entstandenen Anerkennungsgesetzes geplant. Die entsprechenden Änderungen gehen allerdings nicht weit genug, kritisiert AK-Experte Wallner: „Wir begrüßen zwar die geplanten Verbesserungen wie spezialisierte Beratungsstellen und eine Plattform, über die Anträge zur Anerkennung und Bewertung mitgebrachter Qualifikationen elektronisch eingebracht werden können. Aber die Unübersichtlichkeit bezüglich Zuständigkeiten und Verfahren bleibt in diesem Entwurf weiter bestehen. Sinnvoll wäre außerdem die Angleichung der Verfahren für EWR- und Drittstaatsausbildungen, wie es auch im deutschen Anerkennungsgesetz vorgesehen ist.“

Internet:

Beratungszentrum für Migranten
und Migrantinnen:
www.migrant.at

Anlaufstelle für Personen mit im Ausland
erworbenen Qualifikationen:
www.anlaufstelle-erkennung.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Andere langweilen sich zu Tode

In Wien können Flüchtlinge für ein Taschengeld für die Gemeinde Wien arbeiten, wie dies der 20-jährige Afghane Atae tut. Eine Reportage.

Alexandra Rotter
Freie Journalistin

Ich arbeite sehr gerne hier und freue mich, dass ich diese Chance bekommen habe“, sagt der 20-jährige Zainullah Atae langsam, aber deutlich auf Deutsch. Atae ist erst im November 2015 nach einem Monat Flucht in Österreich angekommen. Der Afghane versteht bereits einfache Sätze und verblüfft seine KollegInnen immer wieder mit seinen Deutschkenntnissen. Er leistet in der Gebietsbetreuung Brigittenau, die zur Gemeinde Wien gehört, rund zwölf Stunden pro Woche Hilfstätigkeiten.

Durch eine Fehde zwischen verfeindeten Gruppen seines Dorfes war das Leben für den jungen Mann in seiner Heimat nicht mehr sicher. Auf Drängen seines Großvaters hin machte er sich auf die gefährliche Reise, die er zum Glück gut überstanden hat. Atae hat um Asyl angewandt und unterstützt die Gebietsbetreuung seit Jänner. Unter anderem hilft er, Plakate für eine Ausstellung aufzuhängen, macht Botendienste zwischen den beiden Lokalen der Gebietsbetreuung und unterstützt einen Praktikanten bei der Erhebung leer stehender Gebäude, indem er diese fotografiert.

Hilfsdienste erledigen

Im Grundversorgungsgesetz, Paragraph 7, ist festgelegt, dass AsylwerberInnen zum einen ehrenamtlich in ihrer Grundversorgungseinrichtung – etwa beim Putzen oder Kochen – helfen dürfen. Zum anderen dürfen sie „für gemeinnützige Hilfstätigkeiten für Bund, Land, Gemeinde“ herangezogen

werden, was in Wien seit November passiert. Als Beispiele werden Landschaftspflege und -gestaltung, die Betreuung von Park- und Sportanlagen und die Unterstützung in der Administration genannt. Sowohl die Hilfe in der Betreuungseinrichtung als auch im öffentlichen Bereich beruht auf Freiwilligkeit – für Zweitere bekommen die Betroffenen einen „Anerkennungsbeitrag“, also eine Aufwandsentschädigung. Dafür arbeiten sie wie Atae meist einige Stunden pro Woche.

Drei bis fünf Euro die Stunde

In Wien erhalten die AsylwerberInnen für diese Tätigkeiten maximal 110 Euro pro Monat – so viel können sie in der Bundeshauptstadt maximal dazuverdienen, ohne aus der Grundversorgung herauszufallen. Die Direktive seitens des **Fonds Soziales Wien (FSW)**, der sich in der Hauptstadt um die Koordination kümmert, lautet: Sie sollten zwischen drei und fünf Euro pro Stunde bekommen.

Atae arbeitet rund zwölf Wochenstunden in der Gebietsbetreuung, umgerechnet liegt sein Stundensatz also bei rund 2,30 Euro – und damit unter der vom Fonds Soziales Wien genannten Grenze. Angesprochen auf diese Diskrepanz, betont man im FSW, die drei bis fünf Euro seien „eine unverbindliche Empfehlung“.

Nun ist das Geld, das AsylwerberInnen bezahlt wird, eine Sonderform: Es ist ein Anerkennungsbeitrag und somit kein Entgelt im rechtlichen Sinn. Damit unterliegt es auch nicht der Einkommensteuerpflicht. Dennoch ist es eine Gratwanderung, wenn öffentliche Einrichtungen

Menschen, die für sie arbeiten, derart wenig bezahlen. Auch sind die AsylwerberInnen durch ihre prekäre Situation ohnehin in einer schwierigen Situation, die von manchen Privaten auch ausgenutzt wird. Dies hält Renate Christ, Koordinatorin des Projekts beim FSW, in der Stadt Wien für unwahrscheinlich. Sie betont: Sie instruiere alle DienststellenleiterInnen, welche die Fürsorgepflicht für die AsylwerberInnen haben, im Vorfeld genau.

Im Fonds Soziales Wien ergänzt man: Wenn sich AsylwerberInnen dennoch ausgenutzt oder ungerecht behandelt fühlen, können sie sich an ihre Dienststellenleitung oder an Renate Christ wenden. Auch Arbeitsplätze seien nicht in Gefahr, betont Christ: „Wir sparen keine Dienstposten ein, sondern geben den Asylwerberinnen und Asylwerbern ähnlich wie FerialpraktikantInnen für einige Wochen oder Monate die Chance, in eine Tätigkeit hineinzuschnuppern.“

Ressourcenbindung

Zainullah Atae ist seinen KollegInnen eine Hilfe, aber er ist auch langsamer. Seine KollegInnen schildern dies anhand eines Beispiels: Atae wurde zum Baumarkt geschickt, um Leisten zu besorgen. Er kam mit dem richtigen Material zurück, doch es hat länger gedauert, als wenn es ein/e MitarbeiterIn gemacht hätte. Wenig überraschend, denn nicht zuletzt die Sprache ist für den jungen Mann eine Herausforderung. Auch Renate Christ spricht dieses Spannungsfeld an: „AsylwerberInnen sind im Idealfall eine Hilfe, aber sie binden auch Ressourcen.“ Bei Atae ist das besonders der Fall, denn ihm werden auch Dinge bei-



Der afghanische Asylwerber Zainullah Atae arbeitet für die Gebietsbetreuung in einem Wiener Bezirk. Unter anderem unterstützt er einen Praktikanten bei der Erhebung leer stehender Gebäude, indem er diese fotografiert.

gebracht, die er gut brauchen kann, um vielleicht eines Tages in seinem Wunschberuf arbeiten zu können. Er hat in Kabul ein Jahr Bauingenieurwesen studiert, bevor er in sein Dorf zurückkehrte und schließlich von dort floh. Wenn alles gut geht und er bleiben darf, will er weiter studieren. Der Architekt Peter Mlczoch, der als Auftragnehmer für die Gebietsbetreuung Brigittenau arbeitet, führt ihn in ein CAD-Programm ein, mit dem ArchitektInnen und IngenieurInnen Pläne zeichnen.

Bestmögliche Vorbereitung

Atae hat das Glück, dass die Architektin Saloumeh Tosun, eine weitere Kollegin, seine Sprache spricht, weil sie als Kind aus dem Iran nach Österreich kam. Seine Arbeitszeiten richten sich nach ihren, damit sie übersetzen kann, doch in letzter Zeit bittet er sie immer wieder, Deutsch mit ihm zu sprechen.

Wie Atae besuchen manche AsylwerberInnen schon Deutschkurse, am schnellsten verinnerlichen sie die Sprache aber, wenn sie sie im Alltag anwenden und idealerweise sogar Fachvokabular lernen, das für ihre späteren Tätigkeiten wichtig wird. Renate Christ betont: „Ich möchte dazu beitragen, dass die AsylwerberInnen bestmöglich auf den Arbeitsmarkt vorbereitet sind, und sie unterstützen, besser Deutsch zu lernen sowie einen Einblick in die Arbeitswelt und -kultur zu bekommen. Dadurch tun sie sich später leichter, wenn sie Asylrecht bekommen und sich beim AMS melden.“

Solange sich am restriktiven Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen –

den auch FSW-Chef Peter Hacker immer wieder kritisiert – nichts ändert, spricht zweifellos viel dafür, dass sie einer Beschäftigung nachgehen können, während sie auf das Ergebnis ihres Asylverfahrens warten. Das Modell Gemeindegarbeit, das nicht nur in Wien zum Einsatz kommt, ist eine Möglichkeit. Gernot Mitter, stellvertretender Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration in der AK Wien und Mitglied des AMS-Landesdirektoriums Wien, hält das Modell für sinnvoll, aber nur als Ergänzung: „Die Zeit des Asylverfahrens sollte vor allem für eines genutzt werden: zum Lernen.“

AsylwerberInnen müssten professionelle Deutschkurse zur Verfügung gestellt werden, fordert Mitter. Junge Menschen ab 15 Jahren wiederum sollten eine Ausbildung beginnen oder fertig machen dürfen, wobei mitgebrachte Qualifikationen anerkannt bzw. auf österreichisches Niveau gebracht werden müssten. Jedenfalls sollte das Mitter zufolge für jene Flüchtlinge gelten, die eine gute Chance auf Bleiberecht haben. Die zentrale Kritik: „Man tut all das erst, wenn die Menschen asylberechtigt sind. Die Dauer des Asylverfahrens lässt man ungenutzt verstreichen.“

Das Angebot des Fonds Soziales Wien wird gut angenommen. Bisher wurden 50 AsylwerberInnen in Wien vermittelt – geplant sind langfristig bis zu 500. „Die Nachfrage seitens der AsylwerberInnen übersteigt das Angebot deutlich“, berichtet Renate Christ. Sie ruft die Magistratsabteilungen durch und fragt, ob sie jemanden aufnehmen würden, für wie lange und welche Tätigkeit.

Wenn ja, nimmt sie Kontakt zu nahe gelegenen Grundversorgungseinrichtun-

gen auf, damit die dortigen LeiterInnen erheben können, wer das gerne machen würde.

Wenn möglich, versucht Christ, mitgebrachte Fähigkeiten zu berücksichtigen. Prinzipiell kämen nur Aufgaben in Frage, die nicht essenziell seien. Als Beispiel nennt sie die Reinigung öffentlicher Orte: „Wien ist eine wunderbar saubere Stadt, unsere Straßenreinigung funktioniert. Genau genommen bräuchten wir niemanden zusätzlich, der Papiere aufklaubt. So wird eben noch ein bisschen mehr gereinigt.“ In Betracht kämen also auch „Nice to have“-Tätigkeiten, die man sonst nicht gemacht hätte, weil keine Ressourcen dafür zur Verfügung standen.

Sinnvolle Alternative zum Nichtstun

Spricht man mit Zainullah Atae, gewinnt man den Eindruck, dass das Angebot für ihn sinnvoll ist. Er besucht Deutschkurse, hilft in der Gebietsbetreuung aus und trainiert nebenbei bei seinem Bruder, der seit zehn Jahren in Wien lebt, Kung Fu. Mit seinem ausgefüllten Alltag ist er aber eine Ausnahme: „Die anderen sechs Asylwerber in meiner WG sitzen den ganzen Tag herum und langweilen sich zu Tode.“

Internet:

Fonds Soziales Wien:
www.fsw.at/fluechtlinge

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
alexandra.rotter@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

„In einer solchen Situation nimmst du jeden Job“

Wie die Beschränkungen für Asylwerbende von Arbeitgebern ausgenutzt werden.

Sandra Stern

In der UNDOK-Anlaufstelle und im gewerkschaftlichen Bildungsbereich tätig

MigrantInnen in Österreich haben häufig keinen freien Arbeitsmarktzugang und müssen daher undokumentiert arbeiten. Am Beispiel von AsylwerberInnen werden die unmenschlichen Auswirkungen dieses Systems besonders deutlich, da ArbeitgeberInnen deren Situation häufig ausnutzen. Vor einigen Jahren floh Zoheir Sameri aus dem Iran. Im Jahr 2010 stellte er in Österreich einen Asylantrag. Die Situation von Menschen, die aktuell nach Europa fliehen, kennt er aus eigener Erfahrung gut: „Als Asylwerber hast du in Österreich keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Du darfst nur in der Saisonarbeit arbeiten. Es gibt zu wenig leistbare Deutschkurse. Die Grundversorgung ist sehr niedrig, du bekommst 40 Euro Taschengeld im Monat. Und du findest kaum Arbeit. In einer solchen Situation nimmst du jeden Job.“ Heute hält Zoheir Workshops für ArbeitnehmerInnen ab, die ohne Papiere arbeiten müssen.

Unsicher und schlecht bezahlt

ArbeitnehmerInnen, die keinen freien Zugang zum Arbeitsmarkt haben, befinden sich in einer äußerst prekären Lage. Dies weiß auch Filiz Kalayci von der UNDOK-Anlaufstelle zu berichten: „Unsere Beratungserfahrung zeigt: Solange der Arbeitsmarkt beschränkt ist, müssen Menschen undokumentiert oder (schein)selbstständig arbeiten.“ Die UNDOK-Anlaufstelle informiert und

berät MigrantInnen ohne freien Arbeitsmarktzugang kostenlos, anonym und in mehreren Sprachen über ihre Rechte und unterstützt sie dabei, ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche gegenüber ihren ArbeitgeberInnen einzufordern und nötigenfalls auch vor Gericht durchzusetzen. Denn unabhängig davon, ob ArbeitnehmerInnen mit oder ohne Papiere arbeiten: Sozialversicherungsgesetze, Arbeitsrecht und kollektivvertragliche Mindeststandards gelten für alle ArbeitnehmerInnen.

Vorenthaltene Löhne

Eines der häufigsten Probleme, mit denen sich ArbeitnehmerInnen an die UNDOK-Anlaufstelle wenden, sind vorenthaltene Löhne sowie Löhne weit unter dem Kollektivvertrag. Dies zeigt der folgende Fall: Herr O. flüchtete aus Pakistan nach Österreich und befindet sich seit drei Jahren im Asylverfahren.

Da er als Asylwerber nur beschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt hat – unselbstständig nur in der Saisonarbeit –, musste er als (schein)selbstständiger Zeitungszusteller arbeiten, um sich erhalten zu können. Für das Auf- und Abhängen der Wochenendzeitungen war mit seinem Arbeitgeber ein Stundenlohn von 4,70 Euro vereinbart. Doch dieser hielt sich nicht an die Abmachung. Immer wieder wies Herr O. seinen Arbeitgeber auf den ausstehenden Lohn hin. Doch dieser zahlte nicht.

Ein weiteres typisches Merkmal undokumentierter Arbeit sind extrem lange Arbeitszeiten: Zehn bis zwölf Stunden am Tag, und das sechs bis sie-

ben Tage die Woche. Auch das Nichteinhalten von Schutzstandards, Kündigung im Fall von Krankheit, Unfall oder fortgeschrittenem Alter sowie körperliche und sexuelle Übergriffe sind leider keine Seltenheit.

AsylwerberInnen dürften zwar gemäß Ausländerbeschäftigungsgesetz nach drei Monaten im zugelassenen Asylverfahren arbeiten. Ihr Arbeitsmarktzugang ist jedoch aufgrund des sogenannten „Bartenstein-Erlasses“ des Sozialministeriums aus dem Jahr 2004 stark eingeschränkt. Arbeiterkammer und ÖGB fordern die Aufhebung des geltenden Erlasses. Doch auch ohne Erlass wäre der Arbeitsmarktzugang nach wie vor stark eingeschränkt.

Der ÖGB-Bundesvorstand sieht im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingsbewegung auch die Arbeitgeberseite in der Verantwortung. In einem einstimmigen Beschluss forderte er dazu auf, zu einer gelungenen Integration am Arbeitsplatz beizutragen. Trotz zahlreicher Proteste von schutzsuchenden Menschen sowie NGOs und obwohl das De-facto-Arbeitsverbot von zahlreichen ExpertInnen als rechtswidrig eingestuft wird, gilt dieses nach wie vor und macht AsylwerberInnen gegenüber Arbeitgebern leichter erpressbar und ausbeutbar.

Erleichterungen notwendig

Dies bestätigt auch Julia Bock-Schappelwein vom Wirtschaftsforschungsinstitut, die sich mit der Integration von Asylsuchenden in den österreichischen Arbeitsmarkt beschäftigt hat. Sie sieht be-

Unabhängig davon, ob ArbeitnehmerInnen mit oder ohne Papiere arbeiten: Sozialversicherungsgesetze, Arbeitsrecht und kollektivvertragliche Mindeststandards gelten für alle.



WISSEN

UNDOK-Anlaufstelle

Die UNDOK-Anlaufstelle wird von einem breiten Netzwerk getragen – bestehend aus NGOs und Beratungseinrichtungen aus dem fremden- und asylrechtlichen Bereich, migrantischen Selbstorganisationen, Interessenvertretungen und anti-rassistischen AktivistInnen sowie mehreren Fachgewerkschaften und der Arbeiterkammer Wien.

Mehr Infos unter: undok.at

sonders Probleme bei der Anerkennung von Qualifikationen, geringen Sprachkompetenzen aufgrund des mangelhaften Angebots an leistbaren Deutschkursen sowie fehlenden sozialen Netzwerken von AsylwerberInnen.

„Diese Menschen haben in ihren Heimatländern, aber auch auf ihrer Flucht oft Schreckliches erlebt. Viele sind schwerst traumatisiert und brauchen Zeit, um sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden.“ Aus Sicht von Bock-Schappelwein ist nicht nur ein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Branchen notwendig. Darüber hinaus warnt sie vor Dequalifizierung und plädiert für nachhaltige Maßnahmen für eine wirtschaftliche und soziale Integration von AsylwerberInnen.

Recht haben und Recht bekommen

ArbeitnehmerInnen ohne freien Arbeitsmarktzugang haben Rechte. Deren Durchsetzung ist jedoch oft nicht ein-

fach, wie Gernot Mitter von der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien bestätigen kann: „Arbeitgeber melden diese KollegInnen weder bei der Sozialversicherung an, noch beantragen sie für diese eine Beschäftigungsbewilligung. Undokumentiert Arbeitende müssen daher nachweisen, dass sie gearbeitet haben. Sie sind gegenüber Arbeitgebern in der schwächeren Position.“

Darüber hinaus fürchten undokumentiert Arbeitende aufenthaltsrechtliche Konsequenzen, wenn sie sich gegen den Arbeitgeber wehren. Bei AsylwerberInnen im laufenden Verfahren, wie dies bei Herrn O. der Fall ist, besteht jedoch kein solches Risiko. Die UNDOK-Anlaufstelle machte die Ansprüche von Herrn O. gegenüber dessen Arbeitgeber geltend. Eine Woche später lenkte der Arbeitgeber ein. In der Zwischenzeit hat Herr O. seinen ausstehenden Lohn erhalten. Das größte Problem aber ist: Viele KollegInnen wissen nicht, dass sie Rechte haben.

Organisiert gegen Ausbeutung

Othmar Danninger von der Gewerkschaft Bau-Holz ist überzeugt: „Mit dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz haben wir in Österreich ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung betrügerischer Praktiken am Arbeitsmarkt geschaffen. Ergänzend dazu ist aber auch die direkte Unterstützung der betroffenen KollegInnen notwendig. Wenn wir als Gewerkschaft bestimmte Branchen erfolgreich organisieren wollen, dann müssen wir MigrantInnen unterstützen und als Mitglieder gewinnen.“ Ein Blick

in die benachbarte Schweiz zeigt, dass es dafür spezielle Strategien braucht. Aurora García, Migrationssekretärin der Gewerkschaft **Unia**, weiß aus eigener Erfahrung, worauf es ankommt: „Früher haben wir uns für Kontingente für ausländische Beschäftigte eingesetzt. Doch wir haben diese Politik geändert. Denn die Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsmarkt schwächt alle ArbeitnehmerInnen. Das heißt, als Gewerkschaft müssen wir alle ArbeitnehmerInnen organisieren, unabhängig vom Pass.“

Positivbeispiel

Heute versteht sich die Gewerkschaft Unia als größte MigrantInnenorganisation der Schweiz, denn mittlerweile haben 55 Prozent ihrer Mitglieder keinen Schweizer Pass. Und selbst in Branchen mit hohem MigrantInnenanteil, die als schwer organisierbar gelten, wie Pflege, Baubereich und Reinigung, ist die Gewerkschaft Unia mittlerweile verankert und wächst wieder.

Internet:

ÖGB-Position zur Flüchtlingskrise:
tinyurl.com/gv3ugxt

Frequently Asked Questions (FAQs) –
Arbeitsmarktzugang für Asylwerber_innen:
arbeitsmarktzugang.prekaer.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
s.stern@undok.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Integration macht Schule

Tausende Flüchtlinge drücken die Schulbank in Österreich. Wenn Integration gelingen soll, müssen alle ihre Hausaufgaben machen. Nicht nur Flüchtlinge.

Irene Steindl
Freie Redakteurin

Sie heißen Mohammed, Nubia oder Nadim, sie sind minderjährig und aus Krisengebieten nach Österreich geflohen, vor allem aus Afghanistan, Syrien und Somalia. Hier besuchen sie gemeinsam mit österreichischen Kindern und Jugendlichen die Schule und lernen neben Deutsch-Vokabeln, Multiplizieren und Neuen Medien vor allem eines: einen geregelten Tagesablauf. Denn in Österreich sind alle jungen Flüchtlinge bis zum 15. Lebensjahr berechtigt und verpflichtet, die Schule zu besuchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsrechtlichen Status. Derzeit sind das laut Innenministerium rund 12.000 Flüchtlingskinder.

Österreichs Schulsystem muss rasch lernen, mit dem massiven Zustrom junger Flüchtlinge in Schulen umzugehen, und die Weichen für ein neues schulisches Grundverständnis stellen. Denn fest steht: Dieser Ausnahmezustand wird Normalzustand sein.

Integration als Regel

In den Wiener Pflichtschulen werden derzeit fast 2.000 Flüchtlingskinder unterrichtet, mehr als 300 zusätzlich in diversen Formen der Oberstufe – wobei AHS keine Flüchtlinge aufnehmen müssen. Bildungsministerium und Schulleitungen möchten Flüchtlingskindern so rasch wie möglich einen Platz in der Schule bieten, um den Weg der Integration von klein auf vorzubereiten. Im besten Fall und überwiegend geschieht das

in Regelklassen, also durch die Integration in bestehende Schulklassen. Wie viele Flüchtlinge das pro Schule und Klasse sind, ist völlig unterschiedlich.

Einige Schulen haben ein bis zwei Kinder aufgenommen, in anderen Schulen ist der Zulauf so groß, dass eigene Flüchtlingsklassen installiert wurden. Zehn solcher Klassen gibt es derzeit in Wien. Das sollen jedoch Ausnahmen bleiben. Nach spätestens einem Jahr und intensiven Sprachförderkursen werden die Jugendlichen in Regelklassen integriert.

Wer in welche Schule kommt, entscheidet der Landesschulrat. Ausschlaggebend dafür ist der Ort, an dem die Flüchtlinge untergebracht sind. Je besser also die Verteilung der Flüchtlingsquartiere, umso besser die Verteilung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in Schulen.

Ein paar Stunden Alltag

Viele junge Flüchtlinge sind durch die Fluchterfahrungen traumatisiert. 2015 stellten mehr als 9.000 Minderjährige einen Asylantrag in Österreich, die ohne ihre Eltern oder Begleitung nach Österreich geflohen sind.

Diese unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge (UMF) sind oft besonders traumatisiert. Einige waren mehrere Jahre auf der Flucht, wurden misshandelt, haben ihre Eltern verloren. Die Schule bietet ihnen einen „geschützten Raum“ und einen geregelten Tagesablauf. „In der Schule lernen sie Verbindlichkeiten kennen wie Pünktlichkeit oder Aufgaben machen und sie lernen,

Verantwortung zu tragen“, so Renate Belschan-Casagrande, Expertin für berufliche und pädagogische Bildung in der AK Wien. Das läuft natürlich nicht immer wie am Schnürchen: Manchmal kommen einige zu spät oder gar nicht in die Schule.

Herausforderungen

„Für Flüchtlingskinder ist das ja zum Teil auch eine völlig neue Situation“, weiß die Bildungsexpertin. Zahlreiche derer, die jetzt auf der Schulbank sitzen, haben noch nie zuvor eine Schule besucht – wegen Krieg, Armut oder fehlender Infrastrukturen. „Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Schulen Werte vermitteln“, so Belschan-Casagrande. Werte, das sei so ein strapazierter Begriff, meint die Bildungsexpertin. Und dennoch trifft es den Kern: Schule vermittelt wie sonst kaum im Leben soziale Kompetenzen, etwa das Miteinander.

Die traumatischen Fluchterfahrungen können zu Verhaltensauffälligkeiten führen. Einige SchülerInnen sind gewaltbereit, andere verschließen sich völlig. Etliche Flüchtlinge können weder lesen noch schreiben, andere sind schulisch gut vorgebildet.

Das heißt: Lehrende sind seit 2015 vermehrt mit immens heterogenen Klassen und zum Teil traumatisierten Jugendlichen konfrontiert. „Viele LehrerInnen sind unglaublich engagiert, aber auch überfordert und ausgelaugt“, so Belschan-Casagrande.

Wie soll man denn mit Kindern umgehen, die depressiv sind oder plötzlich ausrasten?



In den jungen Flüchtlingen schlummern sehr viele Talente. Damit diese auch gefördert werden, muss noch mehr getan werden, nicht zuletzt brauchen LehrerInnen Unterstützung.

Die Arbeiterkammer Wien und die Kompetenzstelle für Mehrsprachigkeit und Migration (K.o.M.M.) der Pädagogischen Hochschule Wien haben sich darüber Gedanken gemacht, welches Wissen Lehrkräfte nun am dringendsten brauchen. Das sind vor allem Kenntnisse in Traumapädagogik und Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Aus diesen Überlegungen ist die Veranstaltungsreihe „Migrations- und Fluchtbewegungen und deren Auswirkungen auf den Schulalltag“ entstanden.

In mehreren Modulen erhalten LehrerInnen seit Februar 2016 Hilfestellungen für den Unterricht, von „Anfangsunterricht konkret“ über „Fluchterfahrung und Trauma bei Kindern“ bis zu schulrechtlichen Grundlagen. „Das große Interesse zeigt uns den enormen Bedarf“, so Belschan-Casagrande. LehrerInnen müssen dringend entlastet werden – durch Supervision und durch zusätzliches Personal, etwa SozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und DaZ-TrainerInnen. Vor allem braucht es LehrerInnen, die die Erstsprache der SchülerInnen sprechen. „Klar kostet das alles eine Menge Geld“, so die Bildungsexpertin. Noch mehr Geld kostete es aber langfristig, die Kinder sich selbst zu überlassen.

Ende der Schulpflicht: und dann?

Knapp 90 Prozent der minderjährigen Flüchtlinge, die in Österreich leben, sind älter als 15 Jahre und somit nicht mehr schulpflichtig. Sie können weiter in Schulen gehen, müssen aber nicht. Ebensov wenig müssen Schulen sie aufnehmen. Um

eine weiterführende Schule in Österreich besuchen zu können, bedarf es zumindest eines Pflichtschulabschlusses – den viele junge Flüchtlinge nicht haben.

Für Jugendliche, die wenig oder geringe Schulbildung mitbringen, ist der Besuch von Basisbildungskursen möglich. Genau daran spießt es sich aber. Denn die Angebote an Basisbildungskursen sind ein Tropfen auf den heißen Stein, wie der Verein PROSA – Bildung für alle! kritisiert. PROSA ist österreichweit einer der wenigen Anbieter von Pflichtschulabschlüssen und Basisbildungskursen für Flüchtlinge. Derzeit besuchen rund 160 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren die bis zu zweijährigen Lehrgänge des Vereins, 700 stehen auf der Warteliste.

„Unter den jungen Flüchtlingen sind sehr viele Talente“, so PROSA-Geschäftsführer Sina Farahmandnia. Aber die Motivation sinkt, wenn sie nichts zu tun und keine Ausbildungsmöglichkeiten haben. Einerseits wird ihnen enormer Druck gemacht, Deutsch lernen zu müssen, gleichzeitig gibt es viel zu wenige Angebote für Deutschkurse. Das ist so, als würde man ein Kind zwingen, mit dem Löffel zu essen, und ihm diesen gleichzeitig wegnehmen. Im Frühjahr 2017 wird daher in Wien ein Jugendcollege für 1.000 AsylwerberInnen und Asylberechtigte zwischen 15 und 21 Jahren seine Pforten öffnen. In manchen Bundesländern fehlen Angebote völlig.

„Schule spiegelt im Kleinen das öffentliche Leben wider. In der Schule vorbereitet zu sein heißt, in der Gesellschaft vorbereitet zu sein“, so Belschan-

Casagrande. „Wir können noch so oft bedauern, dass Jugendliche schlecht ausgebildet sind – das wird an der Situation nichts ändern. Wir müssen also besser ausbilden.“

Bessere Vorbereitung

Dazu braucht es Unterstützung der LehrerInnen. Außerdem müsse bereits im Curriculum verankert werden, wie man mit kultureller und sprachlicher Diversität umgeht. „Lehrkräfte müssen darauf vorbereitet werden. Denn die Situation jetzt ist kein Phänomen, das kurz auftaucht und wieder verschwindet. Die Situation wird so bleiben“, meint die Bildungsexpertin. Wer für junge Flüchtlinge heute keine Ausbildungsmöglichkeiten schafft, darf sich morgen nicht über Integrationsprobleme wundern. Denn darin sind sich alle einig: Nirgends gelingt Integration besser als in der Schule.

Internet:

„Migrations- und Fluchtbewegungen und deren Auswirkung auf den Schulalltag“
Veranstaltungsreihe von AK und K.o.M.M.:
podcampus.phwien.ac.at/komm

„Flüchtlingkinder und -jugendliche an österreichischen Schulen“ – Broschüre des Bundesministeriums für Bildung und Frauen (2015):
tinyurl.com/gu4stx2

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
info@schmierfinkin.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Informieren und helfen

Angesichts der Tausenden Menschen, die Schutz in Österreich suchten, zeigten der ÖGB und die Gewerkschaften, dass Solidarität nicht nur ein Schlagwort ist.

Amela Muratovic
ÖGB Kommunikation

Das Jahr 2015 wird wohl niemand in Österreich so schnell vergessen: Millionen Menschen sind weltweit vor Bürgerkriegen auf der Flucht, vor allem aus Syrien, aber auch aus Pakistan, Afghanistan und einigen Staaten Afrikas. Zahlreiche von ihnen suchen Schutz in Europa und nehmen unvorstellbare Strapazen und Gefahren auf sich, um die Chance auf Asyl zu erhalten.

Doch nicht nur die Flüchtlingskrise wird vielen in Erinnerung bleiben, sondern auch die große Hilfsbereitschaft der vielen freiwilligen HelferInnen, die sich täglich um die Versorgung dieser Menschen auf der Flucht kümmern – in Flüchtlingsunterkünften, an Bahnhöfen in Wien und Salzburg, aber auch an den österreichischen Grenzen.

Eindrucksvolle Initiativen

Auch für den ÖGB und die Gewerkschaften war es von Anfang an klar, dass diese leidgeplagten Menschen unterstützt werden müssen. Zahlreiche eindrucksvolle Initiativen wurden von FunktionärInnen ins Leben gerufen, um Kriegsflüchtlinge zu unterstützen.

So hatte beispielsweise der ÖGB Salzburg beschlossen, sein Haus in Seekirchen am Wallersee für Flüchtlinge zu öffnen. Für rund 30 Personen hätte es dort eine Unterkunft gegeben. Mitte August 2015 wurde vor dem Haus allerdings ein Feuer gelegt, die Täter setzten Gartenmöbel in Brand. ÖGB-Landes-

geschäftsführerin Heidi Hirschbichler zeigte sich entsetzt über den Brandanschlag und betonte, dass „Hetzer nicht die Oberhand gewinnen dürfen“.

Engagement statt Negativberichten

Auch die ÖGB-Jugend bewies Menschlichkeit. Einige Male fuhren der ÖGB-Jugendsekretär Sumit Kumar und der Wiener PRO-GE-Landesjugendsekretär Thomas Holy mit voll beladenem Kleintransporter nach Traiskirchen, um für die Flüchtlinge Zahnbürsten, Windeln, Rucksäcke, Schlafmatten, Kleidung und vieles mehr abzugeben. „Wir konnten die negativen Berichte nicht mehr sehen, die Kommentare nicht mehr hören. Wir mussten etwas machen“, begründeten beide, deren Eltern selbst als Flüchtlinge nach Österreich gekommen sind, ihr Engagement.

Als im Flüchtlingsnotquartier im Ferry-Dusika-Stadion Hilfskräfte und freiwillige HelferInnen gebraucht wurden, halfen zahlreiche GewerkschafterInnen aus. Unter ihnen war Wolfgang Brandl, ein Mitarbeiter des ÖGB-Verlags. Er sammelte Geld- und Sachspenden, besorgte Hygieneartikel, Essen und was sonst benötigt wurde und transportierte alles dorthin, wo es am meisten gebraucht wurde – und zwar über mehrere Wochen lang.

Im ÖGB-Haus selbst wurden auch fleißig Spenden gesammelt. Auf Betreiben der Gewerkschaft vida wurde eine Sammelbox des Arbeiter-Samariter-Bundes aufgestellt, um Schulsachen für minderjährige unbegleitete Mädchen zu sammeln. Dass es viele hilfsbereite und

weltoffene Menschen gibt und Österreich nicht von Ausländerfeindlichkeit dominiert wird, bewiesen viele GewerkschafterInnen im Rahmen eines Aktionstages der Gewerkschaft vida Mitte September des vergangenen Jahres. Etliche KollegInnen packten mit an und unterstützten die Einsatzkräfte am Grenzübergang Nickelsdorf im Burgenland. Sie verpackten am Grenzübergang tonnenweise Kleidung und sortierten Hilfsgüter in Schachteln und machten diese fertig für den Weitertransport.

Dass sich auch Erich Mauersics, Landesvorsitzender der vida Burgenland, mit seinem Team am vida-Aktionstag beteiligte, war für ihn absolut klar: „Die Hilfesuchenden sind auf der Flucht. Sie kommen zu uns, um Schutz zu suchen. Wir müssen sie hier menschenwürdig versorgen und sie unterstützen. Wir müssen aber auch den vielen Hilfsorganisationen unter die Arme greifen. Alleine ist für sie diese Riesenaufgabe schwer bewältigbar.“

Gemeinsame Erleichterung

Kräftig mitgeholfen hat auch der gebürtige Burgenländer Patrick Nikitser. Besonders berührt hat den Mitarbeiter des vida-Organisationsreferats der Augenblick, als eine Gruppe von rund 20 Flüchtlingen über die Grenze gekommen ist: „Die Männer hatten Kinder auf den Armen, und man konnte in ihren Gesichtern sehen, wie erschöpft sie waren. Man hat aber auch gesehen und gespürt, dass sie einfach froh waren, es geschafft zu haben. Vor Ort wurden sie dann sehr gut von den Hilfskräften versorgt.“



FunktionärInnen von ÖGB und Gewerkschaften haben zahlreiche Initiativen ins Leben gerufen, um Kriegsflüchtlinge zu unterstützen.

Der Hilfeinsatz in Nickelsdorf war für den vida-Vorsitzenden Gottfried Winkler, der selbst an der Grenze mitgeholfen hat, ein Beweis dafür, für welche Werte die Gewerkschaft steht: Solidarität, Verantwortung, Respekt vor der Menschenwürde und Hilfsbereitschaft.

Humane Flüchtlingshilfe

Die Gewerkschaft younion hatte aufgrund der immer wieder aufkommenden Hassbotschaften ihre Mitglieder aufgerufen, sich davon nicht irritieren zu lassen, sondern Herz zu zeigen und den Flüchtlingen zu helfen. „Viele helfende Hände können einiges erreichen, wie die Situation in den ersten Wochen gezeigt hat. Als Gewerkschaft stehen wir hinter jenen KollegInnen, die bei der Flüchtlingskrise ihr Bestes geben – sei es freiwillig oder im Dienst“, betonte younion-Vorsitzender Christian Meidlinger.

So sind Bedienstete aus Gesundheitsberufen im Einsatz, ebenso Feuerwehr, Sozialberufe, Müllabfuhr, Kanzleibedienstete etc. KünstlerInnen geben Solidaritätskonzerte und SportlerInnen verschenken Karten für ihre Spiele. „Jede/r hilft dort, wo sie/er kann.“ In diesem Sinne unterstützte auch der ÖGB das Solidaritätskonzert der Volkshilfe „Voices for Refugees“ für ein menschliches Europa am Wiener Heldenplatz.

„Flüchtlingswelle“, „Wirtschaftsflüchtlinge“ und so weiter und so fort: In den letzten Monaten wurde in sozialen Medien wie Facebook und auf anderen Online-Plattformen gegen Flüchtlinge vermehrt gehetzt und diesen

gedroht. In manchen Tageszeitungen wurden falsche Behauptungen über Flüchtlinge verbreitet. Auf diese Hetze reagierten Gewerkschaften und der Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) mit Fakten und Tatsachen. In Form von Ausstellungen, Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen wurden Interessierte informiert. Einer, der vor Ort an der Grenze war und genau schildern kann, wie der große Andrang bewältigt werden kann, ist Erich Weisz, Vizebürgermeister von Nickelsdorf und ÖBB-Betriebsrat.

Bei der VÖGB-Podiumsdiskussion „Flüchtling sein in Österreich. Herausforderungen heute und morgen“ Ende Jänner schilderte er: „In kürzester Zeit kamen Tausende Flüchtlinge, die versorgt werden mussten. Dies funktionierte sehr gut, weil mit allen Beteiligten offen kommuniziert wurde, viele Engagierte mithalfen, die Infrastruktur aufgrund des Nova-Rock-Festivals bereits vorhanden war, aber auch, weil alle gehandelt haben, als es notwendig war, und nicht erst um Erlaubnis gefragt haben.“

Eine weitere Informationsveranstaltung fand Mitte Februar in der ÖGB-Zentrale statt: die vida-Fachtagung unter dem Titel „Flüchtlingsituation“. Rund 140 BetriebsrätInnen und FunktionärInnen hatten sich eingefunden, um die aktuelle Lage zu erörtern, aber auch zu hören, wie Sozialeinrichtungen oder auch die ÖBB mit der großen Zahl von flüchtenden Menschen im Herbst umgegangen sind. Zu Beginn der Veranstaltung gab der Flüchtlingskoordinator der Stadt Wien, Peter Hacker, einen

Überblick: So sind seit September 2015 rund 300.000 Menschen durch Wien gezogen. Derzeit sind weniger als 20.000 in der Grundversorgung, bekommen also unter anderem eine Unterkunft, sind krankenversichert und werden gepflegt. 44 Prozent der Asylsuchenden sind in privaten Unterkünften untergebracht, der Rest in organisierten Quartieren.

Wachsam bleiben

Bei der Fachtagung erklärte der Flüchtlingskoordinator, dass es ihm besonders wichtig ist, dass Österreich seine Willkommenskultur nicht über Bord wirft: „Wir müssen wachsam bleiben und dürfen unsere Grundprinzipien wie Solidarität nicht aufweichen lassen. Was wir derzeit erleben, geht in eine andere Richtung. Eines ist für mich klar und ich werde es immer und immer wieder wiederholen: Ich lasse mir sicher nicht einreden, dass es unanständig ist, anständig zu sein.“

Internet:

Weitere Infos und Veranstaltungshinweise finden Sie auf folgenden Homepages:

www.oegb.at

www.voegb.at

www.diefachbuchhandlung.at

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

amela.muratovic@oegb.at

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Privates Anpacken sucht öffentliche Hand

Tausende Freiwillige sind nach wie vor für Flüchtlinge im Einsatz.

Sophia Fielhauer, Christian Resei
Freie JournalistInnen

Österreichs Hilfsorganisationen warten noch auf das ihnen zustehende Geld aus dem Jänner und Februar. Doch statt der Gutschrift am Konto fanden Rotes Kreuz, Johanniter NÖ-Wien, Volkshilfe Wien oder Train of Hope eine unerfreuliche Nachricht in ihren Postfächern vor. „Förderungen Transitflüchtlinge; Berücksichtigung des Spendenaufkommens“ lautete der Betreff des 21-seitigen Schreibens, das vom Innenministerium an zwölf NGOs ausgesandt wurde. Kurzgefasster Inhalt: Der Bund will jeweils erhaltene Spenden für die Flüchtlingsbetreuung von den zu ersetzenden Kosten abziehen.

Für den Staat einspringen

Erich Fenninger, Chef der Volkshilfe Österreich, reagiert empört: „Wir waren da, als die Regierung uns dringend gebraucht hat, und haben Leistungen erbracht, die der Bund bei uns bestellt hat. Die Regierung verabschiedet sich von ihren hoheitlichen Aufgaben.“ Fenninger machte auch deutlich: „Das ist eine Form von Privatisierung der Republik. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung – dagegen wehren wir uns.“ Noch einige Tage zuvor hatte der Direktor der Diakonie Österreich, Michael Chalupka, erklärt: „Die Zivilgesellschaft hat viel geleistet. Es war aber von Anfang an eine Ersatzleistung für fehlende Strukturen oder Missmanagement in den öffentlichen Strukturen. Die Zivilgesellschaft hat etwas ersetzt, was eigentlich die Aufgabe der öffentlichen

Hand wäre. Das geht eine Zeit lang, aber nicht über mehrere Monate oder Jahre.“

Monatelang geht es bereits für Sabrina Schandel. Im Frühsommer 2015 startete die Dürnkrueterin gemeinsam mit ihrer Freundin Nina Klaus die Initiative „Weinviertel hilft“. „Die Situation der Flüchtlinge war so unerträglich, dass wir beschlossen haben, etwas dagegen zu tun“, erklärt Schandel. Die Mutter einer kleinen Tochter ist noch bis kommendes Jahr in Karenz, beschäftigt ist sie in der IT-Abteilung der Gewerkschaft PRO-GE. Mit einer Facebook-Seite riefen die beiden zu Spenden auf, fuhren mit einem VW-Bus durch die Region, holten Güter auf zentralen Plätzen – von Gänserndorf bis Korneuburg – ab. Die Waren für Flüchtlinge – erst in Traiskirchen, dann auch für Nickelsdorf und AsylwerberInnen in Privatunterkünften – wurden in einer Garage verstaut und oft von 20 Uhr bis Mitternacht geordnet. Hunderte Pakete mit Unterhosen, Socken, Duschgel oder Rasierzeug wurden geschnürt. Wenn die Garagentüre der Hitze wegen im Sommer offenstand, kam es auch zu Anfeindungen, und AnrainerInnen riefen die Polizei, weil HelferInnen-Autos nicht vorschriftsmäßig geparkt waren. Schandel weiß: „Traiskirchen ist eine Welt, in der ich nicht leben möchte.“

Was als Projekt in kleinem Rahmen begann, erreichte beachtliche Ausmaße – die Freundinnen und Mütter waren gut drei Tage pro Woche beschäftigt. Eine kleine syrische Familie – Vater Moneeb, Mutter Fatima und ihre kleine Tochter Shahd – lernte Schandel in Traiskirchen kennen. „Moneeb hat mich

angesprochen, weil er ein Paar Schuhe für sich suchte.“ Als er sie anprobieren wollte, drückte er Schandel das Mädchen in die Arme. „Die Kleine schaut mich mit ihren großen Augen an, da war es um mich geschehen.“ Bei einem Gespräch zeigte sich, wie verzweifelt die Familie im Lager war. „Wir haben versprochen, dass wir uns um eine Unterkunft kümmern.“ Ein paar Tage wohnten Moneeb, Fatima und Shahd bei Schandel und ihrem Freund, dann wurde ein Haus im Nachbarort als Unterkunft gefunden.

Zwei Baustellen

Mit dem neuen Jahr hat sich auch bei „Weinviertel hilft“ einiges verändert, die Freundinnen arbeiten nun auf zwei Baustellen: Während Nina Klaus weiter für Traiskirchen aktiv ist, hilft Sabrina Schandel regional. „Ich betreue die Flüchtlinge privat und Nina an den Grenzen oder in Traiskirchen.“ Schandel kümmert sich derzeit um 20 Flüchtlinge – die meisten haben ihr Interview vor der Behörde bereits hinter sich. „Da kann man sich schon vorbereiten und ein Gefühl kriegen, in welche Richtung das Ganze geht.“

Fragen, etwa wie viel Geld sie haben oder wo die Eltern wohnen, gehören dazu. Doch die verständliche Nervosität der Flüchtlinge erschwert die Situation. Schandel kennt Fälle, wo der Bescheid sehr schnell ausgestellt wurde, andere mussten vier Monate warten. Derzeit engagiert sich die Helferin für syrische Familien. Unter Betreuung versteht sie: Vorbereitung auf das Interview, Fahrten zur Bezirkshauptmannschaft, zum Deutschkurs, zum Arzt oder ins Kran-



Die Zivilgesellschaft packte tatkräftig an, um jene Lücke zu schließen, die der Staat bei der Versorgung von Flüchtlingen hinterließ. Vom Staat fühlen sie sich meist im Stich gelassen.

kenhaus – auch mitten in der Nacht. Ebenfalls dazu gehören Übersetzungen von Schriftstücken oder gemeinsames Einkaufen, denn es gibt nur selten Geschäfte in Gehweite. „Das ist durchaus ein Fulltime-Job“, weiß Schandel. Sie arbeitet freilich nicht allein. „Ich habe ein Team von zehn HelferInnen und wir sprechen uns ab. Ein eingespieltes Team ist wichtig, damit nicht dauernd jemand vor der Tür steht, den die Leute nicht kennen“, erklärt Schandel. Auf diese Weise konnte Vertrauen aufgebaut werden, das Verhältnis zwischen HelferInnen und Flüchtlingen ist eng: „Wir sind Freunde und wir machen das, weil sich Freunde auch helfen.“

Vom Staat kaum unterstützt

Bis jetzt haben alle Flüchtlinge Asyl erhalten, eine der Familien, die von einem Bekannten betreut wird, erhielt Asyl auf Zeit. „Sie hatten erst vor Kurzem ihr Interview, und es hängt sehr stark von der Person ab, die das Asylverfahren bearbeitet.“ Schandel und dem ganzen Team war es wichtig, den Flüchtlingen auch kleine kulturelle Feinheiten näherzubringen: etwa vor einer Kasse in der Schlange zu stehen und sich nicht vorzudrängen oder die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Österreich. „Wenn der Bus um 7.39 Uhr fährt, dann kommt er auch um diese Zeit – er wartet nicht auf dich, habe ich erklärt. Besonders in den ersten drei Monaten ist es noch schwierig.“

Moneeb, Fatima und Shahd sind seit nunmehr sieben Monaten in Österreich. Das entscheidende Interview, ob die Familie Asyl erhält, findet bald statt.

Die Eltern machen gerade ihren A2-Deutschkurs. „Ihre Entwicklung ist unglaublich, sie sprechen inzwischen sehr gut Deutsch und verstehen sogar Mundart.“

Schandel war die erste im Ort, die Flüchtlinge aufgenommen hat – jeder Schritt wurde genau beobachtet, Fehler durfte sie sich keine erlauben. „Die Blicke sind immer auf dich gerichtet, und das stresst“, erinnert sich die Helferin. Neugier hat der Gewohnheit Platz gemacht: Es wird begrüßt und manche NachbarInnen kommen auf einen Kaffee vorbei. In anderen Ortschaften in der Nachbarschaft sieht es anders aus, in Mistelbach fanden Demonstrationen statt, vor eine Asylunterkunft wurden Böller geworfen. Von staatlichen Stellen fühlt sich Schandel eher allein gelassen. „Wenn Flüchtlinge privat unterkommen, interessieren sie sich nicht die Bohne für dich.“

Staatliche Unterstützung gibt es für AsylwerberInnen, die eigenständig leben. Sie haben 200 Euro pro Monat für Verpflegung (Kinder: 90 Euro) und 120 Euro für die Miete (gesamte Familie: 240 Euro) zur Verfügung. Besser funktioniert die Zusammenarbeit mit der Diakonie. Eine Sozialarbeiterin besucht die Flüchtlinge regelmäßig. Sabrina Schandel: „Ohne sie wäre einiges nicht gegangen.“

In Facebook hat Schandel die Gruppe „Kostenlose Möbel für Asylwerber“ gegründet. Aus den anfangs 50 Mitgliedern sind bereits 2.000 geworden. „Menschen können Möbel, die sie nicht mehr brauchen, Flüchtlingen anbieten – sie werden dann von den Flüchtlingen oder BetreuerInnen österreichweit abge-

holt.“ Das Angebot funktioniert auch deshalb so gut, weil kein Lager benötigt wird. 2017 endet ihre Karenz. Schandel hat vor, wieder in ihren Job einzusteigen. Sie ist überzeugt, dass dann alle von ihr betreuten Menschen so selbstständig sind, dass sie allein zurechtkommen.

Kurzsichtigkeit

Wie viel die Republik vom Engagement Tausender HelferInnen profitierte und auch weiter profitiert, wurde zwar immer wieder erwähnt. Allerdings scheint weiterhin die Kurzsichtigkeit zu regieren: Politische Entscheidungen orientieren sich immer mehr an jenem Teil der Bevölkerung, die Fremden den Einstieg in unsere Gesellschaft möglichst erschweren wollen. Währenddessen ist es weiterhin die Zivilgesellschaft, die sich geradezu unermüdlich dafür engagiert, was von der Politik wortreich gefordert wird: die Integration der neuen BewohnerInnen zu fördern.

Internet:

Kostenlose Möbel für AsylwerberInnen:
tinyurl.com/zcmdoem

Weinviertel hilft: Auf
www.facebook.com
in der Suche „Weinviertel hilft“ eingeben.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
sophia.fielhauer@chello.at
resei@gmx.de
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Neues aus der SOZAK

Gekommen, um zu bleiben

Kulturelle Vielfalt bereichert unsere Arbeitswelt – sind wir jedoch wirklich alle in Arbeit geeint? Oder überschatten doch noch Vorurteile die Vorteile der Diversität?

Maja Nizamov
Freie Journalistin

Die Diskussion um die Flüchtlingswelle hat sich in den vergangenen Monaten immer emotionaler gestaltet. Wie oft ist in der Asylfrage das Argument gefallen: „Das sind noch Wirtschaftsflüchtlinge, die haben doch gar kein Recht auf Asyl!“ Während das Wort heute wie eine despektierliche Bezeichnung klingt, wird oft vergessen, dass bereits eine Welle von sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ über Österreich und Deutschland schwappte. In den 1960ern hießen sie jedoch noch Gastarbeiter.

Österreich wesentlich geprägt

Sie stammten damals aus der Türkei, aus Italien, aus Kroatien. Sie sind gekommen, um zu bleiben, und haben Österreich wesentlich geprägt – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell. Sie haben zum Wirtschaftsboom in den 1960er- und 1970er-Jahren beigetragen und auch zu einem wesentlichen demografischen Wandel. 2015 stammten 20 Prozent der ÖsterreicherInnen aus dem Ausland – dies

bedeutet, dass jede/r Fünfte einen Migrationshintergrund hat.

Wie hat sich jedoch die Integration der „GastarbeiterInnen“ in der österreichischen Arbeitswelt gestaltet? Mit welchen Vorurteilen hatten und haben sie zu kämpfen, welche Rolle spielen sie in der Arbeitswelt? Wie werden ihre Interessen in den ArbeitnehmerInnenvertretungen repräsentiert? Fühlen sie sich überhaupt vertreten?

Diesen und noch mehr Fragen gingen vier TeilnehmerInnen der SOZAK auf den Grund, um das Ergebnis im Buch „In Arbeit geeint“ festzuhalten. Thom Kinberger, Robert Könitzer, Malgorzata Peterseil und Mehmet Soytürk haben sich im Rahmen ihrer Projektarbeit auf die türkischstämmigen ArbeitnehmerInnen fokussiert, und ausgewählte KollegInnen und Kollegen interviewt. Mit spezifischen Fragestellungen und der Darstellung der einzelnen subjektiven Ansichten und Erfahrungen möchten sie einen Beitrag zum zielgruppenorientierten Dialog leisten. „In diesem Buch kommen die Betroffenen selbst zu Wort und liefern interessante, einfache wie bestechende Einblicke und Lösungsansätze

BUCHTIPP

Thom Kinberger, Robert Könitzer, Malgorzata Peterseil, Mehmet Soytürk:
In Arbeit geeint
ÖGB-Verlag, 120 Seiten,
2011, € 14,90
ISBN: 978-3-7035-1503-3



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

für den Umgang mit dem Thema Migrantinnen und Migranten im Arbeitsleben“, sagt Co-Autor Robert Könitzer.

Auf Vorurteile reduziert

Die InterviewpartnerInnen der vier SOZAK-TeilnehmerInnen waren unter anderem BetriebsrätInnen von Coca-Cola und der Post, Arbeiter bei Opel und Siemens und Mitarbeiter des ÖGB. Das Ergebnis war ernüchternd. Denn ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund werden nicht mehr in ihrer Vielfalt wahrgenommen. Sie werden nach wie vor nicht als Bereicherung gesehen, sondern viel-

mehr auf Vorurteile reduziert. Die Befragten stellen einen fortwährenden Graben zwischen österreichischen und türkischen ArbeitnehmerInnen fest und kritisieren die nach wie vor fehlende Gleichberechtigung. „Eine Abgrenzung gibt es sehr wohl“, sagt Nicholas Hauser von der GPA-djp, er ist als Betreuer der IG work@migration tätig. „Beide Seiten müssen sich aneinander anpassen. Hier stellt sich die Frage: Was bin ich bereit, für diesen Prozess zu tun?“ Türkischstämmige Menschen werden immer noch als „BürgerInnen zweiter Klasse“ wahrgenommen und sehen sich weiterhin Diskriminierungen ausgesetzt. „Man spürt schon manchmal, dass ausländische Kollegen etwas unterhalb des Ansehens sind als Österreicher“, bestätigt Yücel Eser, ArbeiterInnenbetriebsrat bei Coca-Cola.

Dabei haben türkischstämmige ArbeitnehmerInnen die gleichen Probleme und Schwierigkeiten wie andere MigrantInnen auch – und auch wie die KollegInnen ohne Migrationshintergrund. „Ich wüsste nicht, welchen besonderen Status türkische Migranten haben sollten. Sie haben die gleichen Bedürfnisse wie andere Arbeitnehmer“, sagt Dursun Altun, Arbeiter bei Opel. Mit einem kleinen Unterschied, denn laut Altun würden sie im Gegenzug zu ihren österreichischen KollegInnen gar nicht auf ihre Rechte pochen. Altun ist nicht der Einzige, der dies behauptet, auch die anderen Interviewten stellten fest, dass die türkischen KollegInnen sich nicht trauen, ihre Stimme zu erheben.

KandidatInnen gesucht

Die Gründe erklärt Altun ganz lapidar: „Erstens aus dem Bewusstsein heraus, ein Ausländer zu sein, zweitens hat er Angst, die Stelle zu verlieren, und davor, eine Arbeit machen zu müssen, die noch schlechter ist.“ Die Befragten, auch Dursun Altun, plädieren dafür, dass mehr MigrantInnen zur Betriebsratswahl kandidieren. Es würden sich zu wenige ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund als BetriebsrätInnen aufstellen lassen: „Die Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund werden aber in der letzten Zeit wieder mehr, auch durch die Leiharbeiter. Deshalb wäre das wichtig, solche Leute im Betriebsrat zu haben, auch den türkischen

Arbeitnehmern eine Bestätigung zu geben, dass die Entscheidungen objektiv sind und sie beteiligt sind“, sagt er. Yücel Eser vertritt die ArbeiterInnen bei Coca-Cola, seine türkischstämmigen KollegInnen wenden sich mit ihren Problemen und Fragen gerne direkt an ihn: „Sie vertrauen mir, weil ich auch Türke bin. Speziell wenn es um wichtige Dinge geht, wie die Angst vor Kündigung. Dabei geht es besonders stark um Vertrauen, und deshalb kommen sie dann zu mir. Wichtig ist natürlich auch die Sprache.“

Mehr Sensibilisierung

Aber auch die eigenen, gewerkschaftlichen Reihen werden in den Interviews kritisch beäugt. Denn die Haltung des ÖGB gegenüber ArbeitnehmerInnen aus dem Süden war früher nicht so positiv. „Ich würde sagen, dass die Gruppe der Migrantinnen und Migranten innerhalb der Gewerkschaft keine vorrangige Gruppe war“, meint Nicholas Hauser. „Mittlerweile sind viele politische Akteure draufgekommen, dass das eine demografisch wachsende Gruppe ist, die mittlerweile die Staatsbürgerschaft besitzt und auch bei Wahlen aktiv ist und die man nicht mehr vernachlässigen kann.“ Die Gewerkschaften bemühen sich jetzt auch um die KollegInnen aus der Türkei, trotzdem gibt es viel zu tun, vor allem im Bereich des Personals – der BetreuerInnen und BeraterInnen. „Dieses gehört sensibilisiert und geschult und muss sich interkulturelle Kompetenzen aneignen können“, sagt Azem Olcay, Rechtsberater beim ÖGB. „Weiters gehören interkulturelle Bildungsmethoden und Didaktik in die Ausbildung der Ausbilderinnen und Ausbilder aufgenommen. Jene also, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ausbilden, gehören zuerst selbst sensibilisiert und ausgebildet.“

Eine oft genannte und hier bereits mehrfach erwähnte Herausforderung im (Arbeits-)Alltag stellt die Sprache dar. Die jüngeren Interviewten beherrschen die deutsche Sprache und sehen keinen Bedarf an muttersprachlicher Beratung oder Broschüren. So wie Yildiz Can, Arbeiterin bei Siemens: „Für mich ist es wirklich egal. Aber es gibt schon Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen, und für die wäre es natürlich ein Vorteil.“ Für Aydin

INFO & NEWS

Die TeilnehmerInnen der Sozialakademie der Arbeiterkammer (SOZAK) arbeiten im Zuge des Lehrgangs jedes Jahr in Kleingruppen an von den Gewerkschaften beauftragten Projektarbeiten zu unterschiedlichen gewerkschaftspolitisch relevanten Themen. BetriebsrätInnen, GewerkschaftssekretärInnen sowie Interessierte können diese Projektarbeiten unter www.ichwardabei.at downloaden oder im ÖGB-Verlag bestellen (Michael Musser, +43 1 662 32 96-39732, michael.musser@oegbverlag.at). In unserer neuen Serie stellen wir ausgewählte Projektarbeiten vor.

Sari, den Betriebsratsvorsitzenden des Cafés Schwarzenberg, ist die muttersprachliche Beratung sehr wichtig: „Als Arbeitnehmer ist es so: Wenn ich etwas gebraucht habe und ich mich artikulieren konnte, ist auf meine Bedürfnisse eingegangen worden. Es gibt aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich nicht so artikulieren können.“

Teil der Gesellschaft

Auch Hasan Tanyeli, Betriebsrat im Bundesrechenzentrum, spricht sich für fremdsprachige Beratung aus, damit die Betroffenen sich besser ausdrücken, aber auch besser verstehen können. „Aber nicht dafür, um in einer Parallelgesellschaft zu bleiben. Ich will, dass wir gemeinsam agieren, denn wir sind ein Teil dieser Gesellschaft.“ Und in der Arbeit sind alle ArbeitnehmerInnen geeint – dies lässt auch der Titel des Buches vermuten – und gemeinsam natürlich stärker. Egal, ob österreichischer, tschechischer, türkischer oder bosnischer Herkunft. „Die Zeiten werden immer härter“, sagt Aydin Sari. „Deshalb sollten wir uns als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeneinander ausspielen lassen.“

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

blog.arbeit-wirtschaft.at

Der A&W-Blog ergänzt die Printausgabe als digitales Debattenforum. Frisch gebloggt gibt einen Einblick, was in letzter Zeit online los war. In voller Länge finden Sie diese sowie jede Menge anderer aktueller Debattenbeiträge zum Nachlesen auf blog.arbeit-wirtschaft.at.

WEBTIPPS DER WOCHE

Wir legen euch diese Beiträge besonders ans Herz:

- » Arbeitszeitverkürzung schafft Beschäftigung (Philipp Poyntner)
- » Konjunktur: Was jetzt zu tun wäre (Markus Marterbauer)
- » Nachteile von Ausschreibungen (Heinz Högelsberger, Thomas Moldaschl)

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG SCHAFFT BESCHÄFTIGUNG

Kann eine Verkürzung der Arbeitszeit Beschäftigung schaffen? Ja, argumentiert Philipp Poyntner. Dies zeigen Erfahrungen in Europa und zahlreiche Studien – zumindest wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, beispielsweise die Möglichkeit zur Reorganisation der Arbeit und eine moderate Lohnstückkostenentwicklung.

So hat die Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich vor 15 Jahren mehr Beschäftigung gebracht: Je nach Schätzung gab es ein Plus von 3,4 bis 7 Prozent. Auch Überlegungen zur Verteilung der Arbeitszeit und zu Gesundheit sprechen für eine Arbeitszeitverkürzung.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/hg53qqw

KONJUNKTUR: WAS JETZT ZU TUN WÄRE

Österreichs Wirtschaft erholt sich seit dem Frühjahr 2015 Schritt für Schritt. Es ist eine vom Export ausgehende Belebung,

die nach und nach auch die Industrieproduktion und die Investitionen erfasst hat. Die Arbeitslosigkeit bleibt trotzdem das Problem Nummer eins. Deshalb gilt es jetzt, den konjunkturellen Rückenwind zu nutzen, schreibt Markus Marterbauer.

Die Regierung müsste sofort zusätzlich massiv in Aus- und Weiterbildungsplätze investieren, was mittelfristig günstig auf das Qualifikationsniveau wirken und kurzfristig den Arbeitsmarkt entlasten würde. Zusätzlich ist eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage notwendig, etwa im Wohnbau oder bei den beschäftigungsintensiven sozialen Dienstleistungen.

Jetzt muss rasch und in großem Stil investiert werden – auch in Europa: Die EU-Mitgliedsländer sollen ihre öffentlichen Investitionen koordiniert und kreditfinanziert im Ausmaß von mindestens einem Prozent des BIP 2016 und 2017 erhöhen. Der Bedarf ist da: Ausbau der Energienetze, Investitionen in Elektromobilität und öffentlichen Verkehr, in Wohnbau sowie andere soziale Infrastruktur und vieles andere mehr.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/zs5jduc

NACHTEILE VON AUSSCHREIBUNGEN

In der Idealvorstellung einer Ausschreibung wird davon ausgegangen, dass man für einen genau definierten Auftrag mehrere Angebote bekommt und daraus das Beste auswählen kann. Durch den Wettbewerb sollen öffentliche Dienstleistungen besser und billiger werden.

Ausschreibungen bringen auch eine Reihe von Nachteilen, auf die Heinz Högelsberger und Thomas Moldaschl hinweisen: Gute Ausschreibungen sind extrem aufwendig und teuer. Die hohen Anforderungen und der damit verbundene Rechtsaufwand auf Bieterseite können gerade klein-

und mittelgroße Unternehmen oder gemeinnützige Organisationen abschrecken. Auch für Behörden – vor allem bei kleineren Einheiten – sind sie aufwendig und kostspielig und sie schränken die Gestaltungsspielräume ein. Außerdem senken sie die Möglichkeit, flexibel auf geänderte Bedingungen zu reagieren.

Damit sowohl bei AuftraggeberInnen als auch bei -nehmerInnen größte Klarheit über die zu erbringende Dienstleistung besteht, werden bei Ausschreibungen möglichst viele Parameter fixiert. Auf kurzfristige Veränderungen kann nur schwer reagiert werden. Selbiges gilt, wenn im Nachhinein festgestellt wird, dass bestimmte Anforderungen in der Vertragsgestaltung nicht berücksichtigt wurden. Nachverhandlungen sind kostspielig.

Und: Ausschreibungen führen oft zu Sozialdumping. In der gelebten Praxis von Ausschreibungen nach dem Billigstbieterprinzip sind die Personalkosten die wichtigste Stellschraube, um wettbewerbsfähig zu sein und Aufträge zu bekommen. Oft wird damit argumentiert, dass ohnehin viele Qualitätsmerkmale als Mindestkriterien vorgesehen sind. Da diese Mindestkriterien ohnehin von allen BewerberInnen erfüllt werden müssen, zählt erst recht der niedrigste Preis. Und der geht oft zulasten der ArbeitnehmerInnen.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/jgh4gg5

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt,
belohnen Sie uns
und die Autorinnen und Autoren doch damit,
dass Sie den Beitrag per Facebook,
Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch –
per Mundpropaganda
an interessierte Menschen weitergeben!
Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren:
blog.arbeit-wirtschaft.at
Sie finden uns auch auf Facebook:
[facebook.com/arbeit.wirtschaft](https://www.facebook.com/arbeit.wirtschaft)

Seiltanz in die Freiheit

Eigentlich bin ich ganz anders, nur komme ich so selten dazu.“ Diesen Satz hat **Ödön von Horváth** uns ÖsterreicherInnen schon vor fast 100 Jahren ins Stammbuch geschrieben. Spätestens seit den über 70 Leichen in einem abgestellten Kleinlaster im Burgenland im Herbst 2015 und der Silvesternacht in Köln scheint es die „österreichische Seele“ wieder zu zerreißen: Hier die „Refugees welcome“-Transparente, dort die „Ausländer raus“-Parolen.

Dazwischen eine brisante Mischung: Flüchtlinge, AsylwerberInnen, subsidiär Schutzberechtigte ... Unzählige Begriffe, die gerne verwechselt, vermischt oder sonst wie durcheinandergebracht werden, bis sich niemand mehr auskennt. Dazu eine Politik, die immer schneller zwischen Hilflosigkeit und Brachialmaßnahmen hin- und herschwingt. Zäune, die nicht so genannt werden dürfen, und Richtwerte, die vielleicht auch Obergrenzen sein könnten. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte diese brisante Mischung ganze Kabarettabende füllen. So aber werden andere politische Themen in Österreich zugedeckt und es entsteht ein wirklich gefährlicher Sog nach unten.

Angst ist kein guter Ratgeber

Brisante Mischungen erzeugen oft diffuse Ängste. Daher gilt: nicht verharmlosen und nicht dramatisieren, sondern

Fakten darstellen. Als meine albanische Familie vor über 50 Jahren nach Österreich flüchtete, war nicht nur die Sprache zu erlernen. Wir Kinder waren mehrfache „Dolmetscher“ für die Familie, weil es ja auch riesige kulturelle Unterschiede gab. Die Richtung für unsere Integration gab dabei mein Vater mit dem Satz vor: „Man muss so tanzen, wie die Musik spielt.“

Bevorzugte Region

Gar zu leicht vergessen wir in Österreich, dass wir in einer bevorzugten Region der Welt leben. Nicht nur, dass Demokratie und Menschenrechte fixer Bestandteil unserer Kultur sind und auch aus unseren Wasserhähnen wirklich gutes Trinkwasser fließt, gilt es an 1955 zu erinnern, als am Balkon des Belvedere der Ruf erklang: „Österreich ist frei!“

Damit ist bei uns Realität, wovon Menschen in vielen Teilen der Welt, wo Diktatur und Korruption herrschen, nur träumen. Wenn diese den Mut haben, ihre Heimat für immer zu verlassen, werden sie bei uns als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet. Es sollte schon mindestens ein Bürgerkrieg toben, damit wir unsere Mischung aus Angst und Zynismus ablegen und über Integration nachdenken.

Noch schwieriger wird es, wenn wir versuchen – am Beginn des 21. Jahrhunderts –, unsere Kultur zu beschreiben, in

welche sich ja die „Neu-Hinzugekommenen“ integrieren sollen. Längst ist die Wirtschaft mit dem Zauberwort „Markt“ zur treibenden Kraft geworden und hat den Einfluss von Politik, Religion und Kunst weit zurückgedrängt. „Hast du etwas anzubieten? Rechnet es sich?“ erscheinen so als die einzig zulässigen Fragen dieses Marktes.

Weil aber der Mensch mehr ist als nur arbeitender Konsument und weil in unserem Leben auch andere Werte gelten sollen als nur jene, die über den Ladentisch gehen, müssen wir eine neue Balance finden. Das ist ein schwieriges Unterfangen, vergleichbar mit einem Seiltanz.

Bestimmend für einen neuen Kurs

Als GewerkschafterInnen können wir uns nicht mit den Defiziten einer Gesellschaft zufriedengeben, wie sie der Wiener Pastoraltheologe Paul Michael Zulehner beschreibt: Er sieht den Mangel an Gerechtigkeit, den Mangel an Gemeinschaft und den Mangel an Sinn als wesentlich.

Wir müssen diese Mängel bekämpfen und unsere Gesellschaft in eine soziale Ausgewogenheit bringen, die auch Aufnahme und Integration ermöglicht. Irgendwelche Integrationskurse werden da nicht ausreichen, vielmehr müssen wir dem derzeitigen „Sog“ entgegentreten und bestimmend für einen neuen Kurs werden!

Afrique-Europe-Interact: kleines, transnational organisiertes Netzwerk, gegründet 2009; beteiligt sind BasisaktivistInnen (Flüchtlinge, MigrantInnen, Abgeschobene etc.) vor allem in Mali, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden. Zielsetzungen: 1. Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen im Kampf um Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte – sowohl in den Ländern des Maghreb als auch auf dem Mittelmeer oder in Europa. 2. Beteiligung an sozialen Auseinandersetzungen um gerechte bzw. selbstbestimmte Entwicklung. (Seite 21)

Amadeu Antonio Stiftung: 1998 gegründete deutsche Stiftung mit dem Ziel, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Der Namensgeber, Amadeu Antonio, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt. Die Stiftung unterstützt lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Schule, Opferschutz und Opferhilfe, kommunale Netzwerke sowie Hilfsangebote für AussteigerInnen aus der Naziszene. (Seite 22)

Austerität: Disziplin, Sparsamkeit; Budgetpolitik, die einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung anstrebt. In Krisenzeiten, so kritisiert unter anderem der US-Ökonom Paul Krugman, würde Austeritätspolitik die Rezession allerdings weiter verstärken. (Seite 16)

Expansive Fiskalpolitik: Erhöhung der Staatsausgaben bzw. Steuersenkungen, um den privaten Konsum anzukurbeln und einem Wirtschaftsabschwung entgegenzusteuern. (Seite 17)

Fiskalpakt: 2011 einigten sich die Länder der Eurozone auf Obergrenzen für die Staatsverschuldung und Strafen für jene Länder, die diese Grenzen missachten. Auch die meisten Nicht-Euro-Länder erklärten sich einverstanden. Geplant war ursprünglich, den Fiskalpakt durch eine Änderung des EU-Vertrags von Lissabon durchzusetzen, was am Veto von Großbritannien scheiterte. Daher trat der Fiskalpakt in Form eines völkerrechtlichen Vertrages Anfang 2013 in Kraft. 25 von 27 EU-Staaten unterzeichneten die strengen Vorgaben des Fiskalpakts (u. a. maximal 3 % Defizit und 60 % öffentliche Verschuldung) inklusive der Verpflichtung zu rechtlicher Verankerung dieser Regeln. Tschechien und Großbritannien haben bisher nicht unterzeichnet. (Seite 16)

Fonds Soziales Wien (FSW): Der FSW fördert und vermittelt im Auftrag der Stadt Wien Leistungen für Menschen mit Behinderung, mit Pflege- und Betreuungsbedarf, für Wohnungslose sowie in der Grundversorgung von Flüchtlingen. Zudem führt der FSW den Sozialen Hilfsfonds des Wiener Bürgermeisters. Die Tochtergesellschaften des FSW bieten SchuldnerInnenberatung, Hauskrankenpflege,

Tageszentren für SeniorInnen sowie Wohnmöglichkeiten für Wohnungslose an. Der FSW wurde ursprünglich im Jahr 2000 für die Betreuung bei und Prävention von Suchtproblemen gegründet und seitdem mehrmals umstrukturiert. So wurde etwa der Fachbereich „Sucht und Drogen“ 2006 in den Psychosozialen Dienst ausgegliedert. (Seite 32)

Franco-Faschismus: 1936 putschten konservative Militärs unter der Führung von General Francisco Franco gegen die wenige Monate zuvor demokratisch gewählte spanische Regierung. Franco (1892–1975) regierte nach dem Sieg der Aufständischen im Spanischen Bürgerkrieg 1939 bis zu seinem Tod diktatorisch. Um die Frage seiner Nachfolge zu klären, wurde bereits 1947 die Monarchie wieder eingeführt, 1969 bestimmte Franco Juan Carlos de Borbón zu seinem Nachfolger. (Seite 11)

Horváth, Ödön von: österreichisch-ungarischer Schriftsteller (1901–1938); mit seinen Dramen wollte Horváth, der den künstlichen „Bildungsjargon“ verachtete, sozialpolitische Inhalte möglichst volkstümlich bearbeiten. Schon früh warnte er vor den Gefahren des Faschismus. 1938, in der Emigration in Paris, starb er durch einen herabstürzenden Ast. Werke: Geschichten aus dem Wienerwald; Glaube, Liebe, Hoffnung; Kasimir und Karoline. (Seite 45)

Huntington, Samuel: US-Politikwissenschaftler (1927–2008); Berater des US-Außenministeriums, viele seiner Bücher erhielten Preise, in „The Clash of Civilizations“ (Kampf der Kulturen) wendete er sich etwa gegen die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandene Idee einer universellen Weltkultur. (Seite 27)

Initiative Minderheiten: Die 1991 gegründete Non-Profit-Organisation mit Niederlassungen in Wien und Innsbruck versteht sich als Plattform für Minderheiten in Österreich. Ziel der Initiative ist es, „minoritäre Allianzen“ zu bilden, um gesellschaftspolitische Anliegen durchzusetzen. (Seite 26)

International Development Law Organization (IDLO): 1988 gegründete Organisation, die Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen bei der Gesetzgebung im Sinne von Menschenrechten, Wachstum, ökologischen Verbesserungen etc. berät und unterstützt. (Seite 20)

Khider, Abbas: deutsch-irakischer Schriftsteller, geb. 1973; nach mehreren Verhaftungen wegen politischer Aktivitäten gegen das Saddam-Hussein-Regime, nach Folter und jahrelanger Flucht fand Khider im Jahr 2000 Asyl in Deutschland. Werke: Der falsche Inder; Die Orangen des Präsidenten; Ohrfeige. (Seite 19)

LEFÖ: Beratungsstelle und Bildungszentrum für Migrantinnen, Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel. (Seite 20)

Leichter, Käthe: österreichische sozialistische Gewerkschafterin (1895–1942); da ihr in Wien zuerst das Jus-Studium und dann der Abschluss verweigert wurde, zog Leichter nach Heidelberg. Zurück in Wien, übernahm sie unter anderem den Aufbau des Frauenreferats der Arbeiterkammer. 1938 wurde sie festgenommen und trotz internationaler Proteste 1940 ins KZ Ravensbrück deportiert, wo sie später ermordet wurde. (Seite 11)

Maalouf, Amin: französischer Schriftsteller libanesischer Herkunft, geb. 1949; emigrierte zu Beginn des libanesischen Bürgerkriegs 1976 nach Paris. Seine Romane beschäftigten sich häufig mit historischen Themen. Werke: Der heilige Krieg der Barbaren; Die Häfen der Levante; Leo Africanus. (Seite 27)

Maghreb: Bezeichnung für die nordafrikanische Region, in der sich heute Tunesien, Algerien, Marokko, Libyen und Mauretanien befinden, die durch ihre Geografie und Geschichte viele Gemeinsamkeiten haben. (Seite 18)

Personenfreizügigkeit: Freiheit, in einem anderen Land als dem Heimatland leben und arbeiten zu dürfen. (Seite 16)

Roosevelt, Franklin Delano: US-Politiker (1882–1945); schon früh war Roosevelt als progressiver Demokrat bekannt, der für die Stärkung der Demokratie und eine gerechtere Weltordnung sowie für eine starke Position der USA eintrat. Während seiner Präsidentschaft (1933–1945) verfolgte er außenpolitisch die sogenannte „Good Neighbor Policy“ (v. a. gegenüber Südamerika) für eine starke Position der USA ohne imperialistische Tendenzen. (Seite 11)

RWR-Fibel: 2013 unter Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz publizierte Rot-Weiß-Rot-Fibel; unter dem Titel „Zusammenleben in Österreich“ werden darin sechs Prinzipien und 18 Werte auf der Basis von Menschenwürde präsentiert. (Seite 27)

Terkessidis, Mark: deutscher Journalist, Autor und Migrationsforscher, geb. 1966. (Seite 27)

UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees): Das UN-Flüchtlingskommissariat wurde 1950 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York gegründet, um den Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg Hilfe zu leisten. Heute stehen 60 Millionen Menschen weltweit unter dem Mandat von UNHCR. (Seite 12)

Unia: Schweizer Gewerkschaft für ArbeitnehmerInnen in Industrie, Gewerbe, Bau und privatem Dienstleistungsbereich; die größte Einzelgewerkschaft der Schweiz entstand 2004 durch einen Zusammenschluss mehrerer Gewerkschaften. Unia führt auch die größte Arbeitslosenkasse in der Schweiz. (Seite 35)



Fremdenrecht

Asyl – Ausländerbeschäftigung – Einbürgerung – Einwanderung – Verwaltungsverfahren

Thomas Neugschwendtner, Johannes Peyrl, Christian Schmaus

Ratgeber / 5. aktualisierte Auflage 2015 / 504 Seiten / EUR 29,90

ISBN 978-3-99046-057-3

Das „Fremdenrecht“ gehört wohl zu den umstrittensten Rechtsmaterien in Österreich. Kaum ein anderer Rechtsbereich wurde in den letzten Jahren so oft überarbeitet, so oft vom Verfassungsgerichtshof zurechtgestutzt und so oft von der Zivilgesellschaft kritisiert und bekämpft. Das Problem fängt schon mit dem irreführenden Namen an. Die rechtlichen Bestimmungen, die unter dem Namen „Fremdenrecht“ zusammengefasst werden, betreffen nämlich keineswegs nur „Fremde“. Von den knapp mehr als einer Million Menschen, die im Einwanderungsland Österreich leben, ohne einen österreichischen Pass zu haben, ist ein Großteil bereits mehr als fünf Jahre im Lande, viele sogar deutlich länger.

Das Buch bietet eine verständliche und fundierte Darstellung der Rechtslage für MigrantInnen und Flüchtlinge in Österreich. Erklärt werden sämtliche fremdenrechtlichen Themenbereiche – von der Einreise nach Österreich bis zur Einbürgerung. Informationen über politische Zusammenhänge und europäische Entwicklungen helfen, zusammen mit Beispielen aus der Praxis, sich einen Überblick über die komplexe Materie zu verschaffen. Der Aufbau der Kapitel bietet eine inhaltlich stringente Anordnung und Zusammenfassung der im Gesetzestext verstreuten Bestimmungen. Sozialwissenschaftliche Daten und politische Hintergrundinformationen ermöglichen einen raschen Reality-Check der Gesetzesmaterie.



BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare

Name

Vorname

Firma/Institution

Telefon

E-Mail

Anschrift

PLZ

Ort

Datum, Unterschrift



ARBEIT OHNE PAPIERE,

... ABER NICHT OHNE RECHTE!

© Lisheth Kovacic



Anlaufstelle zur
gewerkschaftlichen
Unterstützung
UNDOkumentiert
Arbeitender

ÖGB



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/ Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW